

# Alte, neurechte Hüte

eine Streitschrift von Jürgen Schwab



**In memoriam Jürgen Schwab**

\* 26. Februar 1967 – † 16. Februar 2023

**Fertigstellung des Manuskriptes: 7. Januar 2023**

## **Vorwort des Herausgebers**

Am 7. Januar 2023 sendete mir Jürgen Schwab per E-Mail das Manuskript zu seinem Großessay *Alte, neurechte Hütte – Eine Streitschrift*, verbunden mit der Bemerkung „Damit Du weißt, was für ein Buch das werden soll“. Der frühe Zeitpunkt der Übersendung des Manuskriptes überraschte mich, da wir die Veröffentlichung seines neuen Buches erst für die zweite Jahreshälfte 2023 angepeilt hatten. Ich dachte mir jedoch nichts weiter dabei und heftete das Manuskript zunächst ab.

Zwei Tage später schickte mir Jürgen eine Nachricht, daß er derzeit an einem Vortrag über Adolf Hitler arbeite, den er gerne in unserem nationalen Objekt in Dorstfeld halten wolle. Ich stand diesem Vorhaben aus gewissen Gründen zurückhaltend gegenüber, stellte allerdings in Aussicht, daß wir seinen Vortrag gerne in einem anderen Rahmen durchführen könnten. Am 10. Januar gratulierte Jürgen mir zur Wahl des Vorsitzenden der neugegründeten „Heimat Dortmund“ – es sollte die letzte Nachricht sein, die ich von ihm je erhalten würde.

Ich wußte zwar, daß Jürgen krank war, doch wie ernst es wirklich um seine Gesundheit stand, erwähnte er mir gegenüber nie. Deshalb kam die Nachricht, daß Jürgen Schwab am 16. Februar 2023 seinem Krebsleiden erlegen ist, für mich und viele seiner Kameraden, Mitstreiter und Weggefährten dennoch überraschend. Seine Beerdigung wurde auf Wunsch der Familie im engsten Kreis durchgeführt, wir konnten an seinem Grab also nicht persönlich Abschied nehmen.

Für mich stellte sich nun die Frage, wie ich das Manuskript zu seinem Großessay, das Jürgen – wahrscheinlich in der Erkenntnis, daß ihm nicht mehr viel Zeit bleiben wird – sechs Wochen vor seinem Tod fertiggestellt hat, in seinem Sinne am besten verwerten könnte. Eine Veröffentlichung in Buchform, die aus organisatorischen Gründen frühestens im Herbst 2023 hätte erfolgen können, erschien mir nicht mehr praktikabel. Das Angebot an andere Verleger, das Manuskript zeitnah als Buch zu veröffentlichen, führte zu keinem Ergebnis, sodaß ich mich nach Rücksprache mit weiteren Kameraden dazu entschied, das Manuskript als PDF-Datei zu veröffentlichen und gemeinfrei zu stellen.

Das vorliegende Manuskript ist die erste ausführliche Befassung und kritische Analyse eines nationalistischen Publizisten mit dem politischen Bereich der „Neuen Rechten“ – zugleich wurde es durch den viel zu frühen Tod von Jürgen Schwab zu dessen publizistischem Vermächtnis.

Dortmund-Dorstfeld, im März 2023

*Sascha Krolzig*

## **Inhaltsverzeichnis:**

### **Teil A: Was ist „neu“ an der Neuen Rechten?**

Was ist rechts?; Zum Weltbild der Neuen Rechten; Multipolare statt universelle Weltordnung; Alexander Dugin: Kulturelle Großräume statt Nationalstaaten; Carl Schmitts Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte; Die Ukraine bestätigt das Großraumprinzip; Raus aus der NATO; Neutralität – eine Option für Schwache; Welches Völkerrecht?; Zum Menschenbild der Rechten; Die wissenschaftlichen Methoden der Neuen Rechten; Die sechs Triebe; Gehlen und Kolbenheyer: gegen die idealistische Philosophie; Wie Armin Mohler die Neue Rechte begrifflich bestimmte; Wie die liberalen und linken Gegner die Neue Rechte definieren; Aktion Neue Rechte (ANR); Neue Rechte – mein Versuch einer Begriffsbestimmung; Eine ideengeschichtliche Einführung; Die ursprüngliche Neue Rechte; Edmund Burkes Konservatismus; Konservative, die sich anpassen; Neue Rechte strebt nach neuer Elite; Die hinterherhinkende Rechte; Demokratie und Frauenwahlrecht; Friedrich Merz, Prototyp des modernen Konservativen; Demokratie setzt Gleichheit voraus; Bismarck und Hitler – zwei „Neue Rechte“; War auch der „Alte Fritz“ ein Neuer Rechter?; Die „Neue Rechte“ nach dem Zweiten Weltkrieg; „Vergangenheitsbewältigung“; Das „Braune Kreuz“; Der „rechte Narrensaum“; Erneuerung aus Überzeugung oder aus Opportunismus?; Neue Rechte schneidet altrechte Zöpfe ab; „Neue Rechte“ befolgen das Gebot der „Kontaktschuld“; Was ist neu an der „Neuen Rechten“?; H.-D. Sander: „Die verfassungstreue Rechte“; Der Niedergang der Identitären; Kulturrevolution von rechts?; Antonio Gramscis Ansatz der kulturellen Hegemonie; Die Negierung des genetischen Volksbegriffs; Die *Don Quijoterie* der Neuen Rechten; Carl Schmitts Homogenitätsbegriff; Volk ohne Rasse?; AfD und Geschichtsrevisionismus; Rechtspopulisten auf der Schleimspur; Kaiser, der deutsche Benoist?; Die Strategie der „Neuen Rechten“; Dieter Steins Distanzierung von Leserkreisen, NR und KR; Die Sander-Verehrer Kubitschek und Mölzer; Das schwierige Erbe der „Konservativen Revolution“; Sanders Verhältnis zu Hitler; Die Schwachpunkte der KR; Der „Pappkamerad Mohler“ des Volker Weiß; Die Heterogenität des KR-Spektrums; Wer war der Hauptfeind der KR?; Armin Mohlers Bekenntnis zum Faschismus; Was tun – Teil A -? – Denken in Systemen

## **Teil B: Die deutsche Rechte und das BRD-System**

Die Pseudo-“Systemkritik“ der Neuen Rechten; Der Parlamentarismus als Instrument der Oligarchen; Das Parlament als Bühne für Veränderungen?; Wer zahlt, schafft an!; Die Oligarchie des Parteiwesens; Fundamentalismus in der Defensive; Martin Sellners Illusionen; Unterscheidung von Demokratie und Liberalismus; Die geistesgeschichtliche Verortung der Rechten; Rechte Denkmuster: Voluntarismus und Dezisionismus; Zur rechten politischen Ökonomie; Der Hang vieler Rechter zu Verschwörungstheorien; Ethnifizierung von „Kapitalismuskritik“; Der *homo oeconomicus* – sein Segen und Verhängnis; Souveräne Menschen; Personen und Institutionen; Die drei Bausteine nationaler Politik; Nationale Identität; Nationale Solidarität; Nationale Souveränität; Illusionärer Dezisionismus; Marxismus: Staat beruht auf ökonomischen Grundlagen; Die Rechte zwischen Voluntarismus und Verschwörungstheorie; Auch Hitler setzte auf den einzelnen Entscheider; Warten die Rechten auf ein Wunder?; Der „sterbliche Gott“ bei Carl Schmitt und Thomas Hobbes; Die bürgerliche Aufklärung als Ursache; Der Freiheitsbegriff des Kapitalismus; Vom nationalen Kapital zum Weltkapital; Scheinführer wie Donald Trump nähren Illusionen; Volksgemeinschaft oder Kapitalismus?; Bewußtseinsänderung als Voraussetzung für Systemwechsel; Viele Rechte wissen nicht was „Kapitalismus“ bedeutet; Zinssektierer vertreten keine Fakten; Was tun – Teil B -? – Wie verhalten wir uns gegenüber der Neuen Rechten?

Neurechte Rückzugsgefechte; Welche Lehren sind zu ziehen?; Zur Ästhetik des Faschismus; Der Neue Nationalist als Jüngers Waldgänger; Neue Rechte untergräbt Selbstbewußtsein; Die unehrliche Rechte

## **Literaturverzeichnis**

## Teil A:

### Was ist „neu“ an der Neuen Rechten?

Die sogenannte „Neue Rechte (NR)“ ist ein schillernder Begriff.<sup>1</sup> Was ist damit gemeint? Wer gehört dazu und wer nicht? Wenn es eine „Neue Rechte“ gibt, müßte es auch eine „Alte Rechte“ geben. – Selbstverständlich wird es nicht „die“ Neue Rechte und nicht „die“ Alte Rechte geben, sondern innerhalb derartiger Sammelbegriffe auch Ausdifferenzierungen, Fraktionen und Übergänge von dem einen zum anderen Bereich.

Diese Begriffe sind doch sehr schwammig, wissenschaftlich-akademisch kaum faßbar. Machen wir dies nur an einem Beispiel deutlich: Als sozialrevolutionärer Sozialist gehöre ich weder zur Alten noch zur Neuen Rechten. Ein rechter österreichischer Verleger meinte einmal vor Jahren zu mir: „Herr Schwab, sie setzen sich ja zwischen alle Stühle“. – Recht hat er! Zur Neuen Rechten (NR) kann ich aufgrund diverser Tabuverletzungen, vor allem wegen meiner kontinuierlichen Systemkritik, und damit verbunden, mit meiner früheren Nennung in diversen Verfassungsschutz-Berichten, nicht gehören, vorausgesetzt, ich selbst wollte zur NR gehören.

Inhaltlich unterscheidet mich vieles sowohl von Neonazis (sogenannte und selbsternannte Nationalsozialisten), aber auch von den Altkonservativen und Reaktionären. Da ich allerdings

---

<sup>1</sup> Der vorliegende Großessay soll der geistesgeschichtlichen Einordnung der zeitgenössischen „Neuen Rechten (NR)“ dienen. Ich leite diese Begriffe „Neu“ und „Rechte“ ideengeschichtlich her. – Mit meinem Buch erhebe ich nicht den Anspruch, die NR in ihrer gesamten personellen und organisatorischen Breite, und schon gar nicht als gesamteuropäisches Phänomen, zu erfassen. Alle diese Themen behandle ich schlaglichtartig und keinesfalls systematisch. – Wem genau dies ein Studienanliegen ist, dem empfehle ich vom linken, politischen Gegner das relativ sachlich gehaltene Buch von Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Unrast-Verlag, Münster im Juli 2017. – Dieses Buch dreht sich nicht nur um die „Identitären“ als „Jugendbewegung“ der NR, sondern behandelt auch recht ausführlich und detailgenau die NR personell, organisatorisch, ideengeschichtlich, hinsichtlich ihrer Strategie und als gesamteuropäisches Phänomen. – In seltenen Fällen kann ich Bücher politischer Gegner, wenn diese vor allem als Pamphlete daherkommen, die ausschließlich der Polemik und Antifa-Propaganda dienen, empfehlen, aber dieses eine genannte schon. – Wer als politisch Rechtsstehender lieber Autoren der eigenen Feldpostnummer vertraut, dem empfehle ich: Alexander Markovics: Der Aufstieg der Neuen Rechten. Arcadi Verlag, 1. Auflage, Dresden 29. Juni 2020. – Zudem sei erwähnt Sebastian Maaß: Die Geschichte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Regin-Verlag, Kiel 2014. – In beiden Fällen bietet sich die Möglichkeit, sich dem Themenkomplex „NR“ sachlich zu nähern. Sicherlich, das Buch von Maas, eine verhinderte Dissertation, ist wohl mit dem Erscheinungsjahr 2014 nicht mehr ganz aktuell, aber immer noch lesenswert. – Markovics setzt einen größeren Schwerpunkt auf Alexander Dugin und Osteuropa, behandelt die westeuropäischen NR-Gruppen eher am Rande. – In beiden Büchern vermissem ich eine wirklich genaue Definition, wer und welche Gruppen, Verlage, Organisationen aufgrund welcher Kriterien zur NR zählen und welche Rechte nicht. – Dem konservativen Spektrum zuzurechnen ist auch Günter Bartschs Buch: Revolution von rechts (Untertitel: Ideologie und Organisation der Neuen Rechten; erschienen im Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1975, Herderbücherei Band 518), in dem die Leser die Ursprünge und Anfangsjahre der Neuen Rechten in den 1960er und frühen 1970er Jahren gut nachvollziehen können.

seit Jahren, eigentlich schon seit über zwei Jahrzehnten, mit geringem Erfolg versuche, auf diverse Neonazis in meinem Sinne positiv Einfluß auszuüben, mich also mit einigen dieses Spektrums abgebe, somit gegen das gesellschaftliche Gebot der Vermeidung von „Kontaktschuld“ prinzipiell verstoße, so werde ich von manchen aus dem bürgerlichen und dem linken Spektrum, aber nicht von den meisten, schon gar nicht von den seriösen „Rechtsextremismus-Experten“, selbst diesem Spektrum zugeordnet.

Zumal dann noch hinzukommt, daß zur „Alten Rechten“ sowohl Neonazis und Völkische als auch alteuropäische Rechte gehören sollen. Das würde also bedeuten, daß man beispielsweise in Österreich den Christenverächter Andreas Thierry – von der „rassischen Aristokratie“ – mit dem mittlerweile verstorbenen alteuropäischen Reaktionär Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn einer gemeinsamen Gruppe zuordnen würde. Dieser begriffliche Unsinn wäre kaum mehr zu überbieten.

## **Was ist rechts?**

Bevor wir uns der Frage zuwenden, was die „Neue Rechte“ ist, wer als Rechter dazugehört und wer nicht, sollten wir uns in einem ersten Schritt ganz allgemein dem Begriff „rechts“ nähern, was damit gemeint ist.

Im öffentlichen Raum, von den Medien, im akademischen Bereich bis hin zum sogenannten Verfassungsschutz wird dieser Begriff „rechts“ verwirrend benutzt, und auch innerhalb rechter politischer Zusammenhänge herrscht oftmals ein unklares Gefühl vor, was man für sich selbst bzw. in den Gruppen als „rechts“ empfindet, warum man selbst „rechts“ ist. – Im Grunde genommen weiß man auf der Rechten, der sogenannten alten wie der neuen davon, warum man nicht „links“ ist. – Weil man eben die „linke Gleichmacherei“ ablehnt.

Die Rechte ist dann sozusagen das Gegenteil der Linken, man zielt statt auf Gleichheit auf Ungleichheit ab. Da es nicht „die“ Rechte, genauso wenig wie „die“ Linke gibt, kann sich das rechte Gebot nach Ungleichheit auf einzelne Menschen, die genetisch oder durch ihre Erziehung ungleich sind, aber auch auf ganze Gruppen von Menschen, die gegeneinander ungleich dastehen, handeln. – Bei diesen Menschengruppen kann es sich um kulturell und damit zusammenhängend um religiös definierte Gruppen handeln. So legen europäische Rechte in der

Regel wert darauf, daß der Islam – von Ausnahmen auf dem Balkan abgesehen – nicht zu Europa gehört – ja mittlerweile dazugehört – aber nicht dazugehören soll.

Daß eine Partei wie die NPD, aber auch die AfD, Unterschiede zwischen den Völkern und Nationen sieht, vor allem zwischen solchen, die zueinander kulturell und rassistisch relativ weit entfernt sind, kommt noch hinzu. – Ein wichtiger Punkt, der in Debatten oftmals unterschlagen wird, ist der, ob beispielsweise Völker an sich ungleich sind bzw. ungleich behandelt werden sollen. Sind Menschen von Geburt aus gleich begabt oder sollen sie – egal wie sie beschaffen sind – gleich behandelt werden.

Um das rechte Denken zu verstehen, sollte man Denker heranziehen, die wirklich rechts sind, also nicht solche Parteien wie die NPD beispielsweise, die in VS-Berichten als „rechtsextrem“ gelten, obwohl sich diese für eine nationale Demokratie und einen nationalen Sozialstaat ausspricht, also etwa in der Ausländerpolitik rechts ist, aber in anderen Fragen ein wenig „links“. – Echte Rechte, die uns erklären können, was echt rechts ist, waren Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn und Baron Julius Evola. Der zuletzt genannte operierte viel mit dem Begriff des „Adels“ und der „Aristokratie“,<sup>2</sup> die er nicht einfach nur auf den Geburtsadel, dem er selbst angehörte, kaprizierte. „Elite“ ist auch so ein Wort, mit dem man sich – zurecht oder zu unrecht, viele Rechte sind rechts, weil sie elitär gegenüber der Masse sein möchten! – als etwas Besonderes in der Menschheit behauptet.

Im Grunde genommen ging es Evola und allen echten Rechten darum, die Freiheit zu beanspruchen, sich von der Masse bzw. von einer Menschenmenge als „elitär“ abzuheben, dieser gegenüber ungleich sein zu dürfen. – Natürlich, genau dies lassen Aristokraten bzw. Elitäre aller Art einfach weg, müssen anderen für diese die „niederen Arbeiten“ erledigen: Haushälterinnen, Zimmerzofen, Butler, Gärtner, Sicherheitspersonal usw. Schließlich bedeutet „Elite“, ich kenne mich als Schriftsteller gut in diesem Denken aus, geistig und kulturell „hochstehenden“ Tätigkeiten, unterbrochen vom Nichtstun, vom Müßiggang, nachzugehen.

Das Bad zu putzen, die Einkäufe zu erledigen, zu Kochen, das Essen aufzutragen, das Geschirr anschließend zu spülen und aufzuräumen, das Auto vorzufahren, dies alles sollen gefälligst andere, weniger begabte Menschen erledigen. Die Frage ist nur, ob diese sich in dieser Rolle auch zufrieden fühlen. Oder sie organisieren sich in linken Parteien, Gewerkschaften und

---

<sup>2</sup> Julius Evola: Menschen inmitten von Ruinen. [Italienische Erstausgabe, Rom 1953] Hohenrain Verlag, Tübingen 1991, S. 214.

Betriebsräte, und opponieren gegen diese Arbeitsteilung, die ihnen von einer selbsternannten „Elite“ selbstgefällig vorgegeben wird.

Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Begriffen „Demokratie“ und „Freiheit“. – Die sogenannten „Freien Demokraten“ in der BRD, die der FDP, sind in Wirklichkeit keine Demokraten, sondern Freiheitliche bzw. Liberale, denen es um eine bürgerlich, nicht selten großbürgerliche Freiheit geht, sich durch Einkommen, Vermögen, Erbschaften, auch durch Lebensstil, Luxus und eigenen Wohngebenden, wo der „Pöbel“ nicht hinkommt, ohne von der „Security“ durchgelassen zu werden, von der Masse, der großen Menschenmenge abzugrenzen.

Demgegenüber geht es Sozialisten um die „Freiheit aller“, wie dies der italienische Marxist Luciano Canfora auf den Punkt bringt.<sup>3</sup> Ganz anders Julius Evola, der meinte, wo es „Gleichheit gibt, kann es keine Freiheit geben. Bestehen wird dann nicht die reine Freiheit, sondern die vielen einzelnen, gezähmten und mechanisierten Freiheiten in einer gegenseitigen Beschränkung.“<sup>4</sup>

Für den Adelligen Evola verhielt es sich so, daß die Freiheiten aller seine eigene aristokratische Freiheit einschränke. Ein anderer Aristokrat, Alexis de Tocqueville (1805–1859), sprach hinsichtlich der Demokratie im damaligen Amerika von der „Allmacht der Mehrheit“, die ihm als „Tyrannei“ galt.<sup>5</sup> Auch für ihn galt, daß die Freiheiten der Mehrheit seine eigene Freiheit einschränkten.

Es versteht sich von selbst, daß echte Rechte sich gegen eine jegliche Form von „Menschenrechten“ aussprechen. Das sogenannte „Naturrecht“, ob liberal, sozialistisch, christlich oder sonst wie begründet, behauptet eine Gleichheit der Menschen von Geburt aus. Julius Evola schrieb hierzu: „Das Prinzip, dem zufolge die Menschen ‚von Natur aus‘ alle gleich seien und alle die gleichen Rechte hätten, ist eine echte Absurdität aus dem einfachen Grund, daß ‚von Natur aus‘ die Menschen eben nicht gleich sind [...]“<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. Aus dem Italienischen von Rita Seuß [Italienische Erstausgabe Roma-bari 2004]. Mit einem Nachwort von Oskar Lafontaine. 4. Auflage der deutschen Ausgabe im PapyRossa Verlag, Köln 2006/2007, S. 356.

<sup>4</sup> Julius Evola: Menschen inmitten von Ruinen, ebd., S. 177.

<sup>5</sup> Alexis de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika. Philipp Reclam, Stuttgart 1997 (= Universal-Bibliothek Nr. 8077), S. 149.

<sup>6</sup> Julius Evola: Menschen inmitten von Ruinen, ebd., 175.

## **Zum Weltbild der Neuen Rechten**

Welches Weltbild liegt dem Denken und Handeln der Neuen Rechten zugrunde? – Das Weltbild der Neuen Rechten ist zum einen gegen die Vorstellung universeller Menschenrechte gerichtet, wie dies Alain de Benoist in seinem Buch über die Menschenrechte formuliert hat. Demnach erhält der einzelne Mensch nicht von Geburt an durch ein „Naturrecht“ liberaler, sozialistischer, christlicher, islamischer usw. Art seine Rechte, sondern ausschließlich von seiner staatlichen Gemeinschaft, in die seine Eltern schon hineingeboren sind. Benoist schreibt: „Nur in einem politischen Rahmen, in einer gemeinsamen politischen Lebenswelt, kann ein Mensch Rechte haben [...]“<sup>7</sup>

## **Multipolare statt universelle Weltordnung**

Daran anknüpfend ist zum anderen das Denken der Neuen Rechten, wie das der Rechten überhaupt, von der Idee einer multipolaren Weltordnung bestimmt. Das rechte Weltbild geht von einer erhaltenswerten Vielfalt der Völker, Nationen und Kulturkreise aus. Diese Vielfalt soll sich auch machtpolitisch widerspiegeln.

Die Mehrheit der deutschen Neuen Rechten, so mein Eindruck, stimmt mit Alexander Dugin überein, der seit Jahren die Idee einer multipolaren Weltordnung vertritt.<sup>8</sup> Dugin selbst vertritt als russischer Autor den „Eurasianismus“, der das „westliche Weltbild, wonach der Planet in ein Zentrum (Angelsächsische Welt und Europa) und abgelegene Außengebiete (Südamerika, Afrika, Asien) gegliedert ist, strikt ablehnt. „Stattdessen sieht die Eurasianische Idee die Welt als eine Sammlung gänzlich verschiedener politisch-kultureller und wirtschaftlicher Lebensräume, die miteinander korrespondieren.“<sup>9</sup>

Dugin zufolge handelt es sich bei dieser multipolaren Weltordnung nicht um „klassische Nationalstaaten“, sondern um „Bündnisse“ bzw. „kontinentale Allianzen“.<sup>10</sup> Er nennt hierbei neben der westlichen Zivilisation, zu der vor allem Nordamerika und Westeuropa zählten, die

---

<sup>7</sup> Alain de Benoist: Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen. Junge Freiheit Verlag, Berlin 2004 (= Edition JF), S. 139.

<sup>8</sup> Vgl. Alexander Dugins Beiträge auf der Online-Seite „Katehon“: <https://katehon.com/de>

<sup>9</sup> Alexander Dugin: Konflikte der Zukunft. Die Rückkehr der Geopolitik. Bonus-Verlag, Selent 2015, S. 9.

<sup>10</sup> Alexander Dugin: Konflikte der Zukunft, ebd., S. 9.

orthodoxe (eurasische) Zivilisation, die islamische, die indische, die lateinamerikanische und die japanische Zivilisation,<sup>11</sup> denen er die Fähigkeit zuschreibt, als selbständige Akteure einer solchen multipolaren Ordnung in Frage zu kommen.

Deutschland und Westeuropa sind nach dieser Lesart Bestandteile der westlichen Zivilisation, was ja leider tatsächlich die politische Wirklichkeit widerspiegelt, aber nicht so bleiben sollte.

### **Alexander Dugin: Kulturelle Großräume statt Nationalstaaten**

Wichtig bei dem Duginschen Ansatz ist der Umstand, daß er den Nationen innerhalb der kulturellen Großräume nur eine untergeordnete Rolle zuschreibt. – Genau daran läßt sich der Ukraine-Konflikt mit Rußland festmachen. Beide Länder zählen zur orthodox-christlichen Zivilisation, weshalb Dugin – und mit ihm Putin – die Ukraine für ihren eigenen, russischen Machtbereich beanspruchen.

Aber wie sieht es aus mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker? Hat die Ukraine nicht das Recht, einen eigenen, auch und gerade von Rußland unabhängigen Staat zu bilden, der sich unter Umständen einem feindlichen Bündnis, dem des Westens, der NATO, anzuschließen gedenkt? Nach der Auffassung von Dugin und Putin ganz gewiß nicht. Ein Teil der deutschen Rechten, wenn auch die Minderheit, und die ukrainischen Nationalisten widersprechen dieser Großraumlogik; die ukrainische Unabhängigkeit, auch und gerade gegenüber Moskau, wird von diesen Kräften betont.<sup>12</sup>

Bei dieser rechten Meinungsverschiedenheit geht es um zweierlei Angst. Im Grunde genommen nimmt jede Seite für sich zu Recht in Anspruch, Angst zu haben. Die Russen haben Angst vor der NATO, die ein eindeutig rußlandfeindliches Militärbündnis ist; sie suchen Schutz vor ihr, führen gegebenenfalls auch Präventivkriege gegen NATO-Beitrittskandidaten (Georgien, Ukraine). Hingegen haben diejenigen Staaten, die früher Sowjetrepubliken gewesen waren bzw. dem Warschauer Pakt angehörten, Angst vor „dem“ Russen.

Und diese Angst ist ebenfalls nicht unbegründet, wenn man in die Geschichte geht. Millionen ukrainischer Bauern (Kulaken) und andere wurden in den 1930ern ermordet, in den Hunger

---

<sup>11</sup> Alexander Dugin: Konflikte der Zukunft, ebd., S. 80.

<sup>12</sup> Vor allem in der Kleinpartei „Dritter Weg“ finden sich Befürworter der Ukraine-Position. Diese Partei unterhält kameradschaftliche Beziehungen zum Bataillon Asow.

getrieben. Als die russische Armee 1914 kurzzeitig Ostpreußen besetzte und dort wütete, hatte man als Deutscher einen Vorgeschmack, was ab 1944 nicht nur in Ost- und Mitteldeutschland, sondern auch in anderen Gegenden Mitteleuropas, an Vergewaltigungen usw. verbrochen wurde.

Na klar, Putin würde mir entgegenhalten, daß die deutsche Wehrmacht schier seine Mutter in St. Petersburg (im Zweiten Weltkrieg Leningrad) in den Hungertod getrieben hätte. – Mir geht es auch gar nicht darum, gegenseitig alte Rechnungen aufzurechnen, sondern auf die Legitimität der Angst der Ostmitteleuropäer vor „dem“ Russen bzw. der Russen vor der NATO hinzuweisen.

Eine diplomatische Lösung des Gesamtproblems und des russisch-ukrainischen Konflikts im Besonderen kann nur gelingen, wenn man beide Angst-Positionen in die Verhandlungen einbezieht. Ehrliche und zugleich gewichtige Makler können hierbei nur die Wirtschaftsweltmacht Deutschland und die einzige rein kontinentaleuropäische Atommacht Frankreich sein. Die BRD hat sich allerdings in letzter Zeit als möglicher neutraler Makler selbst unmöglich gemacht, indem sie jetzt als Waffenlieferant in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg führt. Dort kämpft die Bundeswehr nicht selbst gegen die Russen, dafür die ukrainische Armee mit Bundeswehrwaffen.

Das „Normandie-Format“ könnte aber grundsätzlich nur gelingen, wenn diese beiden Mächte aus der NATO austreten. Denn erst wenn der amerikanische Scharfmacher, dem es um Weltherrschaft und nicht um eine eurasische Friedensordnung geht, aus dem Spiel genommen ist, weiß Moskau, daß in Berlin auch wirklich deutsche und in Paris auch wirklich französische Interessen vertreten werden. Dem Franzosen traut man ja noch eher zu, französische Interessen zu vertreten, aber der deutschen Regierung?

### **Carl Schmitts Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte**

Die deutsche Neue Rechte stimmt, wie bereits erwähnt, in ihrer Mehrheit in diesem Punkt mit Alexander Dugins Position einer multipolaren Weltordnung überein.<sup>13</sup> Der geistesgeschichtliche

---

<sup>13</sup> Siehe unter anderen Erik Lehnert in seinem dreiteiligen Aufsatz auf Sezession-Online: Die ukrainische Frage. Der Angriff Rußlands auf die Ukraine hat in Deutschland einen realpolitischen Schock ausgelöst. Veröffentlicht am 19.03.2022. – Bei Sezession kommt allerdings auch der Historiker und AfD-Politiker Stefan Scheil zu Wort, der eine antirussische Position in Geschichte und Gegenwart einnimmt. Vgl. YouTube-Film „Am Rande der Gesellschaft“: Ukraine, Putin und eine historische Forschung, Nr. 27, ab Minute 21. – Stefan Scheil sieht das „deutsche Interesse eher auf Seiten des Westens, was innerhalb der AfD nicht populär ist“, Minute 23. Götz

Ausgangspunkt stellt dabei Carl Schmitts Großraumkonzept dar.<sup>14</sup> Er führte hierzu aus: „Eine Großraumordnung gehört zum Begriff des Reiches, der hier als eine spezifisch völkerrechtliche Größe in die völkerrechtswissenschaftliche Erörterung eingeführt werden soll. Reiche in diesem Sinne sind die führenden und tragenden Mächte, deren politische Idee in einen Großraum ausstrahlt und die für diesen Großraum die Interventionen fremdräumiger Mächte grundsätzlich ausschließen.“<sup>15</sup>

Schmitt lieferte damit im Jahr 1941 eine Antwort auf die amerikanische Monroe-Doktrin,<sup>16</sup> derzufolge sich die USA – in Bezugnahme auf die europäische Kolonialgeschichte – gegen eine Einmischung in inneramerikanische Angelegenheiten wandten. Wobei die USA sich 1917 sehr wohl militärisch auf Seiten Großbritanniens und Frankreichs in den Ersten Weltkrieg einmischten, was diesen zuungunsten des Deutschen Reichs entschied.

Schmitt beanspruchte aus deutscher Sicht ein „Interventionsverbot“ auch für einen zu schaffenden europäischen politischen Großraum. Die USA entschieden in der Folge auch maßgeblich den Zweiten Weltkrieg zuungunsten des Deutschen Reiches und üben seitdem über Westeuropa ihre Hegemonie aus. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1990 dehnt sich die von den USA dominierte NATO immer weiter nach Osten aus.

Bereits Schmitt verwies auf den Zwiespalt zwischen den Großraumpolitikern und den reinen Nationalstaatlern, indem er in seinem Vorwort seines Buches darauf hinwies, daß das „Selbstbestimmungsrecht der Völker [...] als Grundsatz heute anerkannt“ sei.<sup>17</sup> Ihm selbst ging es aber darum, über den „abstrakten, im Allgemeinbegriff ‚Staat‘ liegenden Gebietsvorstellungen hinaus, den Begriff des konkreten Großraums und den ihm zugeordneten Begriff eines völkerrechtlichen Großraumprinzips in die Völkerrechtswissenschaft einzuführen.“<sup>18</sup>

Genau diesen Zeilen entsprechend können wir auch heute den Streit auch unter deutschen Rechten beim Thema „Ukraine“ nachvollziehen. Liegt die ukrainische Regierung richtig damit,

---

Kubitschek sieht in der Ukraine und Osteuropa ein „Zwischeneuropa“ als Raum zwischen Deutschland und Rußland; ab Minute 24. Kubitschek kritisiert, daß die Ukraine sich als „Aufmarschgebiet“ für die NATO bzw. USA hergibt; Minute 25. Erik Lehnert möchte mit Rußland „gut auskommen“; Minute 26. – Björn Clemens verfißt auf der Online-Seite „Gegenstrom“ einen Verbleib Deutschlands in der NATO. Vgl. Björn Clemens: Die NATO, Putin und das Ende der deutschen „Pussy-Politik“. Veröffentlicht am 14.03.2022.

<sup>14</sup> Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht. [Erstausgabe Kiel 1939] Duncker & Humblot, Berlin 1991.

<sup>15</sup> Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, ebd., S. 49.

<sup>16</sup> Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, ebd., S. 22.

<sup>17</sup> Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, ebd., S. 11.

<sup>18</sup> Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, ebd., S. 11.

gegenüber Moskau auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu beharren, oder liegen die Großraumpolitiker und Großraumdenker richtig?

### **Die Ukraine bestätigt das Großraumprinzip**

Ich meine, die Großraumpolitiker und Großraumdenker liegen richtig. Ich kann sehr wohl den Drang der Ukrainer nach einem eigenen nationalen Staat, für diesen auch mit der Waffe in der Hand einzutreten, nachvollziehen. Aber, bitte schön, auf was, auf welche Substanz stützt sich diese ukrainische Selbständigkeit als Nationalstaat in der politischen Wirklichkeit? In der Tat stützt sich der Drang nach ukrainischer staatlicher Unabhängigkeit gegenüber Rußland auf eine Abhängigkeit gegenüber – Dugin würde sagen – der westlichen Zivilisation, gegenüber der NATO, gegenüber deren Führungsmacht USA, um es auf den Punkt zu bringen. – Wie ist es somit um die Glaubwürdigkeit der ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebung, die, um der russischen Abhängigkeit zu entkommen, sich in eine andere Abhängigkeit, der der USA, begibt, wirklich bestellt? Am Ende, sollte Rußland das Tauziehen um die Ukraine verlieren, wäre Kiew ein politischer und militärischer Vorposten der USA, mit US-Militärbasen.

### **Raus aus der NATO**

Worin besteht nun aber die Lösung der Misere – dies vor allem aus deutscher Sicht? „Deutschland muß raus aus der NATO. Nur die Neutralität sichert das Überleben unseres Volkes. Ohne die NATO können wir einen Gürtel blockunabhängiger Staaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer initiieren – im Frieden mit Amerika und Russland.“ (Jürgen Elsässer<sup>19</sup>)

Wenn Elsässer „raus aus der NATO“ fordert, stimme ich ihm zu. Ob sich allerdings für Deutschland die Alternative zur NATO an einer „Neutralität“ ausrichten sollte, ist zumindest zweifelhaft.

Neutralität ist die richtige Option für Schwache. Ich meine dies gar nicht abwertend bzw. herablassend. Als Deutschland nach 1945 von den Westalliierten und den Sowjets besiegt und

---

<sup>19</sup> Quelle: Jürgen Elsässer auf Compact-Online: Deutschland muß aus der NATO-Kriegsfront ausscheren. Eingesehen am 12.04.2022.

geteilt war, das Land auch wirtschaftlich durch die Kriegsfolgen am Boden lag, wäre die Stalin-Note von 1952, die auf ein schwach bewaffnetes, neutrales Deutschland zwischen NATO und Warschauer Pakt gelegen abzielte, sicherlich eine sinnvolle Option gewesen, die uns die Wiedervereinigung gebracht hätte.

Ähnlich war damals die Situation für das kleine Österreich, nur die verfassungsmäßige Neutralität ermöglichte den Abzug der Besatzungsmächte, auch der Sowjets aus dem Osten des Landes. Neutral waren damals auch Finnland, Jugoslawien und Albanien. Also allesamt Staaten, die damals gut daran taten, sich gegenüber Russen und Amis wegzuducken.

Ebenso ist die Neutralität sinnvoll für die Schweiz, die stark genug zur Landesverteidigung, aber zu schwach zur Entwicklung einer Hegemonie über das eigene Territorium hinaus ist. Die Schweiz ist nicht reichsfähig, Österreich war dies mit Ungarn zusammen bis 1918. Deutschland ist bekanntlich zu groß, um sich – wie Elsässer meint – in der Weltpolitik neutral wegducken zu können, aber auch zu klein, um aus eigener Kraft eine Weltmacht zu sein. Nur indem Deutschland Europa oder Teile davon dominiert, könnte es ein Reich sein, das es in der Geschichte schon gewesen war. Im engen Bündnis mit Frankreich könnte Deutschland – als neues Karolingerreich – wieder Weltmacht sein. Aber natürlich gut bewaffnet, notfalls wie Frankreich atomar, sofern nicht die anderen Atomarmächte alle ihre Atom-Waffen aufgeben.

### **Neutralität – eine Option für Schwache**

Neutralität ist für Deutschland in einer Phase der Schwäche eine Option, aber als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und Exportvizeweltmeister ist für uns potentiell mehr drin. Und es wird auch von anderen, kleineren europäischen Nationen mehr von uns erwartet. Halten wir uns an Carl Schmitt, der einer „reichsfeindlichen, neutralisierenden Geisteshaltung“ eine Absage erteilte. Es geht um die „Frage, ob das Deutsche Reich eine neutralisierte, entpolitisierte, den Interventionen seiner Nachbarn ausgesetzte, schwache, oder aber die freie, schöpferische Eigenschaft bewährende, starke Mitte Europas sein soll.“<sup>20</sup>

Jürgen Elsässer, der freilich kein deutscher Machtdenker ist, sondern ein Russe ohne russischen Paß, wie dies in der Szene über ihn spöttisch gesagt wird, kann die deutsche Machtposition nicht

---

<sup>20</sup> Carl Schmitt: Neutralität und Neutralisierungen. In: Positionen und Begriffe im Kampf um Weimar, Genf, Versailles, 1923-1939, Duncker & Humblot Verlag, Berlin, 3. Auflage von 1994, S. 330-331.

denken. Eine deutsche Neutralität wäre für Rußland, so denkt er devot, die beste Option. Nicht unbedingt, denn eine neue europäische politische und militärische Gemeinschaft um den Kern Deutschland, Österreich, Frankreich und die Beneluxstaaten gruppiert, könnte auch eng mit Rußland zusammenarbeiten. Als Gerhard Schröder von 1998 bis 2005 BRD-Kanzler gewesen war, tauchte sie auf, die Formel „Paris–Berlin–Moskau“.

Natürlich würde eine solche Allianz nicht sofort bei allen Europäern zu Begeisterungstürmen führen, vor allem nicht bei den Staaten, die einmal wie die Balten Sowjetrepubliken oder wie die Polen Zwangsglieder im Warschauer Parkt gewesen waren. – Aber diesen Ländern könnte man eine Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen schmackhaft machen, indem man ihnen eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in Aussicht stellt. Wer, wie die Ukrainer, sich von der von den USA geführten NATO Befehle erteilen lassen möchte, kann sich dann auch wirtschaftlich von den Amis – wie eine Nutte – aushalten lassen. Ich fand es in diesem Kontext doch amüsant, daß die polnische Führung auf die Frage, woher sie nach einem Energieembargo gegen Rußland ihr Gas beziehen will, zur Antwort gab: von der EU. Nur wer finanziert die bisherige EU oder ein neues Europa? Nicht die USA. Die vertreten ihre eigenen Interessen, nicht nur energiepolitisch.

### **Welches Völkerrecht?**

Für die Debatte im rechten Spektrum ist es wesentlich, ob man der Großraumordnung oder dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Vorrang einräumt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker führte nämlich unter anderem zu dem heute gültigen Völkerrecht, demzufolge ein Angriffskrieg im nationalen Interesse verboten ist. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte nämlich jeder souveräne Staat das „ius ad bellum“, das Recht, auch aus nationalem Interesse Krieg zu führen.

Selbstverständlich standen hierbei die kleinen und schwächeren Staaten in der Defensive gegenüber mächtigen Flächenstaaten, die mehr Steuerzahler und Rekruten hatten. Das damalige Kriegsvölkerrecht, wie es in der Haager Landkriegsordnung (1907) niedergeschrieben war, befaßte sich mit der Hegung des Krieges, also wie man möglichst schonend mit Verwundeten, Gefangenen und der Zivilbevölkerung umgeht. Der Krieg wurde gehegt, aber – auch als Angriffskrieg – nicht verboten. Dies sollte sich mit der Völkerbundsatzung (1919), dem Briand-Kellogg-Pakt (1928), der UN-Charta (1945), den Genfer Konventionen (1949) und der

Schlußakte von Helsinki (1975) ändern. Nun war es nur noch erlaubt, per UN-Mandat einen Verteidigungskrieg zu führen. Der aus nationalem Interesse begründete Angriffskrieg war nun verboten.

Insofern schimpfen heute vor allem westliche Politiker und Journalisten gegen Wladimir Putin, dieser führe einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine (2022), wie schon gegen Georgien (2008) oder bei der Besetzung der Krim (2014). Das Referendum für Rußland erfolgte nach der Annexion durch inoffizielle russische Militärangehörige.

Wir haben also von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bis heute eine dreistufige Entwicklung des Völkerrechts: lange Zeit durfte jeder souveräne Staat aus welchem Grund auch immer Krieg führen; danach war der national begründete Angriffskrieg verboten; heute genehmigen es sich auserwählte, starke Staaten, die zumeist über Atomwaffen verfügen, sich über dieses Verbot des Angriffskrieges hinwegzusetzen, wie auch die USA gegen den Irak (2003) und im Kosovo (1998) gegen Jugoslawien. – Es scheint sich also auch in Bezug auf das Kriegsvölkerrecht ein faktisches Recht auf Angriffskrieg der Supermächte bzw. derjenigen Staaten, die stark genug sind, kulturelle Großräume anzuführen, durchzusetzen.

## **Zum Menschenbild der Rechten**

Warum eine echte Rechte, also je mehr diese authentisch rechts im ideengeschichtlichen Sinne ist, eine jegliche Form von Demokratie ablehnt, hängt ganz entscheidend von ihrem Menschenbild ab. Hierzu schreibt Reinhold Zippelius: „Die Vorstellungen über den Staat werden davon bestimmt, ob sie von einem optimistischen oder einem pessimistischen Menschenbild ausgehen.“<sup>21</sup> Kurzum, ein optimistisches Menschenbild tendiert nach links, ein pessimistisches nach rechts.

Sofern der Mensch von Natur aus vernunftbegabt, zu einem gemeinschaftlichen Zusammenleben unter Menschen geeignet ist, so besteht die politische Aufgabe darin, Mängel gesellschaftlicher Struktur zu beseitigen und eine Gesellschaft freier und gleicher Menschen herzustellen.<sup>22</sup> Das Volk müsse eben, so meinen die Linken, nur umfassend informiert und zu einem guten

---

<sup>21</sup> Reinhold Zippelius: Geschichte der Staatsideen. 7. Auflage, Verlag C. H. Beck, München 1990 [Beck'sche Reihe Bd. 72] S. 184-185.

<sup>22</sup> Reinhold Zippelius: Geschichte der Staatsideen, ebd., S. 184.

Zusammenleben erzogen werden. Daß derartiges Denken, das die gesellschaftliche Struktur in den Fokus nimmt, tendenziell eher das Privateigentum in Frage stellt, kommt noch hinzu.

„Pessimistische Einschätzungen glauben hingegen, Besitztrieb, Machtstreben und Aggressionsbereitschaft seien in der menschlichen Natur selbst verwurzelt.“<sup>23</sup> Wer als Rechter von einem derartigen Menschbild ausgeht, kann nicht in einer „Erziehungsdiktatur“ die Lösung sehen, da weder durch Erziehung noch durch Sozialreformen die menschliche triebhafte Natur zu ändern sei. Für Arnold Gehlen war der Mensch an sich das „Mängelwesen“, das erst durch staatliche Institutionen zu einem brauchbaren Gemeinschaftsangehörigen zu erziehen sei.<sup>24</sup> Für Gehlen sind demnach nicht die vorhandenen, überkommenen staatlichen Institutionen das eigentliche Problem, sondern der mit Mängeln versehene Mensch an sich.

Eine Bemerkung am Rande: Laut Götz Kubitschek war das Werk Arnold Gehlens grundlegend für die Gründung des Antaios-Verlags gewesen.<sup>25</sup>

Ebenso offenbarte sich Ernst Jünger in „Eumeswil“ als rechter Denker, der den Menschen pessimistisch betrachtete: „Ein Denkfehler der Anarchisten liegt darin, daß sie den Menschen von Natur aus für gut halten.“<sup>26</sup>

Ähnliche rechte Gedanken, wie sie Arnold Gehlen und Ernst Jünger in neuerer Zeit ausbreiteten, lassen sich bis Thomas Hobbes (Leviathan) und Niccolò Machiavelli (Il Principe) zurückverfolgen. Beiden politischen Philosophen war gemein, daß sie sozusagen – in einem ersten Schritt – die Menschen genau in ihren Charakterzügen und Verhaltensweisen beobachteten, um dann – in einem zweiten Schritt – von dem empirischen Befund, den sie aus ihren Beobachtungen gewannen, ihr politisches Konzept abzuleiten, was bedeutet, utopische Wunschvorstellungen hinsichtlich „idealer“ Staatsmodelle zurückzuweisen.

Thomas Hobbes schrieb im dreizehnten Kapitel seines Leviathans: „Von der natürlichen Bedingung der Menschheit im Hinblick auf ihr Glück und Unglück“ über die Tugenden der Menschen, aber auch über deren Untugenden, die im menschlichen Miteinander zu Streit, Neid

---

<sup>23</sup> Reinhold Zippelius, ebd., S. 185.

<sup>24</sup> Arnold Gehlen: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Junker und Dünnhaupt, Berlin 1940.

<sup>25</sup> Quelle: YouTube-Film, Titel: „Arnold Gehlen, Götz Kubitschek und Dr. Erik Lehnert im Literaturgespräch“, 20.04.2022. Gleich zu Beginn geht Kubitschek auf die Bedeutung Gehlens für seinen Antaios-Verlag ein. – Vgl. hierzu auch: Karlheinz Weißmann: Arnold Gehlen. Vordenker eines neuen Realismus. Hrsg. Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek in der Edition Antaios, Bad Vilbel 2000 [Edition Antaios, Perspektiven, Bd. 2].

<sup>26</sup> Ernst Jünger: Eumeswil. Klett-Cotta, Stuttgart 1977, S. 237.

und Mißgunst führen können. „So liegen also in der menschlichen Natur drei hauptsächliche Konfliktursachen: Erstens Konkurrenz, zweitens Mißtrauen, drittens Ruhmsucht.“<sup>27</sup>

Und um diese menschlichen Leidenschaften zügeln zu können, in ein humanes Miteinander zu bringen, bedarf es für Hobbes der staatlichen Gewalt.

Auch Machiavelli empfahl den Machthabern, die er politisch beriet, sich an wirklichen Menschen und an wirklichen Staaten, wie sie bereits existierten, zu orientieren und nicht etwa an ordnungspolitischen Wunschvorstellungen. „Da es meine Absicht ist, etwas Brauchbares für den zu schreiben, der Interesse dafür hat, schien es mir zweckmäßiger, dem wirklichen Wesen der Dinge nachzugehen als deren Phantasiebild. Viele haben sich Vorstellungen von Freistaaten und Alleinherrschaften gemacht, von denen man in Wirklichkeit weder etwas gesehen noch gehört hat; denn zwischen dem Leben, wie es ist, und dem Leben, wie es sein sollte, ist ein so gewaltiger Unterschied, daß derjenige, der nur darauf absieht, was geschehen sollte, und nicht darauf, was in Wirklichkeit geschieht, seine Existenz viel eher ruiniert als erhält.“<sup>28</sup>

In dieser Tradition rechten Denkens definierte in neuerer Zeit Günter Maschke den Unterschied zwischen „rechts“ und „links“ wie folgt: „Zumindest ein Unterschied zwischen ‚rechts‘ und ‚links‘ scheint mir offensichtlich zu sein: Auf der rechten Seite ist man überzeugt von der Konstanz der menschlichen Natur. Das Drama der menschlichen Sehnsüchte, Illusionen, Schwächen und Bestialitäten bleibt gleich, nur die Kostüme der Darsteller, das Bühnenbild und die Einsatzworte der Souffleusen ändern sich. Das wird von seiten der Linken getadelt, wird als ‚anthropologisierend‘, ‚a-historisch‘, ‚ontologisierend‘ gebrandmarkt. Der Linke – falls er überhaupt das Vorhandensein einer menschlichen Natur hinnimmt! – glaubt, daß diese Natur im weitesten Maße veränderlich und veränderbar ist und sich dabei, von gelegentlichen Repressionen abgesehen, unentwegt nach vorne entwickeln wird. Das bedeutet nichts anderes, als daß wir nur Material sind für ein Eschaton in weiter Ferne.“<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> Thomas Hobbes: Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Hrsg. und eingeleitet von Iring Fetscher, übersetzt von Walter Euchner. 9. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1999 [suhrkamp taschenbuch wissenschaft 462], S. 95.

<sup>28</sup> Niccolò Machiavelli: Der Fürst („Il Principe“). Übersetzt und herausgegeben von Rudolf Zorn. 6. Auflage, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1978 [Kröners Taschenausgabe, Bd. 235], S. 63.

<sup>29</sup> Günter Maschke: Verräter schlafen nicht. Gespräche mit Günter Maschke. Hrsg. von Sebastian Maaß. 2., korrigierte Auflage, Regin-Verlag, Kiel 2012 [AD REM, Band 2; 2011], S. 145.

## Die wissenschaftlichen Methoden der Neuen Rechten

Da sich die politische Rechte ihre Ideen an der Wirklichkeit des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens ausrichtet, bevorzugen deren Vordenker schon seit den 1960er Jahren, zum Beispiel Hartwig Singer (Pseudonym von Henning Eichberg) und Alain de Benoist, wissenschaftliche Methoden, die diesem Anliegen, sich der Wirklichkeit zu stellen, entsprechen. Darunter sind zu zählen vor allem die empirischen Sozialwissenschaften, der Bio-Humanismus und die Verhaltensforschung.<sup>30</sup>

Dies bedeutet allerdings nicht, daß sich alle rechten Strömungen etwa an empirischen Forschungsergebnissen orientieren würden. Insbesondere für einige Vertreter des NS-Spektrums und des Traditionalismus, aber auch für viele christliche Konservative, gilt dies nicht. In diesen Spektren wird oftmals gefühlsmäßig und irrational argumentiert. Daß die Neue Rechte sich hiervon abhebt und sich an bestimmten wissenschaftlichen Methoden ausrichtet, hängt damit zusammen, daß in diesem Spektrum, vor allem unter den Vordenkern Akademiker und Bildungsbürger dominieren, und man sich strategisch zum Ziel setzt, in akademischen und gebildeten Milieus zu beeindrucken.

Die Neue Rechte, insbesondere die sich in Schnellroda um Götz Kubitschek gruppiert, ist einem biologischen Menschenbild verhaftet. Für die Neue Rechte ist der Mensch ein primär durch biologische Evolution, Rasse und Instinkte bestimmtes Wesen. Demnach sind die Antriebe des menschlichen Verhaltens weitgehend angeboren. Diese angeborenen Grundlagen des Verhaltens werden durch erlernte Verhaltensweisen ergänzt.<sup>31</sup> Anders als für Marx ist für die Neue Rechte die Arbeit nicht der Ursprung der Menschwerdung. Diese war ihres Erachtens mit der Waffe verknüpft.<sup>32</sup> Von zentraler Bedeutung im rechten Denken ist die dem Menschen angeborene Brutpflege.<sup>33</sup> Die eigenen Nachkommen sind mit der Waffe zu verteidigen.

---

<sup>30</sup> Vgl. hierzu Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1975 (= Herderbücherei, Bd. 518), S. 30-73.

<sup>31</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 43.

<sup>32</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 45.

<sup>33</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 35.

## Die sechs Triebe

Aus der Verhaltensforschung werden sechs konkrete Triebe abgeleitet: Der Territorialtrieb, der Dominanztrieb, der Besitztrieb, der Aggressionstrieb, der Sozietätstrieb und der Sexualtrieb. Vom Territorialtrieb läßt sich der neurechte Ethnopluralismus ableiten. Die Neue Rechte definiert diesen als Gruppenmechanismus der Abgrenzung nach außen und der Solidarität nach innen. Nicht nur der Mensch, auch das Tier ist ein territoriales Wesen, das instinktiv sein Gebiet und seine Wohnung gegen Eindringlinge verteidigt. Solche Gruppen, bei denen der Territorialtrieb am entschiedensten funktionierte, haben am besten überlebt. Tierarten und Völker, bei denen er gestört war oder verkümmerte, sind untergegangen.<sup>34</sup>

Dem Dominanztrieb zufolge sind die Menschen ungleich. Er schichtet die betreffende Gruppe oder Gesellschaft durch Ränge, die nach der verschiedengradigen Erfüllung ihrer Leistungsansprüche abgestuft sind. In der eingespielten menschlichen Rangordnung kommen die Individuen mit den besten Führungsqualitäten an die Spitze. Nur die Anerkennung der Ungleichheit sorgt für die Herrschaft der Fähigsten.<sup>35</sup>

Den Besitztrieb leitet die Neue Rechte aus der Eroberung und Formung der Materie durch den Menschen ab. Die Herstellung und Aneignung von Gegenständen läuft parallel zur menschlichen Entwicklung. Demzufolge ist auch das Privateigentum nichts anderes als die Vergegenständlichung des Menschen in der Materie. Es fördert das Überleben der Besten und stärkt die Gruppe oder Gesellschaft nach außen.<sup>36</sup>

Den Aggressionstrieb betrachtet die Neue Rechte als notwendiges Mittel zur Verteidigung des Territoriums, der Rangbildung und des Besitzerwerbs. Sie glaubt im Sinne von Konrad Lorenz, das scheinbar Böse diene dem Guten. Ohne aggressive Disposition könnten sich der Mensch und die Nation niemals von Unterdrückern befreien. Die Waffe ist nur eine materielle Erscheinungsform des Aggressionstriebes.<sup>37</sup>

Der Sozietätstrieb ist ein stammesgeschichtlich erworbener Instinkt zur Erhaltung der Klein- und Großgruppen (wie Familie oder Volk). Der Sexualtrieb fördert die biologische Evolution, während seine Rolle in der kulturellen gering ist. Die Psychoanalyse wird von der Neuen

---

<sup>34</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 43.

<sup>35</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 43-44.

<sup>36</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 44.

<sup>37</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 44.

Rechten als grobe Überschätzung des Sexuellen beurteilt. Wie Karl Marx den frühkapitalistischen Klassenkampf, so habe Sigmund Freud Beobachtungen in der hochkapitalistischen Gesellschaft unwissenschaftlich verallgemeinert.<sup>38</sup>

Von diesem Wissen um die sechs Triebe leitet sich im Wesentlichen das neurechte Denken ab. Freilich sollte man hierbei nicht verallgemeinern. Die Minderheit, die um Benedikt Kaiser in Deutschland und um Alain de Benoist in Frankreich den Kapitalismus kritisiert, schränkt den Besitztrieb tendenziell doch etwas ein. Aber das Recht auf Eigentum wird auch von dieser Ausrichtung nicht in Frage gestellt.

### **Gehlen und Kolbenheyer: gegen die idealistische Philosophie**

Interessant war für mich bei meiner Untersuchung über die sogenannte Neue Rechte, daß sich Erik Lehnert, der Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ kritisch über die idealistische Philosophie ausgesprochen hatte, und zwar auf einem Seminar über Arnold Gehlen.<sup>39</sup> Lehnert meinte, daß man mit der Bezugnahme auf Arnold Gehlen einen „sicheren Grund“ erhalte, im Gegensatz zur empirisch oftmals nicht unterfütterten idealistischen Philosophie.

In der Tat, die idealistische Philosophie ist im 19. Jahrhundert abgeschlossen, wird von Geisteswissenschaftlern bis heute nur noch weiter interpretiert und „wiedergekaut“. Ganz anders die philosophische Anthropologie, die sich auf die modernen Naturwissenschaften und empirische Forschung bezieht. Lehnert nennt Max Scheler, Helmuth Plessner und Arnold Gehlen. Einen Namen, den er nicht nennt, ist E. G. Kolbenheyer, der bereits 1923 mit seiner Bauhütte auf den Plan trat. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Kolbenheyer gesellschaftlicher Außenseiter, weil wohl seine Philosophie zu sehr in Nähe zur NS-Ideologie stand.

Kolbenheyers Bauhütte scheint heute nicht mehr für die Neue Rechte verwertbar zu sein, wohl deshalb, da in seinem Buch häufig – politisch nicht korrekt – von „weißer Rasse“ die Rede ist, was im Duktus der NR mit „Ethnopluralismus“ zu übersetzen wäre. In einer Nachkriegsauflage schreibt er zudem über den NS, daß dieser wegen seiner „Jugend, draufgängerisch zu kämpfen“,

---

<sup>38</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 44.

<sup>39</sup> Quelle: Erik Lehnert und Götz Kubitschek auf YouTube, 20.04.2022; Seminar u. a. über Arnold Gehlen. Lehnert ab Minute 11.

seine Berechtigung gehabt habe: „Darin ist der eigentliche, der biologische Grund der nationalsozialistischen Bewegung zu finden.“<sup>40</sup>

Es ist doch völlig klar, daß dieses Buch nicht geeignet für die NR ist. Aber sehr wohl dessen Inhalte. Kolbenheyer hatte darin, lange vor Lehnert, behauptet, daß das „Ethos des theoretischen Idealismus [...] im weltanschaulichen Umbruch der Gegenwart versagt“ habe.<sup>41</sup> Um dann auf biologischer Grundlage eine eigene Philosophie zu entwickeln. Dem „theoretischen Idealismus“, dem er einen „praktischen Idealismus“ gegenüberstellte, warf er vor, das „Bewußtsein“ des Menschen als etwas Eigenständiges zu definieren. Demgegenüber sah Kolbenheyer in dem „Bewußtsein eine Hilfsfunktion des Biologisch-Organischen“.<sup>42</sup>

Während die Neue Rechte heute, soweit ich dies überschauen kann, auf die Bauhütte Kolbenheyers nicht oder kaum Bezug nimmt, obwohl die darin stehenden Inhalte sehr wohl zur NR passen würden, nannte Günter Bartsch genau diesen Autoren und dieses Buch für wesentlich für die NR der 1970er Jahre.<sup>43</sup>

### **Wie Armin Mohler die Neue Rechte begrifflich bestimmte**

Wenden wir uns nun der „Neuen Rechten“ zu. – Als Gründer und Vordenker der deutschen Neuen Rechten gilt Armin Mohler. Während der Deutschschweizer in der BRD direkt wirkte, wurden die zentral wichtigen Ideen Alain de Benoists von Frankreich zu uns importiert.

Mohler meinte, mit der Wende von 1989 wachse „nach langer Dürre in Westdeutschland wieder eine Generation junger Rechter heran, die unbequem zu denken wagen. Ihre Väter stellten jene ‚weißen Jahrgänge‘, auf welche die Sieger ihre Gehirnwäsche konzentrierten. Die Sieger von 1945 hielten für den deutschen Konservatismus ein für sie pflegeleichtes Laufstall bereit, den eines weinerlich-betulichen Gärtner- und Demutskonservatismus, der sich in Antikommunismus und Proamerikanismus erschöpfen sollte.“<sup>44</sup>

Genau von diesem angepaßten Strukturkonservatismus sollte sich die NR abgrenzen bzw. unterscheiden. Also genau von dem Typus, der uns seit Jahren in Friedrich Merz (CDU)

---

<sup>40</sup> E. G. Kolbenheyer: Die Philosophie der Bauhütte. Paul Neff Verlag, Wien, Berlin, Stuttgart 1952, S. 84.

<sup>41</sup> E. G. Kolbenheyer: Die Philosophie der Bauhütte, ebd., S. 5 (Vorwort).

<sup>42</sup> E. G. Kolbenheyer: Die Philosophie der Bauhütte, ebd., S. 67.

<sup>43</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ebd., S. 31.

<sup>44</sup> Armin Mohler: Liberalenbeschimpfung. Sex und Politik. Der faschistische Stil. Gegen die Liberalen, Essen 1990, S. 5.

begegnet, konservativ im Familienleben und im Habitus – sehr lobenswert allemal! –, darüber hinaus prowestlich und antisozialistisch, prokapitalistisch. Was nicht bedeutet, daß den NR-Apologeten in der Summe ein antikapitalistisches Konzept vorschwebt, Ausnahmen wie Benedikt Kaiser bestätigen die Regel.

Armin Mohler machte am Begriff der „Konservativen Revolution“ deutlich, um was es ihm auch bei der Neuen Rechten ging: „Unsere Bewegung nennt sich aber ‚Konservative Revolution‘. [...] Das Einzelne, dessen Zeit vorbei ist, soll nicht, wie der Reaktionär das täte, krampfhaft festgehalten werden. Es soll vielmehr fallen, und dem hilft man nach. Besser ist ein schneller Schnitt als langsames Faulen, wenn der Untergang ohnehin beschlossen ist.“<sup>45</sup>

Das heißt also, daß der konservative Revolutionär bzw. die Akteure der Neuen Rechten, das Kunststück fertigbringen sollen, Bewahrenswertes zu bewahren, Überholtes und Morsches zu stürzen und nicht überlebten gesellschaftlichen Verhältnissen, wie es der Reaktionäre tut, anzuhängen.

### **Wie die liberalen und linken Gegner die Neue Rechte definieren**

Im akademischen Bereich zirkulieren viele, zum Teil sich widersprechende Definitionen darüber, was die Neue Rechte sei, bzw. wer dazugehöre und wer nicht. Natürlich gilt auch hierbei die Erkenntnis, daß Wissenschaftler keine unbeschriebenen weißen Blätter sind, die nicht frei wären von Erziehung, sozialer Prägung, Vorurteilen und etwaigen politischen Absichten.

In der Gesamtschau der Begriffsbestimmungen, die von liberalen und linken Gegnern, aber auch von den Organen der NR selbst ausgesendet werden, erscheint die NR als die „gescheite“ bzw. die „intelligente Rechte“. Demgegenüber müßte es sich bei der „Alten Rechten“, vor allem beim NS-Spektrum, um die „dumme Rechte“ handeln. „Dumm“ insofern, weil man sich durch ständige Bezugnahmen auf das – von vielen humanistisch gestimmten Menschen so empfundene – unmenschliche NS-Regime bezieht, und somit einen möglichen Radius an Empfängern (Wählern, Mitgliedern, Kunden, Spendern usw.) verhindert.

---

<sup>45</sup> Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland, 1918-1932 [Die Erstfassung wurde am 29.06.1949 an der Universität Basel als Dissertation angenommen]. Ein Handbuch. Dritte, um einen Ergänzungsband erweiterte Auflage von 1989, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 116.

Die Dichotomie „intelligente“ und „dumme“ Rechte klingt vielleicht polemisch. Aber in der Tat ist der Anteil an Akademikern innerhalb der Neuen Rechten doch beträchtlich. Das intellektuelle Niveau in diesen Kreisen ist nicht unbedingt, auch wenn man dort anderes behaupten mag, in der Tiefe bzw. in der Qualität besser als beispielsweise bei der NPD, aber doch in der Breite, in der Quantität besser.

Man muß nur einmal die Deutsche Stimme analysieren, ein Großteil der Artikel wird von wenigen und immer den gleichen Autoren geschrieben, von Arne Schimmer, Sascha Roßmüller und wenigen weiteren. Das Spektrum an qualifizierten Autoren ist in diesen Kreisen ausgedünnt. Die Qualität dieser Autoren ist nicht unbedingt schlechter, dies liegt natürlich auch im Auge des Betrachters, aber in der Quantität ist die Neue Rechte wesentlich besser aufgestellt. Vor allem solange deren Verlage und Organisationen nicht in den zur gesellschaftlichen Stigmatisierung einladenden VS-Berichten aufgeführt waren.

Greifen wir aus der Vielzahl von Publikationen über, zutreffender gegen die Neue Rechte nur ein paar heraus. Armin Pfahl-Traughber liefert uns eine gute Definition darüber, was „Neue Rechte“ ist. „Es lässt sich“, schreibt er, „allgemein wie folgt definierten: ‚Neue Rechte‘ steht für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik stützt, eher ein Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen darstellt und mit einer ‚Kulturrevolution von rechts‘ einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben will.“<sup>46</sup>

Auch Iris Weber ordnet die zeitgenössische NR überwiegend bestimmten Gruppen der Konservativen Revolution (KR) der Zwischenkriegszeit zu.<sup>47</sup> Pfahl-Traughber nennt die „Jungkonservativen“ innerhalb der KR als Bezugspunkt der NR.<sup>48</sup> Iris Weber nennt neben der französischen Nouvelle Droite – nach dem Zweiten Weltkrieg – die nationalrevolutionäre und die jungkonservative Strömungen der Weimarer Republik.

Der KR-Bezug ist bei der Definition der NR sicherlich zentral wichtig, aber zu wenig aussagend. Ich möchte dies an meinem Beispiel veranschaulichen. Durch meine zahlreichen Nennungen in

---

<sup>46</sup> Armin Pfahl-Traughber: Die „Neue Rechte“ ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe. Online-Seite der Bundeszentrale für politische Bildung vom 21.09.2019.

<sup>47</sup> Iris Weber: Nation, Staat und Elite. Die Ideologie der Neuen Rechten, Köln 1997. – Hier zitiert nach Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Unrast-Verlag, Münster im Juli 2017, S. 27.

<sup>48</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, ebd.

den VS-Berichten und meine Rolle, die ich Anfang der Zweitausender in der NPD spielte, würden mich Kubitschek, Kositzka und Sellner ganz gewiß nicht zur NR hinzuzählen.

Bei der Nouvelle Droite, die Weber anspricht, bezieht sich das Argument, wer zur NR zählt auf sich selbst: die französische NR zählt zur NR ist einleuchtend, aber nichtssagend. Zumal sich die neueren Positionen von Alain de Benoist, vor allem dessen Ablehnung des Nationalstaats, kaum auf die historische KR beziehen läßt, vielleicht noch auf den späteren Edgar Julius Jung, der sich fort vom Nationalstaat und hin zur Reichsideologie bewegte. Allerdings würde Benoists Antikapitalismus gut zu den Nationalrevolutionären passen, die allerdings wie Niekisch – und anders als Benoist – den Nationalstaat vertraten, aber nicht zur konservativen, die Marktwirtschaft gutheißenden Position Jungs.

Christoph Butterwege meinte 2002, daß man die Neue von der Alten Rechten anhand der Wirtschaftsideologie unterscheiden könne. Der Neuen Rechten schreibt Butterwege eine radikal neoliberale und standortnationalistische Position zu.<sup>49</sup> Dies mag heute auf Donald Trump und sein Umfeld und gewiß auch auf viele deutsche Neue Rechte zutreffen, dieses Urteil ist aber zu pauschal. Zumal Butterwege 2002 noch nicht Benedikt Kaiser kennen konnte, der erst die letzten Jahre – als noch relativ junger Mann – als Kapitalismuskritiker von sich reden machte.

Butterweges Diktum, die NR sei in der Wirtschaftspolitik neoliberal kann auch daher rühren, daß tatsächlich Philosophen, Politiker und Journalisten auf dem rechten Flügel des Mainstreams oftmals wirtschaftsliberale Positionen vertreten. Als Beispiele fallen mir Helmut Markwort, FDP-Abgeordneter im bayerischen Landtag, zuvor Macher des rechtsliberalen Focus, ein; und auch Thilo Sarrazin, Ex-Bundesbanker und SPD-Politiker, sowie der Philosoph Peter Sloterdijk fallen mir dabei ein.<sup>50</sup>

Volker Weiß zitiert genüßlich Sloterdijks Kritik an der Moderne. Die moderne Tendenz zum Egalitären zeichne sich durch einen Verlust der vier Gestalten jeder „anthropologischen Differenz“ aus; der Differenz von hoher und niederer Geburt, von heilig und profan, des „Weisen“ und der Menge sowie von begabt und unbegabt.<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Christoph Butterwege: Rechtsextremismus, Freiburg/Basel/Wien 2002. – Hier zitiert nach Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären, ebd., S. 27.

<sup>50</sup> Auch Volker Weiß rechnet Sarrazin und Sloterdijk zum Umfeld der NR. – Volker Weiß: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien, Zürich 2011.

<sup>51</sup> Zitiert nach Volker Weiß, ebd. S. 63. – Weiß bezieht sich auf: Peter Sloterdijk: Die Verachtung der Massen. Versuch über Kulturkämpfe in der modernen Gesellschaft, Frankfurt/Main 2000, S. 14.

Hinzu kommt die Tatsache, daß auch die Auffassungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der sogenannten Alten Rechten weit auseinandergehen. Sozialrevolutionäre Positionen, wie ich sie vertrete, finden kaum Rückhalt. Wie ich aus vielen Gesprächen, unter anderem vor Jahren mit Peter Dehoust, erfahren konnte, nehmen nationalliberale Positionen einen nicht allzu kleinen Raum im „altrechten“ Spektrum ein.

Durchsichtig ist auch die Position von Armin Pfahl-Traughber, der die NR im Ganzen dem „Rechtsextremismus“ zuordnet, was die Autorengruppe Bruns, Glösel und Strobl naheliegenderweise in aller Offenheit damit erklärt, daß Pfahl-Traughber „Verfassungsschützer“ sei und gerne sein Beobachtungsspektrum ausdehnt.<sup>52</sup>

Die genannte kritische Autorengruppe weist zurecht darauf hin, daß bei einer vollständigen Zuordnung der NR zum „Rechtsextremismus“ die vielen „Graubereiche“ zwischen etabliertem Konservatismus und radikaler Rechte unter den Tisch fielen.<sup>53</sup> Vielmehr, so die Autorengruppe, sei die Neue Rechte „ein Mischspektrum, das Rechtsextremismus und stark wertkonservatives Gedankengut vereint.“<sup>54</sup>

Von der stigmatisierenden Terminologie (Rechtsextremismus“) einmal abgesehen, so trifft diese Definition die Sache, um die es geht, gut. Die Attraktivität der NR ist – oder war? Nach Einzug der NR-Gruppen in VS-Berichte – gerade diese spezifische Mischung, nicht so radikal und gesellschaftlich ausgegrenzt zu sein wie beispielsweise die NPD, aber auch nicht so schlapp habituell und inhaltlich rüberzukommen wie Alt-BRD-Konservative wie Günther Rohrmoser, oder gar heute Friedrich Merz und Hans-Georg Maaßen.

Aber, wie schon gesagt, durch die Nennung in einigen VS-Berichten könnte die NR dieses Potential verspielen. Das muß aber die Zukunft weisen.

Definitionen über die NR gibt es viele. Nur noch eine an dieser Stelle, die Mode, neuere, bislang unverbrauchte Rechtsparteien in der BRD, wie Republikaner und neuerdings die AfD, die auch mehr Distanz zur NS-Szene zeigen als beispielsweise die NPD, zur „Neuen Rechten“ zu zählen.<sup>55</sup> – Bei dieser Methode ist dann alles neurechts, was neu und nicht neonazistisch auftritt. Aber bei den Parteien REP und AfD fehlt in der gesamten Breite der Mitglieder der Bezug zur

---

<sup>52</sup> Armin Pfahl-Traughber: Die Erben der ‚Konservativen Revolution‘. Zur Bedeutung, Definition und Ideologie der ‚Neuen Rechten‘ In: Wolfgang Gessenharter und Helmut Fröchling (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen 1998, S. 77-95. – Hier zitiert nach Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären, ebd., S. 28.

<sup>53</sup> Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären, ebd., S. 30.

<sup>54</sup> Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären, ebd., S. 31.

<sup>55</sup> Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären, ebd., S. 29.

Konservativen Revolution, da hilft auch nicht der Hinweis, daß Armin Mohler mal als Programmschreiber der REP tätig war.

Aber selbstverständlich gibt es zwischen neurechten Parteien wie REP und AfD und der Neuen Rechten an sich erhebliche Wechselwirkungen. Manche Autoren der NR verdingen sich heute als Assistenten von AfD-Parlamentsabgeordneten. Womit aber auch die NR an sich intellektuell geschwächt wird, weil ein Felix Menzel, um nur diesen einen zu nennen, dann weniger als unabhängiger Autor im Spektrum der NR auftritt, wenn sein AfD-Arbeitgeber diese Unabhängigkeit nicht goutiert.

### **Aktion Neue Rechte (ANR)**

Nur nebenbei bemerkt, es gab mal eine Partei, die in ihrem Namen direkt auf die Neue Rechte Bezug genommen hatte. Ich meine die NPD-Abspaltung Aktion Neue Rechte (ANR). Diese Partei trat aktivistischer auf als die damalige NPD, insofern wäre diese mit der Konservativ-Subversiven-Aktion, die Jahrzehnte später im Umfeld von Götz Kubitschek vergleichbar. Allerdings besaß die damalige ANR neben einem nationalkonservativen und einem nationalrevolutionären Flügel auch einen solchen der hitleristischen Richtung,<sup>56</sup> was die heutige Neue Rechte konsequent ausschließt.

Die heutige Neue Rechte ist vor allem eine verfassungstreue Rechte, die ihr Handeln und ihre Inhalte an den Vorgaben des VS ausrichtet, wie auch die AfD, die auf ihre Nichtnennung in den VS-Berichten größten Wert legt, bzw. nach Nennung die mit juristischen Mitteln die Streichung aus den VS-Berichten anstrebt. – Insofern ist auch die heutige Neue Rechte mit der NPD-Abspaltung der 1970er Jahre nicht vergleichbar. Heute ist eine NPD-Mitgliedschaft, auch wenn sie in der Vergangenheit liegt, ein wesentlicher Grund, jemandem die Aufnahme in die AfD zu verweigern; und als Autor einer NR-Publikation, der Sezession beispielsweise, kommt man unter seinem echten Autorennamen nicht in Betracht. Hingegen war bei der ANR damals der Wechsel von NPD zu ANR der Normalfall.

---

<sup>56</sup> Günter Bartsch: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1975 (= Herderbücherei, Bd. 518), S. 145-153.

## **Neue Rechte – mein Versuch einer Begriffsbestimmung**

Der vorangegangene Abschnitt hat deutlich gemacht, daß man aufgrund unterschiedlicher und zum Teil widersprechender Definitionen schnell den Überblick über das verlieren kann, was die Neue Rechte ausmacht, was sie charakterisiert. – Bevor wir uns in einem Dickicht an schwammiger Begriffslage über die Neue Rechte verlieren, möchte ich meinen geneigten Lesern vorab einen Vorschlag meinerseits anbieten, wie man dieses politische Spektrum eingrenzen könnte. Dies nur als Angebot, das zur Orientierung dienen soll.

Die Neue Rechte weist für mich zumindest vier Eingrenzungskriterien auf:

Zum Ersten: Es handelt sich bei ihr um eine Neuauflage der verfassungstreuen Rechten, die wir in früheren Jahrzehnten in der BRD unter Armin Mohler, Günther Rohrmoser und anderen bereits kannten. Freilich ist habituell die Neue Rechte, etwa die Identitären mit ihrer Kleidung und Symbolen nicht mit denen etwa der Sechziger Jahre gleichzusetzen. Aber strukturell ist das Buhlen um GG-Verfassungstreue, um an den Mitte-Rechts-Diskurs andocken zu können – an Sloterdijk, Safranski, Walser und andere – deutlich erkennbar. Würde man sich mit einer vom VS tatsächlich zugeschriebenen Verfassungsfeindlichkeit abfinden, würde und wird der gesellschaftliche Radius erheblich beschnitten. Man würde bald dort landen, wie die weitgehend isolierte „Alte Rechte“ gestrandet ist.

Zum Zweiten: Aus den vorgenannten Gründen, und sicherlich bei dem ein oder anderen Protagonisten auch aus ideologischer und wertemäßiger Überzeugung, umgeht die NR Bezugnahmen auf das NS-Regime. Die NR bezieht sich überwiegend auf die Konservative Revolution. Zum einen bietet diese – laut Armin Mohler – eine Distanz zum NS-Regime, zum anderen ist die KR im ganzen elitär. Viele NR-Protagonisten haben ein elitäres Selbstverständnis, das sich kaum mit dem zum Teil pöbelhaften Auftreten von NS-Vertretern verträgt.

Zum Dritten: Außerdem verfißt die NR durchgehend einen „Ethnopluralismus“, mit dem sie geschickt, aber – für Freund und Feind durchschaubar – den „Rassen“-Begriff in der Frage der Masseneinwanderung nach Europa umgeht.

Zum Vierten: Die NR versteht sich überwiegend als Gegenbewegung bzw. Konterrevolution zu der Französischen Revolution von 1789<sup>57</sup> und zur Revolte von 1968.<sup>58</sup> Vor allem das Postulat der „Gleichheit“ stört sie. – Dies trifft aber weniger auf die Fraktion der Nationalrevolutionären zu, die – in unterschiedlichem Mischungsverhältnis – auch linke Ideen vertreten.

### **Eine ideengeschichtliche Einführung**

Wer gehört also zur „Neuen Rechten“? – Bevor wir uns denjenigen Zeitgenossen zuwenden, die für sich selbst diese Bezeichnung beanspruchen oder von ihren Gegnern so bezeichnet werden, sollten wir uns mit der Begriffsgeschichte genauer befassen. Und zwar mit den Begriffsbestandteilen: „Rechte“ und „neu“. – Seit es in Europa eine politische Rechte gibt, existierte auch schon bald eine „Neue Rechte“, auch wenn sich deren Protagonisten in der Geschichte nicht selbst so bezeichneten. Die Rechte, die dem Fortschritt des Bürgertums und der Linken stets hinterherhinkte, war zur Erneuerung immer wieder genötigt.

Die echte Rechte, wie sie einmal Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn verkörperte und vertreten hatte, sieht in der Französischen, Russischen und in der Deutschen Revolution „Kreuzwegstationen“ in Richtung „Kollektivismen“.<sup>59</sup>

Die Französische Revolution von 1789 führte zeitverzögert zur bis heute gültigen traditionellen Sitzordnung in der Pariser Nationalversammlung.<sup>60</sup> Diejenigen, die die Monarchie zurückhaben wollten bzw. diese Staatsform in Deutschland in der Frankfurter Paulskirchenversammlung von 1848 verteidigten, saßen rechts vom Parlamentspräsidium aus gesehen. Diese Rechte wollte die Herrschaft von „Thron und Altar“ verteidigen bzw. wiederherstellen.<sup>61</sup> Zu dieser traditionellen

---

<sup>57</sup> Julius Evola sieht in zutreffender Weise den „Liberalismus“ als politische Kraft, die die Französische Revolution von 1789 betrieben hatte. (Julius Evola: Menschen inmitten von Ruinen. [Italienische Erstausgabe, Rom 1953] Hohenrain Verlag, Tübingen 1991, S. 171.) – Also nicht die Linke steht für „1789“, wie Wolfgang Bendel meint (siehe Fußnote 61).

<sup>58</sup> Die französische Neue Rechte stand nicht unbedingt als Gegenbewegung zur damaligen Neuen Linken, 1968 war eher der Ausgangspunkt, neben einer Erneuerung der Linken auch eine Erneuerung der Rechten anzustreben.

<sup>59</sup> Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn: Gleichheit oder Freiheit? Demokratie- ein babylonischer Turmbau? Hohenrain-Verlag, Tübingen, Zürich, Paris 1985, S. 9. – Bei der „Deutschen Revolution“ ist denkbar, daß Kuehnelt-L. die von 1848 oder die vom November 1918 meinte. Beide scheiterten, beide lehnte der Autor ab.

<sup>60</sup> In der Epoche nach Napoleon Bonaparte kristallisierte sich in der Französischen Nationalversammlung die Sitzordnung von „links“ und „rechts“ heraus.

<sup>61</sup> Anlässlich der Französischen Revolution von 1789 wurde gewiß die politische Rechte geboren, aber die Linke, vor allem die radikale Linke, wurde, damals sicherlich nicht an die politische Macht in Paris gebracht. – Wolfgang Bendel, der sich unter anderem in der Tradition von Julius Evola als echter Rechter verortet, meint zu diesem Thema in einem Interview: „Das ist eine sehr interessante Aussage, denn sie ermöglicht es mir, ideengeschichtlich weiter

Rechten gehörte Joseph de Maistre, der auch nach der Revolution in seinem Land am Gottesgnadentum festhielt. „Gott, der sich die Einsetzung der Könige vorbehielt, zeigt es uns, indem er der Menge nie die Wahl ihrer Herren überläßt.“<sup>62</sup>

De Maistre ging von einem göttlichen Naturrecht aus, von dem aus die Menschen ihre Rechte empfangen. „Die Freiheit war gewissermaßen stets nur ein Geschenk der Könige, denn alle freien Völker wurden von Königen begründet.“<sup>63</sup> Die Vorstellung etwa Rousseaus, daß das Volk mit dem Monarchen oder der Regierung allgemein einen „Gesellschaftsvertrag“ vereinbare, lehnte de Maistre kategorisch ab. Gottes Wille sei entscheidend und nicht etwa der *Volonté générale* des Volkes. „Das Gesetz ist nur dann wirklich Gesetz und besitzt nur dann wahrhaft Geltung, wenn man es aus einem höheren Willen ableitet. Sein wesentliches Merkmal besteht also darin, daß es nicht der Wille aller ist.“<sup>64</sup>

Gleichwohl lebte de Maistre in einer Art Scheinwelt, da er die Niederlage, die ja auch seine eigene persönliche Niederlage gewesen war, die ihm von der Revolution zugefügt wurde, nicht wahrhaben wollte. So bezweifelte er, daß sich das revolutionäre Frankreich überhaupt eine Verfassung gegeben habe. „Keine beliebige Versammlung von Menschen kann einem Volke eine Verfassung geben.“<sup>65</sup> Da „nun jede Verfassung göttlichen Ursprungs ist“,<sup>66</sup> und die Revolution sich „nicht auf Gott stützt“,<sup>67</sup> könnten sich die Revolutionäre keine Verfassung geben.

Diese Realitätsflucht hatte Methode. Denn alle Konterrevolutionäre stimmten damals in ihrer Ablehnung des Individualismus überein, Carl Schmitt zufolge wiesen Edmund Burke, Joseph de

---

auszuholen. Mit der amerikanischen Unabhängigkeit und der Französischen Revolution, beides Ereignisse gegen Ende des 18. Jahrhunderts, drängte erstmals die politische Linke an die Macht.“ (Quelle: [www.gegenstrom.org](http://www.gegenstrom.org); eingesehen am 12.11.2021; Interview zum Thema Gegenelite, Aristokraten und der König) Ich würde Bendel in so weit entgegenkommen, daß 1789 mit der bürgerlichen Revolution der Vorlauf stattfand, der Voraussetzung war, daß sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die politische, proletarische Linke entstehen konnte, die sich dann bei der 1848er-Bewegung auf dem linken Flügel in den Parlamenten und vor allem – als erster linker Staat in der Weltgeschichte! - bei der Pariser Kommune (1871) und zu Wort meldete. – Aber zurück zu 1789, damals ging es dem Bürgertum um Gleichheit gegenüber Adel und Klerus. Im Grunde genommen wurde der Adel entmachtete, teilweise enthauptet. Auch die Menschenrechte, die 1789 erklärt wurden, waren im Sinne des Bürgertums nicht so zu verstehen, daß man den niederen Ständen gleiche politische Rechte und eine Umwälzung der Vermögensverhältnisse zugestand.

<sup>62</sup> Joseph de Maistre: *Considérations sur la France* (1796). Deutsch: *Betrachtungen über Frankreich. Über den schöpferischen Urgrund der Staatsverfassungen*. Deutsch von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Hrsg. von Peter Richard Rohden. Verlag von Reimar Hobbing (= *Klassiker der Politik*; hrsg. von Friedrich Meinecke und Hermann Oncken, erster Band; SW 61), Berlin 1924, S. 98.

<sup>63</sup> Joseph de Maistre: *Considérations sur la France* (1796). Deutsch: *Betrachtungen über Frankreich.*, ebd., S. 70.

<sup>64</sup> Joseph de Maistre, ebd., S. 131.

<sup>65</sup> Joseph de Maistre, ebd., S. 71.

<sup>66</sup> Joseph de Maistre, ebd., S. 149.

<sup>67</sup> Joseph de Maistre, ebd., S. 149.

Maistre und Louis-Gabriel-Ambroise de Bonald die Vorstellung zurück, die unter anderen Rousseau vertrat, „daß die auf rationalistische Maximen sich stützende Aktivität des Einzelnen nichts schaffen, daß sie nur den natürlichen Gang der Dinge aufhalten, zerstören und vernichten, nicht aber Dauerndes produzieren kann.“<sup>68</sup> Schmitt spricht von der „allen gegenrevolutionären Theorien gemeinsamen Ablehnung des bewußten ‚Machens‘ [...]“<sup>69</sup> Schließlich setzt sich nach dieser Vorstellung der individuelle „Macher“ an die Stelle des persönlichen Schöpfergottes.

### **Die ursprüngliche Neue Rechte**

Allerdings gab es schon damals so etwas wie eine „Neue Rechte“ in Gestalt der Verfechter einer konstitutionellen Monarchie, die erkannten, daß sich die bis dahin vorherrschende absolute Monarchie, das *ancien regime*, nicht mehr halten ließ, man diese Staats- und Regierungsform in Richtung einer konstitutionellen Monarchie abschwächen mußte, um die Monarchie überhaupt noch retten zu können; was bedeutete, daß der Adel die politische Macht mit dem Bürgertum teilen mußte. Selbst einer der vehementesten Verfechter der Gegenrevolution, Edmund Burke, trat notgedrungen für die Theorie einer Mischverfassung und eine Teilung und Begrenzung der politischen Gewalten ein.<sup>70</sup>

### **Edmund Burkes Konservatismus**

Edmund Burke war ein Konservativer im eigentlichen Sinne, dem es um die Bewahrung des britischen Systems seiner Zeit gegangen war. Ihm ging es darum, die umstürzenden Ereignisse, die von Frankreich 1789 ausgingen, möglichst von Großbritannien fernzuhalten.

Keinesfalls war er ein Gegner des Vertragsgedankens, wie dies auf Joseph de Maistre zutrifft; und schon gar nicht trat er für eine absolute Monarchie ohne Machtteilung mit den anderen

---

<sup>68</sup> Carl Schmitt: Politische Romantik. 2. Auflage, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1925, S. 154.

<sup>69</sup> Carl Schmitt: Politische Romantik, ebd., S. 160-161.

<sup>70</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution. – Hier wiedergegeben nach: Lexikon des Konservatismus. Caspar von Schrenck-Notzing (Hg.). Leopold Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 1996, S. 93-95, hier S. 94.

Ständen ein. Vielmehr schrieb er von „unserer Revolution“, <sup>71</sup> womit die sogenannte Glorreiche Revolution von 1688/89 gemeint ist. <sup>72</sup> Sehr wohl meinte Burke, daß der König, vor allem der britische, nicht vom Volk zu wählen sei, <sup>73</sup> sondern in erblicher Abfolge an die Macht gelangt. Was ebenso bedeutet, daß Burke dem englischen Oberhaus und dem Unterhaus seine Rechte belassen möchte. <sup>74</sup> Er schrieb: „Wir haben eine erbliche Krone, einen erblichen Reichsadel; und das Unterhaus und Volk hat erbliche Privilegien, Rechte und Freiheiten, die von einer langen Reihe von Vorfahren herkommen.“ <sup>75</sup>

Burkes Konservatismus zielt vor allem auf den Erhalt der überkommenen Eigentumsstruktur ab. Ihm geht es darum, die „Sicherheit, unser Eigentum in unsern Familien zu verewigen [...]“. <sup>76</sup> Burke war ein unbedingter Verfechter der Ungleichheit, gerade auch bei den Eigentumsverhältnissen. „Wenn das Eigentum wirklich gedeckt sein soll, so muß es in großen angehäuften Massen vorgestellt werden. Es ist eine charakteristische Eigenschaft, auf den Prinzipien der Erwerbung sowie der Erhaltung gegründet, ungleich zu sein.“ <sup>77</sup>

Burke geht es um den Erhalt des Eigentums, aber auch um Bildung. Die Mitglieder sowohl des Oberhauses als auch des Unterhauses seien „gebildet“. <sup>78</sup> Wobei es sich bei den Unterhausabgeordneten um Großbürger handelt. Recht verächtlich äußert sich Burke über die Kleinbürger, die durch die Französische Revolution Auftrieb erhielten, „Advokaten“ und „Dorfpfarrern“. <sup>79</sup>

### **Konservative, die sich anpassen**

Die Ausführungen Burkes machen deutlich, daß die „Neue Rechte (NR)“ bzw. die Konservativen schon damals im Sinne des Fortschritts ihr politisches Programm reformierte und sich auch ganz einfach den neuen Machtverhältnissen anpaßte. Die NR wurde somit schon

---

<sup>71</sup> Hier zitiert nach Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution. In: Edmund Burke und Friedrich Genz: Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen. Hrsg. und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Akademie Verlag, Berlin 1991, S. 47-400, hier S. 52.

<sup>72</sup> Dies meint Hermann Klenner, ebd., S. 630 (Fußnote 25).

<sup>73</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 65-73

<sup>74</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 75.

<sup>75</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 93.

<sup>76</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 118.

<sup>77</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 118.

<sup>78</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 119.

<sup>79</sup> Edmund Burke: Betrachtungen über die Französische Revolution, in: ebd., S. 119.

damals zur verfassungstreuen Rechten. – Das Besitz- und Bildungsbürgertum, die großen Industriellen, Bankiers und Händler konnte man nicht mehr von der Ausübung der politischen Macht fernhalten (und auch nicht aus den oberen Rängen des Offizierskorps, die bis dahin Privileg des Adels gewesen waren).

So arrangierten sich in den letzten rund 250 Jahren die Rechten, die politisch erfolgreich sein wollten, mit dem gerade vorherrschenden Zeitgeist. Nur ewig Gestrige wollen mit aller Gewalt zurück in längst verblichene Zeiten. So gedenkt die „echte Rechte“, also die Reaktionäre im Sinne von Julius Evola und Othmar Spann, in die mittelalterlich ständische Gesellschaft zurückzukehren, in der noch – wie heute im Iran die Mullahs – eine Priesterkaste an der Spitze des Staates steht. Neonazis streben eine rassenreine „Volksgemeinschaft“ im Bündnis mit dem deutschen Großkapital an, woran dieses allerdings kein ökonomisches Interesse hat.

Die Reaktion bleibt erfolglos. Die Reformer, die „Neuen Rechten“, wollen erfolgreich sein. Ob sie es dann wirklich sind, bleibt abzuwarten. Sind die „Neuen Rechten“ erfolgreich für das deutsche Volk, für die Europäer, oder nur für ihre eigenen Karrieren?

### **Neue Rechte strebt nach neuer Elite**

Je mehr sich die Einsicht bei den meisten Rechten durchsetzte, daß eine Wiederherstellung der Erbmonarchie nicht mehr realistisch war, desto mehr suchten „neue Rechte“ nach neuen Eliten im Bezugsrahmen der Republik. Volker Weiß führt hierzu aus: „Diese Orientierung auf eine neue Führung war ein wesentlicher Impulsgeber für die Ablösung des Altkonservatismus durch eine moderne Rechte, denn auch Vertreter völkischer Weltbilder lasteten die empfundene Kulturkrise dem Adel selbst an und beklagten, dieser habe sich zunehmend seiner Aufgaben entfremdet, sei ‚dekadent‘ geworden, habe gar ‚jüdisches Blut‘ einheiraten lassen.“<sup>80</sup>

Gustave le Bon brachte die neue Ausgangssituation, die mit dem Sturz der traditionellen Erbmonarchien einherging, auf den Punkt: „Das Zeitalter, in das wir eintreten, wird in Wahrheit das Zeitalter der Massen sein. Vor kaum einem Jahrhundert bestanden die Haupttriebkraft der Ereignisse in der überlieferten Politik der Staaten und dem Wettstreit der Fürsten. Die Meinung

---

<sup>80</sup> Volker Weiß: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien, Zürich 2011, S. 74.

der Massen galt in den meisten Fällen gar nichts.“<sup>81</sup> Und weiter: „Die Kenntnis der Psychologie der Massen ist heute das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann, der diese nicht etwa beherrschen – das ist zu schwierig geworden –, aber wenigstens nicht allzusehr von ihnen beherrscht werden will.“<sup>82</sup>

Freilich war le Bon in übertriebener Weise ein Pessimist, der den Massen zu viel Macht zuschrieb. Sicherlich, der Führer eines Mobs kann schnell aus diesem auf der Straße einen Lynchmob organisieren, mit verheerenden Wirkungen für politische Gegner, die zu massakrieren sind. – Aber eine bloße Menschenmasse kann dauerhaft keine politische Macht ausbauen und halten, das heißt, sie kann alleine – ohne Führer und Führungen, die eine Regierung bildet – keinen Staat führen.

Genau dies ist die Herausforderung der Neuen Rechten, auf republikanischer Argumentationsebene eine autoritäre Staatsführung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, anzustreben. Dabei kann es sich auch um eine autoritäre Demokratie handeln, wie wir sie heute schon im Osten vorfinden, bei Putins Rußland, Lukaschenkos Weißrußland, Polen, Orbans Ungarn, Erdogans Türkei, usw.

### **Die hinterherhinkende Rechte**

So hat die auf Erfolg ausgerichtete Neue Rechte, auch als sie noch nicht so hieß, manche Zöpfe abgeschnitten, ideologischen Ballast über Bord geworfen, Hindernisse beseitigt. Kaum ein Rechter, nur noch wenige von ihnen, halten heute an der Monarchie fest. Das sind Außenseiter. Die Republik galt auch den Mehrheitsrechten bald als selbstverständlich. Da die Rechte – im Gegensatz zur Linken – immer die Ungleichheit von Menschen und Menschengruppen betonte, fiel es ihr schwer – und vielen Rechten fällt es heute noch schwer – sich zur Demokratie, zur Herrschaft der Mehrheit, zu bekennen. Schließlich wäre eine echte Demokratie egalitär. Rechte sind immer nur dann für die Demokratie, wenn das Volk ihnen recht gibt. Siehe Donald Trump. Folgerichtig bezeichnete einmal Ralph Giordano den bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß als „Zwangsdemokraten“.

---

<sup>81</sup> Gustave le Bon: Psychologie der Massen. Mit einer Einführung von Peter R. Hofstätter. 15. Auflage im Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1982 (= Kröners Taschenausgabe Bd. 99), S. 2.

<sup>82</sup> Gustave le Bon: Psychologie der Massen, ebd., S. 6.

## **Demokratie und Frauenwahlrecht**

Die Rechten wurden auch zumeist gegen ihren Willen Werber um Frauenstimmen bei Wahlen. Als in Deutschland 1919 mit Räterepublik und Weimarer Reichsverfassung das aktive und passive Frauenwahlrecht eingeführt wurde, war dies vor allem eine Angelegenheit der Linken. Die Rechte bremste zunächst, machte dann aber, als man(n) das Rad nicht mehr zurückdrehen konnte, mit; zumindest im großen und ganzen. Nur eine Minderheit von Reaktionären würde heute hinter vorgehaltener Hand gegen das Frauenwahlrecht agitieren.

Heute gehört der Führung der AfD eine lesbische Frau, Alice Weidel, an, die, indem sie gegen „türkische Kopftuchmädchen“ lästert, ein rechtes Frauenthema, die drohende Islamisierung, entdeckt hat (wie übrigens vor ihr Marine Le Pen vom Rassemblement National). Dennoch bleibt bislang der Frauenanteil unter den AfD-Wählern und der der führenden Politiker eher gering. Ganz im Gegensatz zu den Grünen, der Lieblingsfeind der AfD. Die Grünen und anderen Linken tun sich eher leicht dabei, modernen Frauen beides, Mutterglück und berufliche Karriere, zu versprechen. Da tut sich die Rechte schon schwerer, die die Mutterrolle der Frau betont.

## **Friedrich Merz, Prototyp des modernen Konservativen**

Ein kurzer Einwurf in die Gegenwart. – Der Prototyp des modernen deutschen Konservativen ist für mich Friedrich Merz, der sicherlich, das nehme ich ihm ab, privat und vor allem familiär, als Ehemann und Familienvater, ein konservativer Mensch ist; der allerdings, wenn er sein Haus, seine bürgerliche Wohngegend, in der wahrscheinlich seine Nachbarn oftmals auch konservativ sind, verläßt, sich dann sehr schnell in der Politik, wenn es gegen zu viel staatliche Bevormundung geht, und in der Wirtschaft sich neoliberal gibt und somit auch erfolgreich ist.

Merz ist ganz der Typus des BRD-Konservativen amerikanischer Art. Der Sozialstaat, den der preußische Konservative Otto von Bismarck gegründet hatte, gilt dem Sauerländer als Last, zumindest soll dieser beschnitten werden. In diesem Punkt ähnelt Merz auch den Konservativen im angelsächsischen Bereich, Thatcher, Reagan und Trump lassen grüßen.

Was aber noch entscheidender ist für den modernen Konservativen, das ist die Methode, unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse, ungefähr nach 15 Jahren das an Fortschritt nachzuholen, was die Liberalen und Linken ihm, dem Konservativen, bereits vorgemacht haben. So trat Merz, der heterosexuelle Ehemann und Familienvater, im November 2021 bei der CDU-

„Schwulen-Union“ als Redner auf, wohl um sein rückständiges, konservatives Image beim Kampf um den CDU-Vorsitz zu relativieren.<sup>83</sup> Ob seine liberalen und linken Gegner ihm seine neue Schwulenfreundlichkeit abnehmen?

### **Demokratie setzt Gleichheit voraus**

So wurden also die Rechten – nicht nur in den USA – Republikaner und Demokraten (nebenbei bemerkt: Auch ich war einmal ein „Republikaner“ – und zwar der Bezeichnung nach Ende der Achtziger Jahre bei den REP unter Franz Schönhuber). – Was das Bürgertum und die Linksliberalen früher schon waren, setzen die Konservativen Jahre oder Jahrzehnte später in ihren eigenen Reihen um. – Wie hätte man sonst auch politisch erfolgreich sein können? So führte der adelige Großgrundbesitzer Otto von Bismarck die Sozialversicherung im Deutschen Reich selbst ein, bevor – mit diesem Argument – die SPD an die Macht kommen konnte. Heute gelten rechten Politikern und Aktivisten in den USA sozialstaatliche Gesetze – Stichwort „Obama Care“ – als „sozialistisch“, als links, weshalb man diese ablehnt.

### **Bismarck und Hitler – zwei „Neue Rechte“**

Adolf Hitler verbesserte die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung, weil in Deutschland die Arbeitnehmer und Arbeitgeber – damals – der gleichen Rasse angehörten. Mit der gleichen Begründung müßten heutige Rechte den Sozialstaat in Deutschland abbauen wollen, nicht nur aus sozialdarwinistischen Gründen gegen die eigene, weiße Arbeiterschaft, die hin und wieder arbeitslos, krank und auf jeden Fall alt wird; sondern weil in den letzten Jahrzehnten immer mehr Türken usw. BRD-Staatsbürger geworden sind, denen man den Zugang zu gemeinschaftlichen sozialstaatlichen Töpfen verwehren möchte.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an Carl Schmitts Begriffsbestimmung der „Demokratie“. „Das allgemeine und gleiche Wahl- und Stimmrecht ist vernünftigerweise nur die

---

<sup>83</sup> Quelle: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de); am 07.11.2021: Suche nach neuem CDU-Chef. Merz kann sich dritten Anlauf vorstellen.

Folge der substanziellen Gleichheit innerhalb des Kreises der Gleichen und geht nicht weiter als diese Gleichheit. Ein solches gleiches Recht hat einen guten Sinn, wo Homogenität besteht.“<sup>84</sup> Hitler war allemal ein „Neuer Rechter“, auch wenn er sich selbst nicht so bezeichnete.<sup>85</sup> Er lehnte nicht nur die Rückkehr zur Hohenzollernmonarchie als rückständig ab, weshalb er auch bei Wahlen erfolgreicher war als die DNVP; seine SA war auch mehr attraktiv auf der Straße als der „Stahlhelm“. „Wir wollen unsern Kaiser Wilhelm wieder haben“ – wollte in den Zwanzigern nicht die Mehrheit der Deutschen, auch nicht die politisch rechts Stehenden. Hitler, der als Kleinbürger auch gerne selbst Staatsführer sein wollte, paßte sich diesem neuen Zeitgeist an, und er war damit erfolgreich.

Zurück zu Hitler, der auch deshalb erfolgreich war, weil er sich gegenüber den Herrschenden der Weimarer Republik legal gab. Insofern entsprach er auch dem, was man heute unter „Neuer Rechte“ versteht. Hitler legte vor dem Leipziger Reichsgericht seinen Legalitätseid ab. Er war dort als Zeuge geladen. Drei Ulmer Reichswehroffiziere hatten zuvor Flugblätter der NSDAP verteilt, somit gegen ihre politische Neutralitätspflicht verstoßen. Auf die Frage des Vorsitzenden Richters Alexander Baumgarten: „Wie denken Sie sich die Errichtung des Dritten Reiches?“ antwortete Hitler: „Die Verfassung schreibt nur den Boden des Kampfes vor, nicht aber das Ziel. Wir treten in die gesetzlichen Körperschaften ein und werden auf diese Weise unsere Partei zum ausschlaggebenden Faktor machen. Wir werden dann allerdings, wenn wir die verfassungsmäßigen Rechte besitzen, den Staat in die Form gießen, die wir als die richtige ansehen.“ Auf die Nachfrage von Baumgarten „Also nur auf verfassungsmäßigem Wege?“ entgegnete Hitler „Jawohl“.<sup>86</sup>

Als Hitler 1933 an der Macht war – man hatte ihm von Seiten kapitalistischer und großgrundbesitzender Kreise die Macht übertragen, Hitler hatte diese nur in seiner Propaganda „ergriffen“ –, da zeigte sich, daß viele – später von Armin Mohler so bezeichnete – „konservative Revolutionäre“ ganz einfach staatsreu waren. Und zwar immer zu dem Staate treu, den es gerade auf deutschem Boden gab. So versuchte Carl Schmitt in der Weimarer Republik als verfassungsrechtlicher Berater die Machtübertragung an die NSDAP zu verhindern; als diese dann an der Macht war, stellte er sich in deren Dienst, um ihr zu empfehlen, im neuen

---

<sup>84</sup> Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. [Erste Auflage 1923] 7. Auflage im Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1991, S. 16.

<sup>85</sup> Hitler hatte sich – nach der „Machtergreifung“ – als „konservativster Revolutionär der Welt“ und die NSDAP als „konservativ-revolutionäre“ Partei bezeichnet. (Zitiert nach Karlheinz Weißmann: Konservative Revolution. In: Lexikon des Konservatismus, ebd., S. 326-330, hier 327.)

<sup>86</sup> Vgl. Wikipedia, Stichwort: Ulmer Reichswehrprozess.

Staat den Einfluß der Partei zu reduzieren. Dieses Unterfangen wurde dann vom SS–Organ *Schwarzes Korps* vereitelt.

### **War auch der „Alte Fritz“ ein Neuer Rechter?**

Nur ein Gedanke, der an dieser Stelle interessant sein könnte. – War nicht auch Friedrich der Große ein Neuer Rechter seiner Zeit? Also zu einer, die noch vor 1789 lag. Immerhin stieß der „Alte Fritz“ die Abschaffung der Leibeigenschaft in Preußen an; zudem entwickelte er die Gewerbefreiheit des Bürgertums und er reduzierte die politische Macht seiner adeligen Konkurrenten, was im übrigen schon Ludwig XIV. in Frankreich erfolgreich erledigte. – Nicht zu vergessen die Gleichberechtigung der Juden.

Dies alles war für damalige Verhältnisse neu, indem man gesellschaftliche Relikte, die noch aus dem ständisch geprägten Mittelalter herrührte, in Frage stellte, worauf später die preußischen Reformer anknüpfen konnten. – Er reformierte diese Bereiche nicht deshalb, weil er ein Freund der Bauern oder der Bürger gewesen wäre, denen er ständische Fesseln – Stichwort „Zunftzwang“ in den Städten – ersparen wollte, oder weil er ein besonderer Freund der Juden gewesen wäre, die wegen ihrer Religion benachteiligt waren; sondern um den eigenen königlichen Staat mächtig und stark zu machen, wofür sich der absolute Souverän tüchtige und /oder gebildete Verbündete suchte, eben Bürger, Bauern und Juden.

### **Die „Neue Rechte“ nach dem Zweiten Weltkrieg**

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem damit verbundenen Sturz des NS und aller mit ihm verwandten faschistischen Strömungen auch in den anderen europäischen Ländern, erkannte die „Neue Rechte“, die sich ab Ende der Sechziger Jahre in Frankreich auch wirklich so bezeichnete,<sup>87</sup> daß man dem rechten Ghetto nur dann entkommen kann, wenn man ideengeschichtlich den „Faschismus in seiner Epoche“ (Ernst Nolte) hinter sich läßt, sich von diesem Komplex distanziert.

---

<sup>87</sup> Später wandte sich Alain de Benoist davon ab, meinte, beides, rechts und links zu sein.

## „Vergangenheitsbewältigung“

Armin Mohler, der als Begründer der Neuen Rechten in der BRD gilt, brachte das Problem um die sogenannte Vergangenheitsbewältigung in einem Fernsehbeitrag wie folgt auf den Punkt: Die (Nachkriegs-)deutschen, die sich opportunistisch verhielten, stünden unter einem „Hitler-Komplex“; sie äußerten sich politisch nicht mehr „spontan“, sie überlegten immer, bevor sie etwas sagten oder machten, was Hitler zu einem Thema gesagt oder was er gemacht hätte, um dann öffentlich das Gegenteil davon zu vertreten.<sup>88</sup>

Kurzum, die „Neue Rechte“ ist in Frankreich als „Nouvelle Droite“ entstanden. Es handelte sich um einen Kreis von rechten Intellektuellen, unter denen bald Alain de Benoist der führende Kopf sein sollte, die ziemlich zeitgleich zur linken Revolte von 1968, die in Paris ihr Zentrum hatte, entstanden war.<sup>89</sup> Während die Linke im großen und ganzen ihre Ideologie um das Gleichheitspostulat kreisen läßt, hob und hebt die Rechte – wie bereits erwähnt – auf Ungleichheit unter den Menschen, deren Ethnien und Kulturen ab.

Alain de Benoist zufolge hatte sich die „Neue Rechte“ nicht selbst so genannt, sondern sie wurde vielmehr von den linken und bürgerlichen Medien als solche bezeichnet – was aber auf viele sogenannte „Neue Rechte“ in Deutschland und Österreich heute so nicht zutrifft, bei denen es sich gerade auch um selbsternannte „Neue Rechte“ handelt.

Die „Neue Rechte“ legte bald Wert auf Unterscheidung von der „Alten Rechten“. Im Grunde genommen kam die „Alte Rechte“ nie so recht von der Vergangenheit los, blieb in den Dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts stecken, man behielt mehr oder weniger eine Nähe zu Hitler, zu Mussolini, zum Vichy-Regime in Frankreich und ähnlichen Personen und Organisationen in anderen europäischen Ländern. Die „Alte Rechte“ verstand nicht das Diktum, das sich in Ernst Noltes Buchtitel *Der Faschismus in seiner Epoche* ausdrückte; daß man eben den Faschismus in seiner Epoche nicht in der Gegenwart und in der Zukunft wiederbeleben kann. Und daß man vor allem mit Hitler im Gepäck nicht mehr auf die Erfolgsspur kommt.

Insofern unterstellt Volker Weiß völlig zurecht der „Neuen Rechten“, mit ihrer Bezugnahme auf die „Konservative Revolution“, die Armin Mohler zwischen 1918 und 1932 chronologisch

---

<sup>88</sup> Siehe ARTE-Online (eingesehen am 20.11.2021); Titel: Die alten Neue Rechte; Minute 21. – Vgl. auch Armin Mohler: *Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung*. Heitz & Höffkes, Essen 1989.

<sup>89</sup> Vgl. Alain de Benoist: Was ist die Neue Rechte? In: *Junges Forum*. Metapolitik – Was ist das? Eine neue Kultur für eine sich verändernde Welt. Nr. 1-2/84, Sommer 1984, S. 5-14, hier S. 5.

einordnet, „im Schatten der Niederlage von 1945“ den „Gesamtkomplex des Dritten Reiches, der Kriegsverbrechen und der Shoa elegant zu umschiffen“.<sup>90</sup>

Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz sieht die „Neue Rechte“ in dem Bestreben, den „Rechtsextremismus“ zu „entgrenzen“.<sup>91</sup>

### **Das „Braune Kreuz“**

Daß man mit Hitler im Gepäck nicht mehr weiterkommt, mußte ich erleben, als ich von 1999 bis 2000 Redakteur von *Deutsche Stimme* war. Ich kann mich noch genau an den Tag erinnern, als mir der *DS*-Chefredakteur eine Arbeitsanweisung erteilte, ich solle doch über das „Braune Kreuz“ einen netten Artikel für die *DS* schreiben. Damit hatte ich überhaupt kein Problem, über die netten jungen Frauen, die einen Sanitätsdienst auf nationalen Demos organisierten, einen netten Artikel zu schreiben. Allerdings empfahl ich dem damaligen *DS*-Chefredakteur, am Ende meines netten Artikels über das „Braune Kreuz“ ein oder zwei kritische Sätze zu schreiben, und zwar über die dümmliche Bezeichnung, analog zum großen „Roten Kreuz“ einen nationalen Sanitätsdienst als „Braunes Kreuz“ zu bezeichnen. Nein, ich hatte mich getäuscht, der Chefredakteur untersagte mir, eine solche Bemerkung dem Artikel hinzuzufügen. Und so erschien mein Artikel in der *DS* als reine Lobeshymne auf das „Braune Kreuz“.

Viele Jahre später hielt Manuel Ochsenreiter auf dem Haus der Erlanger Burschenschaft Frankonia einen Vortrag über den Syrien-Krieg. Am Rande erzählte er mir die Geschichte über die Hintergründe meines damaligen *DS*-Artikels über das „Braune Kreuz“. Er, Ochsenreiter, war damals Kolumnist bei *Junge Freiheit*. Als mein Artikel über das „Braune Kreuz“ in *DS* erschienen war, war diese Veröffentlichung eine Steilvorlage für die *JF*-Redaktion. Dieter Stein, Chefredakteur und Herausgeber, soll schadenfreudig gelacht haben – und alle mit ihm, die sich zu dem Zeitpunkt in der Redaktion befanden. Für Stein war nun klar, die *JF* hatte die passende

---

<sup>90</sup> Siehe den Vortrag von Volker Weiß, der (am 24.11.2020) auf YouTube zu hören war. – Und zwar unter dem Titel: Neue Rechte - Die autoritäre Revolte? 1/5 / Vortrag von Volker Weiß. Aufzeichnung vom Fachtag an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU): Die Neue Rechte als Herausforderung für die Demokratie; Minute 25.

<sup>91</sup> „Die ‚Neue Rechte‘ möchte den Rechtsextremismus entgrenzen. Damit wird die klare Abgrenzbarkeit zwischen extremistischen und nicht-extremistischen Aussagen erschwert, Anknüpfungspunkte für eine in den Mainstream hineinreichende verfassungsfeindliche Agitation ermöglicht und damit einer Entgrenzung des Rechtsextremismus Vorschub geleistet. Diese Strategie ist insofern erfolgreich, als mit der AfD erstmals eine Partei im Bundestag und allen Landtagen vertreten ist, in der eine verfassungsfeindliche Teilorganisation – nämlich die Sammlungsbewegung ‚Der Flügel‘ – über beachtlichen Einfluss verfügt.“ (Quelle: [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de); Innenbehörde, 18.12.2020.)

Gelegenheit, zur eigenen Distanzierung die „dummen NPD-Nazis“ vorzuführen. Und entsprechend verfaßte und veröffentlichte Manuel Ochsenreiter seine Kolumne auf der letzten Seite der *JF*, in der er sich über mich, die „braune“ *DS* und die NPD lustig machte. Die *DS*, die NPD und ich als Autor waren bis auf die sprichwörtlichen Knochen blamiert.

### **Der „rechten Narrensaum“**

Das ist auch kein Einzelfall, so wurde damals in der *DS* über eine Kameradschaft namens „Braunhemd“ in Sachsen berichtet und so weiter und so fort. Und auch in unserer Zeit erhält in der *DS* ein „Volkslehrer“ ein Gesprächsforum, der ein eindeutiger Hitlerverehrer ist. Ein Hitlerverehrer wie Horst Mahler und Ursula Haverbeck. – Für mich stellt sich die Frage: Soll man diese Leute einfach, wie es die Medien der „Neuen Rechten“ tun, totschweigen, deren Martyrium gegenüber dem Repressionssystem der BRD einfach ignorieren? Nur, um nicht von den bürgerlichen und linken Gegnern gesagt zu bekommen, man selbst vertrete angeblich genau die gleichen „politischen“ Positionen wie der „Volkslehrer“, wie Horst Mahler und Ursula Haverbeck? Um nicht von Rolf Schlierer, früher REP, heute AfD, gesagt zu bekommen, man selbst gehöre zum „rechten Narrensaum“, zum *lunatic fringe*?

Die Lösung könnte darin bestehen, daß man auch in der *DS* den „Volkslehrer“ zu Wort kommen läßt, aber ihm auch kritische Fragen zu seiner Hitlerverehrung und zu seinen Verschwörungstheorien stellt. Das geht natürlich nur dann glaubwürdig, wenn man selbst kein Hitlerverehrer ist. Ansonsten ist man ein „Kellernazi“, der im ersten Stockwerk nichts mit Hitler zu tun haben möchte, wie die „Neue Rechte“ darauf wert legt; sich aber im Heizungskeller einen kleinen Hitler-Altar gönnt.

Dann ist es schon ehrlicher, wenn Thorsten Heise, der auch die NPD vertritt, auf der Erdoberfläche in Thüringen Rechtsrockkonzerte veranstaltet, auf denen Teilnehmer mit T-Shirts mit dem Schriftzug „Adolf & Eva“ zu sehen sind, was natürlich auch von ARD usw. gefilmt wird; und spät in der Nacht grölt man im Festzelt „Blut muß fließen, knüppelhageldick, denn wir schießen auf die Freiheit dieser Judenrepublik!“ – Aber so gehört man definitiv nicht zur „Neuen Rechten“. „Neo-Nazi“ ist man schon, aber eben nicht die „Neue Rechte“.<sup>92</sup>

---

<sup>92</sup> Beispiele für NS-Provokationen gibt es aber nicht nur in der NPD. Gleiches läßt sich beispielsweise über die Zeitschrift *N.S. Heute* sagen.

## **Erneuerung aus Überzeugung oder aus Opportunismus?**

Die Distanzierung vom Nationalismus der Vergangenheit, die von der „Neuen Rechten“ und von rechtspopulistischen Parteipolitikern vorgenommen wird, kann aus Überzeugung oder auch aus Opportunismus erfolgen. In die Köpfe beispielsweise von HC Strache (Ex-FPÖ), Martin Sellner (Identitäre) und Andreas Kalbitz (Ex-AfD) kann (und muß) man nicht hineingucken. Diese Leute waren früher eindeutig der „Alten Rechten“ zuzuordnen, heute beanspruchen sie für sich, die „Neue Rechte“ zu repräsentieren. Auch Thor von Waldstein gehört hierzu, der in jungen Jahren einmal den NPD-Studentenverband NHB führte, sich heute am rechten Rand der AfD als Redner und Publizist profiliert.

Voraussetzung, um zur „Neuen Rechten“ zu gehören, ist eine Abkehr oder Distanz von Anfang an zum Komplex Drittes Reich, Hitler, Mussolini, „Faschismus in seiner Epoche“. Ein Extremfall ist Martin Sellner, der als junger Mann seinen Weg vom Jünger Gottfried Küssels bis hin zum Chef der österreichischen Identitären zurücklegte. Daß er sich heute von seiner Neonazi-Vergangenheit und Küssel distanzieren muß, um am rechten Rand von FPÖ und AfD wirken zu können, versteht sich von selbst. Der Spendenskandal vor einiger Zeit, als der spätere Attentäter des Anschlags auf die Moschee von Christchurch ihm ein Jahr zuvor hat eine Spende zukommen lassen, hat seinem „neurechten“ Ansinnen allerdings einen Dämpfer verpaßt.

Es versteht sich von selbst, daß die Protagonisten der „Neuen Rechten“ sich vom Geschichtsrevisionismus fernhalten, sich auch mit den Verfolgten dieses Spektrums nicht solidarisieren. Einen Artikel über die Ungereimtheiten im heutigen Museum des Lagers von Mauthausen, wie der von Fred Duswald, der einmal in der *Aula* erschienen war, wird man in dem neurechten Magazin *Freilich* vergeblich suchen.

Ebenso wie die Distanzierung zum Komplex „Hitler“ und „Drittes Reich“ ist die Nichtinfragestellung des politischen Systems eine wichtige Grundvoraussetzung, um als Rechter in Deutschland und Österreich zur „Neuen Rechten“ gehören zu können. Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, vor über 15 Jahren einmal häufig in den „Verfassungsschutzberichten“ als „Rechtsextremist“ gescholten wurde, in den Medien als „Chefideologe“ der NPD hingestellt wurde, und auch bis dato immer wieder Systemkritik übt, der kann selbstverständlich nicht zur „Neuen Rechten“ gehören. Solche „vorbelasteten“ Personen gelten den „Neuen Rechten“ als

„verbrannt“. Demgegenüber behauptet Götz Kubitschek, daß sich alle drängenden Probleme unseres Volkes mit dem „Besteck des Grundgesetzes“ lösen ließen.

### **Neue Rechte schneidet altrechte Zöpfe ab**

Einer, der sich dazu berufen fühlt, alte Zöpfe der Alten Rechten abzuschneiden, um somit den Weg frei zu machen bzw. die Hindernisse zu beseitigen für eine Neue Rechte, ist Johannes Scharf. In einem Aufsatz für *Tumult* rechnet dieser mit dem NS-Spektrum, dem er selbst einmal angehörte, ab.<sup>93</sup> – Seine Abrechnung soll, dies kann man leicht seinen Zeilen entnehmen, seinem eigenen Wechsel von der Alten zur Neuen Rechten dienen. Schließlich haben auch andere diesen Weg erfolgreich zurückgelegt, wie Martin Sellner und Thor von Waldstein.

Dies bedeutet aber nicht, daß man sich mit den einzelnen Kritikpunkten Scharfs nicht sachlich auseinandersetzen könnte. – Ganz im Gegenteil. Scharf benennt präzise die Punkte, die den traditionellen „Nationalen Widerstand“ auszeichnen, ihn von der Neuen Rechten scharf unterscheiden.

Die Angehörigen der Alten Rechten, so Scharf, hielten den „Holocaust für eine antideutsche Erfindung“, sie schwadronierten von der „Israel-Connection“ einwanderungs- und islamkritischer Parteien, sie strebten „gar eine Wiedergewinnung der ‚Ostgebiete‘ und des Elsaß“ an. Zudem führten die „Zahlenspielerien der Holocaust-Minimierer [...] auch nirgendwohin“.

Und weiter meint Scharf: „Andere Themen der Alten Rechten, etwa die Frage danach, wie viele Patente nach dem Krieg gestohlen wurden oder ob die BRD ein souveräner Staat sei, sind vollkommen bedeutungslos. Wenn die AfD bei der nächsten Wahl auf 51 % kommt, den Kanzler stellt und frei regieren kann, werden wir ja sehen, ob die BRD souverän ist.“<sup>94</sup>

Wer derartige Positionen vertrete, dürfe von dem neuen „patriotischen Lager“ nicht aufgenommen werden, „sofern es sich nicht selbst in die Bedeutungslosigkeit katapultieren möchte.“<sup>95</sup>

Somit hat Scharf klar die Themen abgesteckt, die der „Kantenschere“ (Götz Kubitschek) zum Opfer fallen, die Personen, Parteien, Organisationen und Verlage ausschließen, die derartige Themen bearbeiten. – Dabei ist für mich völlig klar, daß die genannten Themen nicht auf der Agenda beispielsweise einer nationalen Partei, die auf Wahlerfolge setzt, ganz vorne zu stehen

---

<sup>93</sup> Internetseite von Tumult; [www.tumult-magazine.ne](http://www.tumult-magazine.ne); Johannes Scharf: Eine Kritik am nationalen Widerstand. Eingesehen am 27.11.2021.

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Ebd.

haben. Scharf hat im Grunde genommen die Standardthemen der nationalen Rechten selektiert in „kapitalistisch verwertbar“ und „kapitalistisch nicht verwertbar“. – Mit welchen Themen setzt man sich in der Öffentlichkeit und bei bürgerlich-konservativen Wählern in die sprichwörtlichen Nesseln? – Genau darauf gibt uns Scharf eine ziemlich präzise Antwort.

Wer im Bundestag oder in einem Landtag Platz zu nehmen gedenkt oder als Assistent einem AfD- oder FPÖ-Abgeordneten zuarbeiten und somit auch sein Einkommen verdienen möchte, der wird diese Themen zumindest in der Öffentlichkeit meiden müssen.

Aber unter wissenschaftlichen Kriterien ist selbstverständlich Scharfs Themenselektion eine Bankrotterklärung. Denn die Wichtigkeit wissenschaftlicher Fragestellungen und vor allem die Suche nach Wahrheit, die immer auch subjektiv verschieden ausfallen kann, hängt gewiß nicht von dem von Scharf zum Dogma erhobenen Kriterium der kapitalistischen Verwertbarkeit von politischen Themen ab; ob man mit diesen in Parlamente einzieht, Spenden und Mitgliedsbeiträge gewinnen kann oder nicht. – Für Scharf hingegen ist nur das wahr, was für ihn und sein Milieu nützlich ist.

Selbstverständlich spielt die Frage der mangelnden Souveränität der BRD eine zentral wichtige Rolle. – Weniger die Frage, welchen Reichsverfassungsentwurf man selbst bevorzugt; und schon gar nicht, wer der „König von Deutschland“, wer Reichsminister sein soll, wer Reichsbürgerpässe und dergleichen Führerscheine ausstellt; aber die Art und Weise, wie die BRD gegründet wurde, eben nicht aus einem souveränen Akt des deutschen Volkes heraus, sondern unter Vorgaben der Westalliierten (wie die DDR von den sowjetischen Besatzern gegründet wurde), dies ist ein Wissen, das immer wieder an neue Generationen nationaler Deutscher weiterzugeben ist.<sup>96</sup>

Selbstverständlich läßt sich dieses Wissen nicht hier und heute nützlich verwerten, im Gegenteil, man wird von politischen Gegnern und Medien in das „rechtsextreme“ Eck gestellt.

---

<sup>96</sup> Martin Sellner schreibt zurecht auf Sezession-Online (am 17.12.2022; Titel: Reichsbürger und „Verfassungswende“), daß eine Debatte über die Herkunft des Grundgesetzes nichts an den heutigen Machtverhältnissen ändert, weshalb er, Sellner, dieses Thema ausspart. Schließlich würden, so meine Einschätzung, bei einem Volksentscheid über 80 Prozent der BRD-Bürger das GG bestätigen, weshalb sich dann beispielsweise an der ethnischen Überfremdung nichts ändern würde. Allerdings entspricht es dem Gebot der intellektuellen Redlichkeit, dieses Thema der westalliierten Herkunft des GG nicht, wie Sellner, einfach auszublenden, nur damit man aus Sicht des VS nicht als „Verfassungsfeind“ gilt. Zudem, dieses Thema ist noch viel gewichtiger, beinhaltet das GG die sogenannte parlamentarische Demokratie, die maßgeblich zur Gemeinschaftsunfähigkeit des BRD-Systems beiträgt. Dieses Thema behandle ich ausführlicher im Teil B der vorliegenden Arbeit.

## „Neue Rechte“ befolgen das Gebot der „Kontaktschuld“

Die Protagonisten der „Neuen Rechten“ jammern zwar ständig über *political correctness*, mit der man sie vonseiten der Antifa und bürgerlicher Gutmenschen traktiert; aber sie befolgt artig das Gebot der „Kontaktschuld“, das ihr „Verfassungsschutz (VS)“ und politischer Mainstream vorschreiben. Verdeutlichen wir dies nur an einem Beispiel: Im Oktober 2020 gab der S. Fischer Verlag bekannt, daß er sich von seiner bekannten Schriftstellerin Monika Maron trennt. Der Grund: die Maron unterhält geschäftlichen Kontakt zum Buchhaus Loschwitz in Dresden, das wiederum geschäftlichen Kontakt zum neurechten Verlag Antaios unterhält, den Götz Kubitschek leitet.

Daß das *Institut für Staatspolitik*, das sich im Umfeld Kubitscheks bewegt, zu diesem Zeitpunkt vom VS auf Verfassungstreue überprüft wurde, ließ die „Kontaktschuld“, in der sich die Maron indirekt befindet, noch besonders schlimm erscheinen. Allerdings ließ Kubitschek auf seinem Blog *Sezession*, auf dem er den Vorgang schilderte, die Information weg, daß Autoren, die Mitglied der NPD sind oder dies waren, nicht in seinem Verlag veröffentlichen dürfen, daß also auch Kubitschek selbst das Gebot der „Kontaktschuld“ artig befolgt. So behauptete Andreas Speit in der *taz* (vom 30.01.2017), daß Arne Schimmer, der Mitglied der NPD ist und für diese Partei vor Jahren im sächsischen Landtag saß, für den Antaios-Verlag versteckt arbeiten würde. Speit führte hierzu aus:

„Es gibt ein Diktum, das besagt, daß die Neue Rechte sich von der alten Rechten – den Nationalsozialisten und Rechtsextremisten – fernzuhalten habe. Nur so könne eine ‚Kulturrevolution von rechts‘ gelingen. Alain de Benoist zum Beispiel, Vordenker der französischen Neuen Rechten, schrieb vor über 30 Jahren: ‚Die alte Rechte ist tot, sie hat es wohl verdient.‘ Sie hätte von ihrem ‚Erbe, von ihren Privilegien und ihren Erinnerungen‘ gelebt. Diese kritische Analyse beinhaltet eine politische Strategie: Alle theoretischen Bezüge und personellen Verbindungen zu alten Rechten sind zu vermeiden. Das gilt auch für die neurechten Netzwerke in Deutschland.“

Tatsächlich besticht die neurechte Denkabteilung in durchaus erfolgreichen Strategien, mittels derer man sich in die BRD-Öffentlichkeit drängt. So geht es Kubitschek darum, auf der Frankfurter Buchmesse seinen Verkaufsstand im Zentrum derselben errichten zu dürfen und eben nicht auf dem Weg zu den Klos oder in peinlicher Nähe zum Stand des NPD-Parteiverlags *Deutsche Stimme*. Schließlich wollen die Damen und Herren der „Neuen Rechten“ in der feineren BRD-Gesellschaft ankommen. – Eine wirkliche Theorie allerdings, nicht einmal eine

solche in Tradition der „Konservativen Revolution“, liefert die Denkabteilung der NR nicht. Selbst ein Carl-Schmitt-Experte wie Thor von Waldstein hat mittlerweile all seine Kenntnisse in Parlamentarismuskritik zur Seite geräumt und will jetzt einfach nur noch mitmachen – mitmachen, um es mit Kubitschek auszudrücken, ausschließlich mit dem „Besteck des Grundgesetzes.“

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist allemal, daß Erik Lehnert, der Leiter des *Instituts für Staatspolitik (IfS)*, der Auffassung ist, daß die Systemkräfte den „Meinungskorridor“ für die Neue Rechte zu öffnen habe, aber keinesfalls für „Typen“, die falsche Meinungen verträten. Um welche „falschen Meinungen“ es ihm geht, sagte Lehnert auf dem *Kanal Schnellroda* zwar nicht explizit, aber wir können uns ausmalen, daß es sich um Leute handelt, die wirkliche Systemkritik äußern, die auch an die Institutionen der BRD geht, um Geschichtsrevisionismus und vieles andere mehr.<sup>97</sup>

Mir geht es gar nicht darum, diese Haltung moralisch zu bewerten und zu verurteilen, sondern diese nur festzuhalten für meine Leser, die sich hierzu ihre eigene Meinung bilden sollen. Es soll sich auch jeder genau überlegen, ob er diese neurechten Vertreter in irgendeiner Weise unterstützt.

### **Was ist neu an der „Neuen Rechten“?**

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, was denn an der „Neuen Rechten“ wirklich „neu“ sein soll? – Sie ist, wie wir gezeigt haben, tatsächlich neu, was ihre Unterscheidung von der „Alten Rechten“ betrifft. Dies haben wir an den beiden Kriterien „Drittes Reich“ und „Verfassungsschutzberichte“ gezeigt. Nur eine Bemerkung am Rande: Ob die Identitären in Deutschland weiterhin insgesamt zur „Neuen Rechten“ gehören können, ist nach deren Erwähnung im Bundesverfassungsschutzbericht unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ fragwürdig. Der Grund: Die Identitären stünden dem genetischen Volksbegriff zu nahe, was dem Grundrechtekatalog des Grundgesetzes widerspreche.

In der Tat geht das Grundgesetz der BRD von den Menschenrechten aus, während beispielsweise Alain de Benoist in seinem Buch *Kritik der Menschenrechte* erzählt, daß Menschen ihre Rechte durch eine konkrete (staatliche) Gemeinschaft und eben nicht universal und von Geburt aus

---

<sup>97</sup> YouTube-Film, ausgewertet am 29.01.2022. Reihe: Kanal Schnellroda. „Gottfried Benn“; Erik Lehnert und Götz Kubitschek im Livestream“; Minute 7.

abstrakt als „Mensch“ an sich zugewiesen bekommen. Aber genau diese Position ist eben tatsächlich nicht mit dem Grundgesetz der BRD vereinbar.

### **H.-D. Sander: „Die verfassungstreue Rechte“**

Wenn sich die „Neue Rechte“ weiterhin in der BRD dem Diktat des Grundgesetzes unterwerfen sollte, wie auch in Österreich irgendwelchen menschenrechtlichen Vorgaben, so ist sie irgendwie nicht „neu“. Hans-Dietrich Sander nannte zu seiner Zeit diese Leute verächtlich die „verfassungstreue Rechte“. Dieses Spektrum gab es auch schon in der Weimarer Republik. Carl Schmitt beispielsweise, sicherlich ein großer Staatsphilosoph, wollte – wie bereits erwähnt – zuerst die Weimarer Verfassungsordnung gegen die NSDAP retten, diente sich später – vergeblich – den Nazis als Staatsphilosoph an.

Auch in der Adenauer-Ära und danach gab es die verfassungstreue Rechte, von Günter Rohrmoser bis hin zu Armin Mohler, der die Siemensstiftung leitete, sich Franz-Josef Strauß (CSU) als politischen Führer wünschte. – Also irgendwie sind die Identitären und die anderen „Neuen Rechten“ zwar durchaus neu vermarktet, neu verpackt, neu gestylt, mit Lambda-Symbol, schwarz-gelben statt schwarz-weiß-roten Fahnen, Baseballkappen usw., was alles irgendwie aufrührerisch und „hip“ wirken mag, aber das Prinzip „verfassungstreue Rechte“ ist keinesfalls neu, sondern einfach nur alt und abgestanden.

### **Der Niedergang der Identitären**

Die Verfassungstreue Rechte hat viel Intelligenz- und Innovationsvorsprung gegenüber der traditionellen nationalen Rechten („Nationaler Widerstand“). Ihre Stärke und zugleich Schwäche ist aber ihre Verfassungstreue gegenüber GG und FDGO. Machen wir dies an einem Beispiel fest: Die „Identitären“ waren in Deutschland solange erfolgreich mit ihrem akademisch-studentischen Potential, solange sie eben nicht in den VS-Berichten als „rechtsextremistisch“ stigmatisiert wurden. Genau aber in dem Moment, da sie nun in den VS-Berichten genannt sind, nimmt auch ihre Attraktivität auf ein akademisch-studentisches Publikum ab, das nicht nur aus solchen Personen besteht, die wie Martin Sellner den Berufsrevoluzzer machen wollen, der

nebenbei erwähnt aufgrund seines großbürgerlichen Hintergrunds nicht ins soziale Nichts fallen wird, wenn seine politischen Projekte gescheitert sind.

Einige Protagonisten der „Identitären“ haben sich der AfD angeschlossen und fungieren als Assistenten in den Parlamenten, wo sie ihr materielles Auskommen finden.

Der politische bzw. journalistische Gegner der „Identitären“ hat deren Scheitern zufrieden zur Kenntnis genommen. Daniel Erk schreibt in der Zeit: „Die Identitären, muß man wissen, waren der Versuch ehemaliger Neonazis und anderer Rechtsextremer, sich ausreichend weit von Hitler, der Schoah und dem Nationalsozialismus einerseits und den prügelnden und mordenden Naziskinheads der Neunzigerjahre andererseits zu distanzieren. Sie lasen sich weit genug in die Theorien von zivilem Ungehorsam und außerparlamentarischer Opposition ein, um gerade noch so als rechtsextreme Intellektuelle durchzugehen. Rechtsextrem genug für die Mitglieder, bürgerlich genug für die Spender und klammheimlichen Unterstützer.“<sup>98</sup>

Erk fährt wie folgt fort: „Die Identitären waren damit der praktische Versuch, die ‚Assoziationskette rechts – rechtsradikal – Nazi – Auschwitz‘ zu durchbrechen, die Dieter Stein, der Herausgeber der rechtskonservativen Wochenzeitung *Junge Freiheit* als das große strategische Dilemma aller rechten und rechtsextremen Gruppierungen in Deutschland und Österreich benannt hatte.“<sup>99</sup>

In neurechten Kreisen ist es üblich, spätabends unter der Bettdecke sich an den Schriften von Hans-Dietrich Sander zu erbauen. – Diesen Leuten sei folgender Satz Sanders ins Stammbuch geschrieben: „[...] dass mich das erkenntnisleitende Geschrei aus Entschädigungs- und Laufbahninteressen kaltlässt.“<sup>100</sup>

## **Kulturrevolution von rechts?**

Am Niedergang der Identitären läßt sich auch das Scheitern der neurechten Strategie von der „Kulturrevolution von rechts“ studieren. Der italienische Kommunist Antonio Gramsci hatte in

---

<sup>98</sup> Daniel Erk: Rechte Bewegung. Warum die Identitären am Ende sind. Zeit-Online vom 28.03.2019.

<sup>99</sup> Daniel Erk, ebd.

<sup>100</sup> Hans-Dietrich Sander: Die Auflösung aller Dinge. Zur geschichtlichen Lage des Judentums in den Metamorphosen der Moderne. Castel del Monte, München 1988, S. 10. – Dieser Satz drückt das Gegenteil aus, was Sander wohl meinte, daß ihn, Sander, nämlich die wissenschaftliche Erkenntnis leitete und nicht die Laufbahninteressen, die alles andere als erkenntnisgeleitet waren und sind.

seinen Gefängnisheften das Basis-Überbau-Modell von Marx sinnvoll in der Weise ergänzt,<sup>101</sup> daß gesellschaftliche Änderungen nicht – monokausal wie auf einer Einbahnstraße – von der materiellen Basis stets zum geistig-kulturellen Überbau hin verlaufen. Vielmehr komme es darauf an, als systemkritische politisch Kraft auch direkt Einfluß auf den Überbau zu nehmen.

Das ist der Punkt, den Götz Kubitschek meint, wenn er davon spricht, daß er peu a peu die „Grenzen des Sagbaren“ verschieben möchte. – Das Problem besteht nun aber darin, und das können wir am Absturz der Identitären nachvollziehen, daß die materielle Basis auf der Rechten viel zu schmal ist, um eine breitere, an jungen Menschen mit akademischer Ausbildung zahlreichen, Bewegung zu schaffen. Denn Google vergißt keinen, und nicht jeder hat von seiner großbürgerlichen Herkunft die Möglichkeit, wie Martin Sellner den Berufsrevoluzzer zu machen.

Und die Abgeordneten- und Assistentenstellen in den AfD-Parlamentsfraktionen sind zwar nicht in ihren Wirkungsmöglichkeiten zu unterschätzen, sind aber viel zu wenige, um damit materielle Versorgungstellen, sozusagen Futtertröge – auf der Basisebene – zu schaffen. Deshalb, und nur deshalb, wurden die Identitären-Aktivitäten wiedereingestellt. Die Nennungen in den VS-Berichten und der antiislamistische Terroranschlag in Neuseeland, der Sellner indirekt (wegen einer Spende des späteren Attentäters) zugeschrieben wurde, waren die Fangschüsse für die „Identitäre Bewegung (IB)“, die sich noch hätte zu einer Bewegung entwickeln können.

Zudem kann der VS – sozusagen auf der Überbauebene – in seinen Berichten alle möglichen Begriffsneuschöpfungen diffamieren und somit gesellschaftlich stigmatisieren, die von den Vordenkern der IB und NR geschaffen wurden; wie den des „Ethnopluralismus“ zur Umgehung des Rassenbegriffs, usw.

---

<sup>101</sup> Vgl. Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band 4, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug unter Mitwirkung von Peter Jehle. Argument-Verlag, Berlin 1992, Heft 7 § 16. – Genau dies ist der Punkt, dass Antonio Gramsci das Marxsche Basis-Überbau-Modell um das Streben nach kultureller Hegemonie auf der Überbauebene ergänzt hatte und eben nicht das Basis-Überbau-Modell des Karl Marx im Ganzen verworfen habe. – Genau dies soll Alain de Benoist getan haben, behaupten Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl in: Die Identitären, ebd., S. 244. - Allerdings teilt uns diese Autorengruppe nicht mit, an welcher Stelle seines Werkes Benoist behauptet haben soll, Gramsci habe das Basis-Überbau-Modell Marx' komplett verworfen. – Möglicherweise beziehen sich die linken Autoren auf folgende Textpassagen: „Man sieht also, daß Gramsci den klassischen Leninismus, das heißt die Theorie der revolutionären Auseinandersetzung, den stalinistischen Revisionismus der dreißiger Jahre, das heißt die Strategie der Volksfront (oder des ‚Gemeinsamen Programmes‘) und die Thesen von Kautzky, das heißt die Idee einer breit angelegten ‚Sammlung der Arbeiter‘ gleichzeitig verwirft.“ (Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Vorwort von Armin Mohler. Hrsg. In Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung kultur- und sozialwissenschaftlicher Publizistik und Bildung e. V. Sinus-Verlag, Krefeld 1985 [= edition d, Band 6], S. 46.) „Verwirft“ deutet schon darauf hin, daß Benoist meint, Gramsci habe mit dem Marxismus-Leninismus in wesentlichen Teilen gebrochen.

## Antonio Gramscis Ansatz der kulturellen Hegemonie

Antonio Gramscis Forderung, die Kommunisten müßten in den westeuropäischen Staaten zuerst auf der Überbauebene die „kulturelle Hegemonie“ erreichen, also über sprachliche usw. Veränderungen Einfluß gewinnen, resultierte aus seinem Studium der russischen Oktoberrevolution von 1917 und der damit verbundenen Frage, warum denn diese nicht auf Westeuropa übergeschwappt sei. Gramsci gelangte zu der Erkenntnis, daß in Rußland der Staat alles, auch schon zur zaristischen Zeit, und die Zivilgesellschaft kaum ausgebildet gewesen sei.

„Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen [...]; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand [...].“<sup>102</sup>

Gramsci macht deutlich, daß die westeuropäischen kapitalistischen Staaten vor allem von den dort starken bürgerlichen Zivilgesellschaften getragen werden. Was nur bedeuten konnte, hier, an der Zivilgesellschaft, den revolutionären Hebel anzusetzen. – Deshalb gelte es aus kommunistischer Sicht die Sprache des Volkes, dessen Alltagsgewohnheiten und Kultur usw. aufzugreifen und im marxistischen Sinne zu verändern, um auf diesem Umweg der „Basis“ den Zugriff auf den Staat, den „Überbau“ zu erlangen.<sup>103</sup>

Bei diesem Zugriff auf den Überbau kommt den Intellektuellen die entscheidende Rolle zu. „Die Intellektuellen sind die ‚Gehilfen‘ der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung [...].“<sup>104</sup> Die Intellektuellen sind durch ihre Begriffswahl und Argumente für den „spontanen“ Konsens in der Gesellschaft zuständig. Hinzu tritt die Möglichkeit, den „staatlichen Zwangsapparat[s]“, der

---

<sup>102</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte, ebd., Band 4, Heft 7 § 16, S. 874.

<sup>103</sup> Vgl. hierzu Alain de Benoist: „Wenn Lenin in der Tat die Macht hatte an sich bringen können, so (unter anderem) deshalb, weil die bürgerliche Gesellschaft in Rußland praktisch nicht existent war. In den Gesellschaften hingegen, in denen jeder mehr oder weniger direkt an jener impliziten Ideologie teilhat, die die spontane Weltanschauung ausmacht, in den Gesellschaften, in denen eine spezifisch kulturelle Atmosphäre herrscht, ist keine Übernahme der politischen Macht möglich ohne eine vorhergehende Übernahme der kulturellen Macht. Das zeigt zum Beispiel die Französische Revolution von 1789, die überhaupt nur möglich gewesen ist, weil sie durch eine ‚Revolution in den Geistern‘ vorbereitet worden war; in diesem Fall durch die Verbreitung der Ideen der ‚Philosophie der Aufklärung‘ in der Aristokratie und im Bürgertum.“ (Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts, ebd., S. 45-46.)

<sup>104</sup> Antonio Gramsci: Gefängnishefte, ebd., Band 7, Heft 12, § 1, S. 1502.

„legal‘ die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv ‚zustimmen‘ [...].“<sup>105</sup>

In den Gefängnisheften konkretisierte Gramsci seine Gedanken über „kulturelle Hegemonie“, die er bereits vor seinem Gefängnisaufenthalt publiziert hatte. Bereits 1916 schrieb er: „Durch die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat sich das einheitliche Bewußtsein des Proletariats herausgebildet oder ist in Herausbildung begriffen, und Kritik bedeutet Kultur und nicht spontane, naturgemäße Evolution.“<sup>106</sup>

Gramsci macht gemäß diesem Zitat deutlich, daß Marxisten nicht darauf warten sollen, bis man automatisch durch eine „naturgemäße Evolution“ der gesellschaftlichen Basis an die politische Macht gespült werde. Vielmehr gehe es darum, schon ab sofort durch Kulturarbeit auf den Überbau einzuwirken. Kritisch führt er zur bisherigen Arbeit der Marxisten aus:

„Die Formeln, die Programme blieben allzu oft äußerlich, leblos; wir durchlebten sie nicht mit Intensität, mit Leidenschaft, sie schwangen nicht in jeder Handlung unseres Lebens, in jedem Augenblick unseres Denkens mit. Die Formeln verändern bedeutet gar nichts. Not tut, daß wir selbst uns ändern, daß die Methode unseres Handelns sich ändert.“<sup>107</sup>

## **Die Schweigespirale**

Die „Kulturelle Hegemonie“ korrespondiert eng mit der „Schweigespirale“, die eine Forschergruppe in Allensbach um Elisabeth Noelle-Neumann entdeckte. „Mit der Hypothese von der Schweigespirale wird behauptet, daß die Menschen ihre Umwelt beobachten, wachsam wahrnehmen, wie die meisten anderen Menschen denken und wie die Tendenzen sind, welche Einstellungen zunehmen, was sich durchsetzen wird.“<sup>108</sup>

---

<sup>105</sup> Antonio Gramsci, ebd., S. 1502.

<sup>106</sup> Il Grido del Popolo, 29.01.1916, S. 22-26. – Hier zitiert nach Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur. Röderberg, Verlag, Köln 1987 (= Röderberg-Taschenbuch, Bd. 161), S. 10.

<sup>107</sup> Il Grido del Popolo, 24.11.2017, S. 130-133. – Hier zitiert nach Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur. Röderberg, Verlag, Köln 1987 [Röderberg-Taschenbuch, Bd. 161], S. 14.

<sup>108</sup> Elisabeth Noelle-Neumann: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale. Erweiterte Ausgabe im Verlag Ullstein, Frankfurt/Main, Berlin 1991, S. 23.

Und weiter: „Die Furcht vor Isolation erscheint als die treibende Kraft, die den Prozeß der Schweigespirale in Gang setzt.“<sup>109</sup> Die „Situation der Mitläufer“ werde „Mit den Wölfen heulen“ zutreffend bezeichnet.<sup>110</sup>

Alexis de Tocqueville schrieb über die Epoche der Französischen Revolution, daß die „Leute, die noch am alten Glauben festhielten, fürchteten die einzigen zu sein, die ihm treu blieben, und da sie die Absonderung mehr als den Irrtum fürchteten, so gesellten sie sich zu der Menge, ohne wie diese zu denken.“<sup>111</sup>

### **Die Negierung des genetischen Volksbegriffs**

Björn Höcke (AfD) brachte es auf den Punkt, als er bezüglich der Angst vor dem „Verfassungsschutz“ von „politischer Bettnässerei“ sprach. Meinte er damit auch sich selbst? – Mit der „Kantenschere“ (Götz Kubitschek) wird alles abgeschnitten – an Personen, Organisationen und Inhalten –, was in die dauerhafte Nennung in den Verfassungsschutzberichten münden könnte. So hatten führende AfD-Parteikader eine Erklärung in vorseilendem Gehorsam unterschrieben, um der dauerhaften Nennung in den VS-Berichten zuvorzukommen, in der das Volk als Abstammungsgemeinschaft negiert wird. Auch Höcke hatte diese Erklärung im Januar 2021 unterzeichnet, in der es heißt:

„Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unabhängig davon, welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat, wie kurz oder lange seine Einbürgerung oder die seiner Vorfahren zurückliegt, er ist vor dem Gesetz genauso deutsch wie der Abkömmling einer seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Familie, genießt dieselben Rechte und hat dieselben Pflichten. Staatsbürger erster und zweiter Klasse gibt es für uns nicht.“<sup>112</sup>

Der genetische Volksbegriff paßt nicht zur von den Menschenrechten bestimmten sogenannten „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ (FDGO), weshalb er auch in der Programmatik

---

<sup>109</sup> Elisabeth Noelle-Neumann: Öffentliche Meinung, ebd., S. 20.

<sup>110</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, ebd., S. 20.

<sup>111</sup> Alexis de Tocqueville: L' Ancien regime et la revolution, 1856. - Zitiert nach Elisabeth Noelle-Neumann, ebd., S. 21.

<sup>112</sup> Grundsatzbeschuß des AfD-Bundesvorstandes zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität; vom 18.01.2021. – Quelle: [www.afd.de](http://www.afd.de)

der AfD vermieden und in öffentlichen Verlautbarungen verworfen wird. – Ganz davon abgesehen, daß der „volkstumsbezogene Vaterlandsbegriffs“, wie ihn beispielsweise die Deutsche Burschenschaft (DB) als Dachverband nach wie vor verfißt, nicht mehr mit der politischen Realität in Deutschland in Einklang steht.

Forderungen nach „Ausländerrückführung“, wie sie seit Jahren die NPD in ihrem Parteiprogramm oder ich als Publizist vertrete, sind von den Möglichkeiten wirklicher Umsetzungen meilenweit entfernt. Die politischen und vor allem die ökonomischen Machtverhältnisse sprechen eindeutig dagegen, daß in den nächsten Jahren eine umfassende Ausländerrückführung möglich werden könnte. Vor allem setzt das Kapital auf weitere Masseneinwanderung von Lohndrückern, Miet- und Konsumpreislebern.

Viele Patrioten, die sich einer rechten Partei wie der AfD anschließen, meinen in dieser eine „Weltanschauungsgemeinschaft“ vorzufinden, die sich gegen die weitere ethnische Überfremdung wehrt. – Dabei wird allerdings übersehen, daß es sich bei Parteien, auch auf der politischen Rechten, um Oligarchien handelt, die sich zwecks Generierung von Mandaten, Diäten, Spenden usw. an den tatsächlichen ökonomischen Machtverhältnissen orientieren.

Und nicht nur das. Eine – durch alle Verbände durchgehende – Nennung der AfD in den VS-Berichten wegen eines völkischen Nationsbegriffs würde Beamte, Selbständige und andere Berufsgruppen, die auf ihre gesellschaftliche Reputation angewiesen sind, zur Distanz zur AfD zwingen. Insofern ist es für abgeklärte Analysten nicht überraschend, daß sich auch rechtspopulistische Parteien am reinen Erfolg, das heißt an den politischen und ökonomischen Machtverhältnissen orientieren.

Weil der genetische Volksbegriff für bürgerliche Patrioten tabu ist, schlagen diese allzu gerne auf bei Spießbürgern unbeliebte Ausländergruppen ein; wie in den letzten Jahren zunehmend auf die Islamisten.<sup>113</sup> – Damit geht einher sich bei den Feinden der Islamisten, bei den Zionisten, anzubiedern. Schließlich bewirkt Israelkritik den Antisemitismusvorwurf, weshalb sich AfD und FPÖ schon aus diesem Grunde bei den Zionisten auf der Schleimspur befinden.

---

<sup>113</sup> Wie vor allem in dem Online-Forum von *Political Incorrect*: [www.pi-news.net](http://www.pi-news.net)

## **Die Don Quijoterie der Neuen Rechten**

Nun ist also das sprichwörtliche Kind in den Brunnen gefallen. Viele Organisationen, Verlage, Personen der NR und auch Verbände der AfD werden in den VS-Berichten als „rechtsextremistisch“ genannt. Dies ist nicht unerheblich, da somit der Radius, den NR, IB und AfD bislang ins bürgerlich-konservative Spektrum hatten, erheblich beschnitten wird. Am Ende, so die Befürchtung, landet man dort, wo beispielsweise seit Jahrzehnten die NPD angelangt ist.

Sicherlich, man wird bei der NR nicht ganz so stigmatisiert sein wie die Organisationen des Nationalen Widerstands (NW), zumal man sich nicht mit allen möglichen skurril auftretenden Personen umgeben muß, denen kein Forum als Redner und Autoren gibt; aber dennoch wird die Reichweite zu Mitgliedern, Wählern, Kunden und Spendern erheblich zurückgehen.

Was ich persönlich als Kritiker der NR, der allerdings dieser auch eine positive Vorarbeit zuschreibt, befürchte, ist der Umstand, daß man jetzt und in Zukunft bei der NR die begrenzten Ressourcen in publizistische und juristische Auseinandersetzungen mit den Ämtern des VS vergeuden wird.

Am Ende wird man wie einst die Republikaner sich aus den VS-Berichten herausklagen, aber die Zeit zur Formierung einer wirklichen politischen Alternative bis dahin vergeudet haben. Das ist, wie gesagt, meine Befürchtung.

Götz Kubitschek arbeitet sich jetzt an den VS-Berichten, wie dem von 2020 von Sachsen-Anhalt, ab, in dem über das Institut für Staatspolitik (IfS) steht:

„Wenn auch in geringerem Ausmaß als bei anderen rechtsextremistischen Bestrebungen charakterisieren das IfS rassistische und biologistische Sichtweisen. Den Wesenskern der Ideologie des IfS stellt der ‚Ethnopluralismus‘ dar, der unter anderem fremdenfeindliche, antiegalitäre und den völkischen Kollektivismus betreffende Elemente enthält. In unmittelbarem Zusammenhang mit den ‚ethnopluralistischen‘ Ansichten stehen die Ausländer- und Islamfeindlichkeit des IfS. Das IfS diskriminiert ausgewählte Personengruppen, wenn es diesen pauschal negative Eigenschaften zuschreibt. Im Zuge dessen werden diesen Menschen die persönliche Identität und Individualität im Sinne des Art. 2 GG sowie die Gleichheitsrechte nach

Art. 3 GG abgesprochen. Ebenso liegt damit eine Verstoß gegen das Prinzip der Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG vor.“<sup>114</sup>

Kubitschek beruft sich als Entlastungsmaterial auf Karlheinz Weißmanns Begriffsbestimmungen im Staatspolitischen Handbuch. Es geht konkret um die Begriffe „Volk“ und „Homogenität“. Ich habe Weißmanns Definitionen zu diesen beiden Begriffen in die folgende Fußnote gestellt.<sup>115</sup>

---

<sup>114</sup> Zitiert nach Götz Kubitschek: Verfassungsschutzbericht: Eine Kommentierung. Sezession-Online, 05.11.2021.– Kubitschek gab auf dem YouTube-„Kanal Schnellroda“ bekannt, daß das Institut für Staatspolitik (IfS) vor Gericht eine „Klage“ gegen dessen Nennung in den VS-Berichten eingereicht habe. Quelle: #27 | „Am Rande der Gesellschaft“ über die Ukraine, Putin und eine historische Forschung; ab Minute 17.

<sup>115</sup> Karlheinz Weißmann: Staatspolitisches Handbuch. Zitiert nach Götz Kubitschek, ebd.: „V o l k ist, was folgt, das heißt der Begriff bezog sich ursprünglich auf ein Gefolge, eine Gefolgschaft nicht nur militärischen Charakters, die sich einem Herrn anschloß. Damit ist allerdings die Menge der Entstehungsmöglichkeiten eines Volkes nicht erschöpft. Es müßte im Rahmen der Ethnogenese – ‚Volkwerdung‘ – noch hingewiesen werden auf die ‚Urvölker‘ und auf Völker, die durch Zusammenschluß entstehen. Die oft mit dem Begriff Volk verbundene Vorstellung, daß Völker auf gemeinsame Abstammung im strengen Sinn zurückgeführt werden können, ist allerdings falsch. Vielmehr ist darauf zu verweisen, daß Völker historische Größen sind und nicht ohne organisatorischen Eingriff – als quasinatürliche Größen – entstehen.

‚Völker‘ als vorpolitische, ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Einheiten, sind eine seit der Antike bekannte Größe. Der ethnos oder genos im Griechischen etwa, konnte durchaus die staatlich vielfach gespaltene Einheit aller Ionier oder Dorer bezeichnen. Bei Herodot findet sich der Hinweis auf das Griechentum, das durch Blut und Sprache eine Einheit bilde, gekennzeichnet durch die gemeinsame Verehrung der Götter, die gleichen Sitten und Bräuche. Demgegenüber war der populus Romanus, also das »römische Volk«, eine ganz politisch verstandene Einheit. Schon hier zeigt sich also der Doppelsinn des Begriffs.

In der deutschen wie in den meisten anderen europäischen Sprachen diente das Wort »Volk« allerdings nicht nur der Bezeichnung ethnischer oder politischer Einheiten, es wurde auch bis ins 19. und teilweise bis ins 20. Jahrhundert verstanden als Bezeichnung für die »Menge«, für »arme liute«, was jeder Berufung auf das »Volk« einen »gefühlsmokratischen« (Max Scheler) Zug verlieh und begreiflicherweise das Unbehagen einer aristokratischen oder monarchischen Obrigkeit wachrief und im deutschen Fall die Nähe von National- und Demokratiebewegung erklärt, die beide im Namen des Volkes auftraten.

Völker sind historische Größen, aber sie sind, wie Tilman Mayer feststellte, »... nicht vereinbart, beschlossen, kontrahiert, gestiftet, gegründet, geschaffen, d.h. konventionell«. Das Volk ist nicht mehr Natur, aber auch nicht künstlich wie etwa der Staat künstlich ist. Es beruht oft auf »Abstammungs-«, in jedem Fall aber auf »Fortpflanzungsgemeinschaft«, und die »Ethnogenese« ist ein in vielen Fällen durchaus rekonstruierbarer Prozeß. So konnte mit Hilfe archäologischer Funde gezeigt werden, wie die Verschmelzung fränkischer und burgundischer Gruppen in Nordostfrankreich stattfand, nachdem beide Gruppen über einen relativ langen Zeitraum in einem gemeinsamen Staat nebeneinander lebten. Selbst in den mythischen Überlieferungen abstammungstolzer Völker – etwa der Römer – ist die Erinnerung an die Heterogenität der Anfänge manchmal erhalten geblieben.

Die moderne Naturwissenschaft bietet ein breites Repertoire von Methoden, um »Ethnogenesen« zu rekonstruieren, ohne Stiftungsmythen – den »Ethnogenen« – blind zu vertrauen. Wie weit solche Konzepte führen, kann man etwa an dem Human Genome Diversity Project feststellen, das 1991 von Luigi Luca Cavalli-Sforza, einem renommierten Genetiker der Universität Stanford, begründet wurde und seitdem dessen Lebenswerk, die Rekonstruktion des menschlichen Stammbaums, zu vollenden sucht.

Damit sind ethnische Gruppen aber auch über Erbinformationen definiert und dem immer wieder unternommenen Versuch der Boden entzogen, das Vorhandensein ethnischer Identität zu leugnen. Möglicherweise könnte hier eingewendet werden, daß die präzise Abgrenzung einer Ethnie nur noch im Fall der »Völker ewiger Urzeit« (Kurt Breysig) möglich ist, aber Cavalli-Sforza hat im Rahmen seiner Forschungen auch darauf hingewiesen, daß moderne Nationen meßbare genetische Gemeinsamkeiten besitzen. Er bestätigt damit eine ältere These des deutschen Ethnologen Wilhelm E. Mühlmann, der zwar gegen die romantische Idee vom »Urvolk« auf den geschichtlichen Charakter der Völker bestand, deren kollektiven »Charakter« allerdings mit Hinweis auf ein im allgemeinen ethnisch homogenes »organisierendes Zentrum« erklärte, das fremde Bestandteile anzog, assimilierte und durch die Behauptung einer gemeinsamen Abstammung an sich band.

Wird durch diese Bezugnahme eine Entlastung erreicht? Wohl kaum. Weißmann spricht von „Abstammungsgemeinschaft“ und „Ethnogenese“. Ja, im Stile der Neuen Rechten hat er den „Rasse“-Begriff vermieden. Aber er schwingt doch zwischen den Zeilen mit.

Selbstverständlich kann man in das deutsche Volk alle möglichen Menschen, auch völlig anderer Rasse, assimilieren, aber im Kern geht es auch der NR um den dominanten Kern der Deutschen, die von den bekannten Gruppen abstammen: Germanen, Kelten, Römern, Slawen in der Hauptsache. Und dies reicht schon, um im Sinne von GG und FDGO als „rechtsextremistisch“ zu gelten.

---

...

Homogenität bezeichnet die durch substantielle Gleichheit bestimmten Teile eines Ganzen und hat für menschliche Sozialbildungen immer eine große Rolle gespielt. Homogenität wird in erster Linie dadurch erreicht, daß das Andere als anders erkannt und diszipliniert oder ausgeschlossen wird.

Der Maßstab für das Anders-Sein kann variieren, eher strenger oder eher sanfter Natur sein. Grundsätzlich gilt aber, daß man den, der wegen körperlicher oder seelischer Abweichung der Normalität widerspricht, absondert oder eliminiert. Ein Rest der ursprünglichen Grausamkeit solcher Verfahren hat sich im kindlichen „Hänseln“ und den Initiationsprüfungen jugendlicher oder krimineller Banden erhalten.

Als milde Variante erscheinen die Ausgrenzungsmechanismen, mit denen die „Anständigen“ in modernen Gesellschaften „politisch inkorrekte“ Meinungen ahnden, wenngleich die sozialen Konsequenzen zum Teil erhebliche sind.

Ohne Zweifel spielt Homogenität deshalb eine so große Rolle für das Regulierungsbedürfnis menschlicher Gruppen, weil diese Eigenschaft Kollektivvorteile verschafft. Der Ethologe Irenäus Eibl-Eibesfeldt spricht davon, daß „normangleichende Aggression“ das Ziel der „Gleichschaltung“ verfolgt und gewährleistet, daß das Verhalten jedes Einzelnen für die anderen Mitglieder des Verbandes „voraussagbar“ bleibt. Allerdings kann dieser Grundsatz nicht schematisch angewendet werden, da sich in der Entwicklung der Menschheit immer wieder gezeigt hat, daß Abweichler besonders wertvolle Fähigkeiten besaßen, die letztlich auch dem größeren Ganzen zu Gute kamen.

In differenzierten Gesellschaften wird diesem Sachverhalt Rechnung getragen, wenngleich auch sie nicht ohne ein erhebliches Maß an Homogenität existieren können. In der Vergangenheit hat man die etwa durch Abschluß von einzelnen Schichten oder Berufsgruppen qua Homogamie gewährleistet.

Wenn es für den modernen Staat nicht möglich ist, diesem Weg zu folgen, so muß doch gerade er die Homogenität seiner Gesamtbürgerschaft im politischen Sinn aufrechterhalten. Auf diesen Sachverhalt hat zuerst Carl Schmitt hingewiesen und gezeigt, daß vor allem die Demokratie die Homogenität des Staatsvolkes voraussetzt, weshalb die Demokratie im allgemeinen nur unter nationalstaatlichen Bedingungen entstehen und bestehen kann.

Durch die Argumentation Schmitts wurde ins Bewußtsein gehoben, daß sich die Entwicklung des nationalen Gedankens allein in Europa vollziehen konnte, bedingt durch die dem Christentum entnommene Vorstellung einer umfassenden Brüderlichkeit, die eine Homogenität voraussetzt, die theoretisch die ganze Menschheit umfaßt, faktisch aber auf die politisch ausschlaggebende Gruppe beschränkt wird.

Der elementare Zusammenhang von Demokratie und Nation beruht auf der Annahme, daß der demos eine identifizierbare Größe ist – die Nation – deren Willensäußerung ihre Einheit voraussetzt, die am ehesten durch ihre Homogenität verbürgt erscheint. Die Tatsache, daß die europäischen Nationen nicht als nur fiktive Abstammungsgemeinschaften zu betrachten sind, sondern tatsächlich auf gemeinsamer ethnischer Herkunft beruhen und über sehr lange Zeiträume Heiratsgemeinschaften bildeten, hat diesem Aspekt und dem daraus resultierenden Zusammengehörigkeitsgefühl außerordentliche Stabilität verliehen.

Umgekehrt führte die Masseneinwanderung zu einem Verlust an Homogenität, der nicht ein Mehr an individueller Freiheit zur Konsequenz hatte – wie von den Befürwortern des „Multikulturalismus“ behauptet – sondern einen Substanzabbau, der die Existenz der europäischen Nationen ebenso wie die der Demokratie in Frage stellt.“

## **Ethnopluralismus und Menschenrechte**

Wie bereits erwähnt, sieht das Konzept des neurechten Ethnopluralismus vor, daß jedem Volk ein gleicher Wert zu anderen Völkern zugemessen werden soll, sich allerdings jede Ethnie auf ihrem eigenen, historisch überlieferten Territorium kulturell entwickeln soll. Insofern ist der Ethnopluralismus das Gegenkonzept zur sogenannten „multikulturellen Gesellschaft“, in der sich die Völker, Kulturen und Rassen auf jeweils einem Staatsgebiet zusammenfinden und mischen sollen. Mit diesem ethnopluralistischen Ansatz ist auch eine Kritik der universellen Menschenrechte verbunden, wie sie Alain de Benoist formuliert. Menschen haben demnach keine universellen Rechte durch ein christliches, liberales oder sonstiges „Naturrecht“, sondern Rechte (und Pflichten) erhält die Person alleine durch seine eigene Kultur, in letzter Konsequenz durch seinen eigenen Staat. „Nur in einem politischen Rahmen, in einer gemeinsamen politischen Lebenswelt, kann ein Mensch Rechte haben, denn jedes Recht ist von den sozio-historischen Bedingungen abhängig, innerhalb derer es behauptet wird. [...] Rechte können nur mit der Mitgliedschaft in einem politischen Ganzen einhergehen.“<sup>116</sup>

## **Carl Schmitts Homogenitätsbegriff**

Augenfällig ist doch allemal, daß die Neuen Rechten peinlichst genau vermeiden, aus der bisherigen Masseneinwanderung konkrete bevölkerungspolitische Forderungen abzuleiten, die – wenn auch derzeit nicht machtpolitisch verwirklichtbar – nur in einer Ausländerrückführung, in welcher Intensität und bezogen auf welche Gruppen auch immer – liegen kann. Diese Position, die man von der NPD und meiner Publizistik seit Jahren kennt, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, hört man in der NR entweder nur am Rande oder sehr leise oder überhaupt nicht.

Aber man schmückt sich doch gerne mit Carl Schmitt; der zum Volksbegriff schrieb: „Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß. Bei der Frage der Gleichheit

---

<sup>116</sup> Alain de Benoist: Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen. Junge Freiheit Verlag, Berlin 2004 (= Edition JF), S. 139.

handelt es sich nämlich nicht um abstrakte, logischarithmetische Spielereien, sondern um die Substanz der Gleichheit.“<sup>117</sup>

### **Volk ohne Rasse?**

Thor von Waldstein hat sich in den letzten Jahren in einer Reihe von Aufsätzen und Reden gegen die Nennung der NR in den VS-Berichten gewendet. Mit einem immensen Aufwand an Zeit, Energie usw. Ist es das wert?

Waldstein arbeitet in einem Aufsatz heraus, daß der „Volks“-Begriff der NR nichts mit Adolf Hitler zu tun habe: „Entgegen der Behauptung des Bundesverfassungsgerichts zählte der ethnische Volksbegriff nicht zu den zentralen Prinzipien des Nationalsozialismus. Der Zentralbegriff des Nationalsozialismus war Rasse und nicht Volk. Soweit die NS-Ideologen nach 1933 Worte wie Volk, Volksgemeinschaft, Volksgenosse, völkisch usf. weiterverwendeten, waren diese rassebiologisch ausgehöhlt und zudem sozialdarwinistisch aufgeladen. Bis zum bitteren Ende, bis zu dem Schlußsatz seines politischen Testaments vom 29. April 1945, in welchem er seinen Nachfolger ‚zur peniblen Einhaltung der Rassegesetze‘ verpflichtete, verstand sich Adolf Hitler als ein Politiker, ‚der doch nur an die Rasse glaubte und dem 1945 das Schicksal der Deutschen vollständig gleichgültig war‘ (Günter Maschke).“<sup>118</sup>

Waldstein ist in diesem Zitat gar nicht zu widersprechen. Seine These erachte ich als wahr. Aber eben nur als einen Teil der Wahrheit. – Selbstverständlich nahm Hitler, unabhängig wie man zu seiner Hinterlassenschaft stehen mag, in seiner Politik Bezug auf das deutsche Volk. Dies kann man aus zahlreichen Quellen ableiten. Aber Hitler ging es natürlich nicht um das deutsche Volk, wie es zu seiner Zeit bestanden hatte, sondern es ging ihm, analog zu den Lehren von Hans F. K. Günther, um eine rassische und genetische „Verbesserung“, nicht zuletzt auch um eine „Aufnordung“ des deutschen Volkes und „artverwandter“ Völker.

Also, das deutsche Volk, um das es Hitler ging, mußte erst noch geschaffen werden.<sup>119</sup> Insofern liegt Waldstein richtig, daß bei Hitler der Schwerpunkt auf der „Rasse“ und weniger auf dem

---

<sup>117</sup> Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. [Erstausgabe 1923] 7. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1991, S. 14.

<sup>118</sup> Thor von Waldstein: Volk – zwanzig Thesen. Sezession-Online vom 20.04.2021.

<sup>119</sup> Adolf Hitler schrieb in Mein Kampf: „Unser deutsches Volkstum beruht leider nicht mehr auf Folgen unserer rassischen Zerrissenheit einem einheitlichen rassischen Kern. Der Prozeß der Verschmelzung der verschiedenen Urbestandteile ist auch noch nicht so weit fortgeschritten, daß man von einer dadurch neugebildeten Rasse sprechen

konkret existenten „Volk“ lag. – Aber wir würden es uns – opportunistisch gestimmt – zu einfach machen, die Begriffe „Volk“ und „Rasse“ vollständig voneinander zu trennen, wie dies oben in dem Zitat von Günter Maschke unternommen wird. Dies ist zu einfach und viel zu durchsichtig, sich als Neue Rechte vom verfemten „Rassenbegriff“ zu distanzieren, um mit einem allgemeinen „Ethnopluralismus“ entkommen zu wollen.

Waldstein betont zu recht, daß ein „Volk“ im traditionellen deutschen Sinne aus einer Abstammungsgemeinschaft hervorgegangen ist. Er schreibt: „Zu den einen unverkennbaren Volkscharakter formenden Faktoren zählen als bedeutendste die gemeinsame Abstammung, die gemeinsame Sprache und ein gemeinsam beherrschtes und durch Grenzen gesichertes Territorium. Daneben wird die Identität eines Volkes aber auch bestimmt von einem gemeinschaftlich durchlebten historischen Schicksal, von Übereinstimmungen in Religion, Kultur, Sitte sowie von Mythen, die ein gesundes Volk in Nationaldenkmälern, Festtagen, Hymnen, Heldensagen und Volksliedern wachhält.“<sup>120</sup>

Selbstverständlich können einer Abstammungsgemeinschaft Menschen verschiedener (Unter-)Rassentypen angehören. Der ein oder andere hat neben germanischen, keltischen, römischen und slawischen auch jüdische Vorfahren oder stammt zu einem geringen Teil von aus Afrika stammenden römischen Legionären, auch solcher negroider Herkunft, ab, die einst am Niederrhein Dienst taten. Aber im großen und ganzen gehören die Abstammungsdeutschen einer gemeinsamen Rasse an, wenn man die (west-)europide Großrasse als Maßstab nimmt.

---

könnte. Im Gegenteil: die blutsmäßigen Vergiftungen, die unseren Volkskörper, besonders seit dem Dreißigjährigen Kriege, trafen, führten nicht nur zu einer Zersetzung unseres Blutes, sondern auch zu einer solchen unserer Seele. Die offenen Grenzen unseres Vaterlandes, das Anlehnen an ungermanische Fremdkörper längs dieser Grenzgebiete, vor allem aber der starke laufende Zufluß fremden Blutes ins Innere des Reiches selbst, lassen infolge seiner dauernden Erneuerung keine Zeit übrig für eine absolute Verschmelzung. Es wird keine neue Rasse mehr herausgekocht, sondern die Rassebestandteile bleiben nebeneinander, mit dem Ergebnis, daß besonders in kritischen Augenblicken, in denen sich sonst eine Herde zu sammeln pflegt, das deutsche Volk nach allen Windrichtungen auseinanderläuft. Nicht nur gebietsmäßig sind die rassischen Grundelemente verschieden gelagert, sondern auch im einzelnen, innerhalb des gleichen Gebietes. Neben nordischen Menschen ostische, neben ostischen dinarische, neben beiden westische und dazwischen Mischungen. Dies ist auf der einen Seite von großem Nachteil: Es fehlt dem deutschen Volk jener sichere Herdeninstinkt, der in der Einheit des Blutes begründet liegt und besonders in gefahrdrohenden Momenten Nationen vor dem Untergang bewahrt, insofern bei solchen Völkern dann alle kleineren inneren Unterschiede sofort zu verschwinden pflegen und dem gemeinsamen Feinde die geschlossene Front einer einheitlichen Herde gegenübertritt. In dem Nebeneinander unserer unvermischt geliebten rassischen Grundelemente verschiedenster Art liegt das begründet, was man bei uns mit dem Wort Überindividualismus bezeichnet. In friedlichen Zeitläuften mag er manchmal gute Dienste leisten, alles in allem genommen aber hat er uns um die Weltherrschaft gebracht. Würde das deutsche Volk in seiner geschichtlichen Entwicklung jene herdenmäßige Einheit besessen haben, wie sie anderen Völkern zugute kam, dann würde das Deutsche Reich heute wohl die Herrin des Erdballs sein. (Adolf Hitler: Mein Kampf, 851.–855. Auflage, Verlag Franz Eher Nachf., München 1943, S. 436 -438.)

<sup>120</sup> Thor von Waldstein, ebd.

Und genau darum geht es doch auch Waldstein, Kubitschek, Sellner usw., daß bei uns nicht so viele fremdrassige Ausländer einwandern sollen. Ja, selbstverständlich kann man auch über einen zu hohen Anteil an Griechen, Italienern, Spaniern und Rumänen debattieren, aber das ist für nationale Rechte wohl nicht das vorrangige Thema. Insofern ist es völlig klar, daß der sogenannte Verfassungsschutz nicht völlig daneben liegt, wenn er nationalen Rechten eine gewisse Nähe zu rassistischen Positionen unterstellt. Und es ist auch völlig unsinnig, jetzt jahrelang dagegen zu klagen, personelle, organisatorische und finanzielle Ressourcen dafür zu binden.

Wenn die NR-Protagonisten meinem Rat, wie zu erwarten, nicht folgen, und dennoch sich dem jahrelangen Kampf gegen die Nennung in VS-Berichten als „rechtsextremistisch“ sadomasochistisch hingegen, dann sollten wir Nationalisten uns von diesen Leuten abtrennen, wirkliche politische Theoriearbeit und praktische Politik betreiben. Und uns nicht vom VS und indirekt von der NR vorschreiben lassen, welche Themen, laut VS, verhandelbar sind, welche Personen und Organisationen „salonfähig“, laut VS- und NR-Auslegung, sind und welche nicht. Dieses Spiel sollten wir nicht mitmachen.

## **AfD und Geschichtsrevisionismus**

Ein besonders brisantes Thema ist der Geschichtsrevisionismus. Hierbei lauern alle politisch Korrekten darauf, daß sich beispielsweise AfD-Politiker „Fehlritte“ leisten. Zu erwähnen sind hierbei zwei Ausreißer, zum einen Alexander Gaulands „Vogelschiff“,<sup>121</sup> zum anderen Björn Höckes „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.<sup>122</sup>

Es ist völlig klar, daß sich insbesondere der Zentralrat der Juden in Deutschland darüber echauffierte. Das Erbe des Hitler-Regimes, das nur von 1933 bis 1945 ganze zwölf Jahre andauerte, auf einen „Vogelschiff“ zu reduzieren, mußte beim Zentralrat die Alarmglocken schrillen lassen.

Wenn man sich die steile These Gaulands, die er mittlerweile relativierte, einmal sachlich vor Augen führt, dann läßt sich festhalten, daß zwölf Jahre tatsächlich in der rund 1.000 Jahre andauernden deutschen Geschichte nun wirklich ein „Vogelschiff“ sind, oder wie man dies

---

<sup>121</sup> Vgl. Zeit-Online vom 03.06.2018; unter dem Titel: Rede bei AfD-Jugend-Empörung wegen Gaulands Relativierung der NS-Zeit.

<sup>122</sup> Die Rede Höckes ist auszugsweise nachzulesen auf Zeit-Online vom 18.01.2017; unter dem Titel: Parteien. Die Höcke-Rede von Dresden in Wortlaut-Auszügen. Dokumentation.

vielleicht anders ausdrücken möchte. Quantitativ ist dies sicherlich zutreffend, aber auch qualitativ? Ganz gewiß nicht, der Krieg, den Hitler teilweise selbst auslöste und die damit verbundenen Opfer auf allen Seiten kann man wohl kaum – qualitativ! – als Bagatelle bezeichnen.

Aber dies sind Einwände, die man auf rationaler Ebene mit Gauland hätte diskutieren können. Stattdessen befand sich viel Empörung in einer polemischen Debatte, weshalb man das Thema nicht sachlich besprechen wollte. Dies lag aber nicht an Gauland und der AfD, sondern an den vermeintlichen Gutmenschen.

Hysterisch reagierte das „gute“ Deutschland auch auf Björn Höckes Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“. – Wobei selbst ich, als deutscher Nationalist, hierbei, bei aller Zustimmung im Ganzen, Einwände formulieren möchte. – Mit würde nämlich eine erinnerungspolitische Wende um 90 Grad völlig ausreichen.

### **Rechtspopulisten auf der Schleimspur**

Selbst die bürgerlichen Freiheiten werden von sogenannten „Freiheitlichen“ beschnitten, wenn es ihnen für ihr eigenes Fortkommen ins Konzept paßt. So wirkte Andreas Mölzer als FPÖ-Bundesrat an der Verschärfung des Zensurparagraphen „Wiederbetätigung“ 3a und 3b (Verbotsgesetz) mit, auf deren Grundlage viele Nationalisten und Revisionisten mit österreichischer Staatsbürgerschaft die Gefängnisse füll(t)en. Wer als Rechter dem „Wiederbetätigungsverbot“, diesem Gummiparagraphen gegen alle möglichen nationalen Forderungen, untertänig zustimmt, gehört zur „Neuen Rechten“.

Ja, was ist sonst noch „neu“ an der „Neuen Rechten“? – Im Grunde genommen ist „neu“ an der „Neuen Rechten“ der BRD und Österreichs, daß sie sich jeweils an eine starke Mitte-Rechts-Partei anlehnt, um hierdurch Posten, Geld und Karrieren zu ermöglichen. Diese Strategie verfolgen Martin Sellner in Österreich sowie Philip Stein und Götz Kubitschek in der BRD. Kubitschek wollte vor einiger Zeit allen Ernstes in die AfD eintreten, was ihm (noch) verwehrt wurde. Die „verfassungstreue Rechte“ benötigt neben Sozialprestige und Geld auch Schutz durch Systeminstitutionen, vor allem durch etablierte Rechtsparteien. Insofern unterscheidet sich aber auch die „Neue Rechte“ in deutschen Landen von der französischen Nouvelle Droite. Alain de

Benoist beispielsweise kam nie auf die Idee, in den Front National (jetzt Rassemblement National) eintreten zu wollen.

Der französischen „Nouvelle Droite“ geht es – in Bezugnahme auf Antonio Gramsci – ausschließlich um Metapolitik<sup>123</sup> – sie versuchte einmal – letztendlich erfolglos – auf das Magazin der rechtsbürgerlichen Zeitung *Le Figaro* intellektuellen Einfluß zu nehmen –, der deutschen und österreichischen „Neuen Rechten“ geht es auch um Parteipolitik. Das „auch“ führt aber auch zum Schwerpunkt Parteipolitik. Da FPÖ und AfD auf die jeweils verfassungsmäßige Ordnung verpflichtet sind, ist auch ihr Umfeld, die „Mosaik-Rechte“ (Benedikt Kaiser), darauf sklavisch festgelegt. Daß die „Verfassungen“ von BRD und BRÖ aus der deutschen (Nieder-) Lage des Kriegsausgangs von 1945 hervorgegangen sind, sei noch am Rande erwähnt. Aber auch diesen Punkt darf die „Neue Rechte“ nicht kritisch hinterfragen.

### **Kaiser, der deutsche Benoist?**

Ein grundsätzlicher Gedanke sollte hier auch kurz angesprochen werden. – Die sogenannte Neue Rechte ist niemals homogen, einheitlich gewesen. Und ideologisch schon gar nicht. Wie in Deutschland heute das Spektrum bei der rechtspopulistischen AfD von nationalliberal, das heißt von neoliberal in der Wirtschaftspolitik (Jörg Meuthen, Alice Weidel, einst Bernd Lucke), bis hin zu moderat völkisch-sozial (Björn Höcke und der ehemalige „Flügel“), reicht, so ist das Meinungsspektrum auch bei der mit dem Rechtspopulismus wesensverwandten „Neuen Rechten“ vielfältig. Während sich Kubitschek eher moderat in der Islamkritik verhält, ist diesbezüglich Sellner radikaler, weshalb er auch eine Spende von dem späteren Attentäter von Christchurch erhielt; viel radikaler aber ist in diesem Punkt die Internetseite *Political Incorrect*.

Islamfreundlich hingegen ist Thor von Waldstein. Allerdings wird sich dauerhaft eher der islamfeindliche Kurs durchsetzen. Denn zum einen nehmen in den letzten Jahren die islamistischen Anschläge in Europa zu, zum anderen benötigen eine „Neue Rechte“ und der Rechtspopulismus für ihre fehlende Systemkritik – aus Anpassung – eine Menschengruppe als Sündenbock für die modernen Zerfallserscheinungen.

---

<sup>123</sup> Vgl. Alain de Benoist: Was ist die Neue Rechte? In: Junges Forum. Metapolitik – Was ist das? Eine neue Kultur für eine sich verändernde Welt. Nr. 1-2/84, Sommer 1984, S. 5-14, hier S. 6-8. – In Westdeutschland entsprach der französischen NR - zeitlich versetzt – die NR, die sich von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre um Henning Eichberg (*Sache des Volkes*) gruppierte, die ebenso wie das französische Vorbild ihren Schwerpunkt auf Theoriearbeit und Metapolitik legte.

Der Vergleich zwischen deutscher bzw. österreichischen NR und der in Frankreich ist sicherlich zulässig, allerdings käme eine Gleichsetzung einer Manipulation gleich. Schließlich ist Alain de Benoist Islambashing völlig fremd, der Vordenker der französischen NR hält es hingegen mehr mit Systemkritik – also genau mit dem, worum die deutsche NR – um der VS-Nennung zu entgehen – einen großen Bogen macht. Benoist vertritt zwar kein sozialistisches Programm, kritisiert aber den Kapitalismus von seinen Grundsätzen. Im übrigen lehnt der Franzose den Nationalstaat vehement ab, befürwortet demgegenüber ein „Europa der Regionen“ – in Anknüpfung an die alte deutsche Reichstradition (an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation). Es ist für mich schon auffällig, daß bei der deutschen NR Benedikt Kaiser genau dem Profil Benoists entspricht. Ein Abklatsch von dem, was Kaiser vertritt, propagiert auch der neurechte Jungverleger Philip Stein. Allerdings ist die Kapitalismuskritik, die bei der deutschen NR Kaiser vertritt, bei der französischen NR die dominierende Position, in Deutschland hingegen repräsentiert Kaiser damit die Minderheitenposition.

Im übrigen war auch die NR in Frankreich, die dort ab Ende der Sechziger Jahre entstand, von Anfang an nicht homogen. Schließlich spaltete sich später Pierre Krebs von der NR unter der Losung „Neue Kultur“ ab, weil Benoist eine Mischung aus rechten und linken Positionen vertrat und nach wie vor diese vertritt, etwa im Antiimperialismus. Demgegenüber ist Krebs Sozialdarwinist und verfielt in etwa das, was zur Zeit des Dritten Reiches unter „Rassischer Aristokratie“ firmierte (Walther Darré, Hans F. K. Günther usw.).

### **Die Strategie der „Neuen Rechten“**

Die Strategie der deutschen „Neuen Rechten“ bringt immer wieder Götz Kubitschek auf den Punkt, indem er schreibt, daß er gedenkt, die „Grenzen des Sagbaren auszudehnen“. – Dies bedeutet aber auch, die Regeln des Systems, was derzeit nicht sagbar ist, zu akzeptieren. Und diese Regeln gibt der VS der „Neuen Rechten“ vor. Personen, Organisationen und Verlage, die seit Jahren in den VS-Berichten als „rechtsextrem“ genannt werden, können somit nicht zur „Neuen Rechten“ gehören, für diese auch keine Bündnispartner sein. Allenfalls ist es möglich, daß jemand, der einmal beispielsweise einen NPD-Mitgliedsausweis besaß oder nach wie vor einen solchen besitzt, unter Pseudonym in einem neurechten Organ schreibt oder im Verborgenen einem AfD-Parlamentarier als Assistent Texte zuarbeitet.

Die Protagonisten der „Neuen Rechten“ versuchen, ihre Nennung in den VS-Berichten zu vermeiden. Für den Fall, daß man von den VS-Ämtern geprüft oder bereits in deren Berichten genannt wird, tut man alles an Anbiederung, um wieder aus den VS-Berichten rauszukommen – wie vor Jahren sich die REP aus der Nennung in den VS-Berichten herausklagten, was denen aber nichts gebracht hatte –, dem öffentlichen Stigma, dem medialen Pranger zu entkommen. Die verfassungstreue Neue Rechte richtet das, was sie sagt, an den Vorgaben des VS aus. Wenn der VS eines Tages sagt, daß auch die Thesen und Positionen eines Hans-Dietrich Sander „sagbar“ sind – das meinte vor Jahren einmal Karlheinz Weißmann in einem internen Kreis, daß irgendwann mal Hans-Dietrich Sanders Thesen öffentlich verhandelbar sein werden –, dürfen wir alle auch öffentlich sagen, was früher einmal Sander sagte. Wer dies heute schon sagt, steht im VS-Bericht und gehört somit nicht zur „Neuen Rechten“.

### **Dieter Steins Distanzierung von Leserkreisen, NR und KR**

Eine kurze Rückblende, was vor rund 30 Jahren geschah. – Dieses Prinzip, alle Personen, Organisationen und auch Begriffe zu meiden, die die NR in die Verfassungsschutzberichte bringen, wird von den entsprechenden Protagonisten schon seit Anfang der Neunziger Jahre angewandt. Damals war es Dieter Stein, der die Scharnierfunktion der NR erkannte, auch als Gefahr erkannte, das eigene Projekt *Junge Freiheit* in die VS-Berichte zu bringen. Über diese „Scharnierfunktion“ berichteten damals vor allem Antifa- und linksliberale Autoren und Journalisten, die zurecht darauf hinwiesen, daß der Begriff „Neue Rechte“ sowohl Personen und Organisationen umfaßt, die nicht in den VS-Berichten als „rechtsextrem“ geführt werden und auch solche, auf die dies zutrifft. Was im Grunde genommen bedeutet, daß die NR auf eine Melange, bestehend auch Rechtskonservativen und „Rechtsextremisten“ hinauslaufe.

Da die *Junge Freiheit* bis Mitte der Neunziger in diversen VS-Berichten, zumeist in SPD-regierten Bundesländern wie Hamburg und NRW genannt wurde, distanzierte sich Dieter Stein damals vom Begriff der „Neuen Rechten“ und hatte es dann auch nicht mehr mit zahlreichen *JF*-Leserkreisen bzw. konservativen Gesprächskreisen und mit der *JF*-Sommeruniversität<sup>124</sup> zu tun, die zuvor im Umfeld der *JF* geduldet wurden. Genau mit diesen hatten sich VS-Berichte negativ befaßt. Der Verfasser dieser Zeilen war als Student in Bamberg an Gesprächs- bzw. Leserkreisen

---

<sup>124</sup> Die *JF*-Sommeruniversität wurde nach der Distanzierung durch Dieter Stein, Chefredakteur der Jungen Freiheit, vorübergehend von der Münchner Burschenschaft Danubia geführt, dann von der Ferialverbindung Rugia Karlsbad.

in Bamberg und Nürnberg-Erlangen beteiligt. An dem zuletzt genannten waren Mitglieder der Erlanger Burschenschaft Frankonia beteiligt, wodurch deutlich wird, daß die NR vor allem attraktiv auf Studenten und Akademiker war und dies nach wie vor ist.

Die *JF*-Leserkreise in Berlin und Hamburg hatten auf Veranstaltungen bis zu 100 Teilnehmer, worunter sich aber – beispielsweise in Hamburg – Personen wie Reinhold Oberlercher einfanden, die von VS-Berichten als „Rechtsextremisten“ geführt werden. – Für Dieter Stein, den Chefredakteur der *JF*, bestand nun Handlungsbedarf. Wie bereits erwähnt, trennte sich die *JF* von ihren Leserkreisen, das heißt von ihrer aktiven Basis, und vom Begriff „Neue Rechte“ und dem der „Konservativen Revolution“. Zumal sich unter dem letztgenannten Begriff – der KR – viele eindeutige Anti-Demokraten befanden, die gegen die Weimarer Republik agitierten.

Ausdrücklich trennte sich die *JF* vom Kopf und Vordenker der deutschen Neuen Rechten Armin Mohler. Aber nicht nur das. „[...] Anfang 2019 wirft Dieter Stein, Chefredakteur der ‚Jungen Freiheit‘, den bis dato wichtigsten Erben um Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer, den Identitären und Björn Höcke mit einem Fundamental-Verriß eines Gesprächsbands von Höcke den Fehdehandschuh hin.“ (Hajo Funke<sup>125</sup>)

Eine Autorengruppe um den Politikwissenschaftler Kurt Lenk schrieb schon 1997 zutreffend: „Dabei sind Zeitschriften wie die *Junge Freiheit* oder die *Etappe* eifrig bemüht, eine allzu große Nähe zum Neonazismus zu vermeiden.“<sup>126</sup> Zunächst bezog sich die *JF* noch auf die KR, als diese aber die *JF* in die VS-Berichte zog, distanzierten sich Dieter Stein & Co. Auch von der KR.

Wie Mathias Brodkorb im Dezember 2009 berichtete, distanzierte sich Dieter Stein bereits im Dezember 2008 vom Begriff der „Neuen Rechten“, wohingegen Götz Kubitschek in einer kontroversen Debatte in einem Internetforum an dieser Selbstzuschreibung festhielt.<sup>127</sup>

Bei der Neuen Rechten um Götz Kubitschek hat diese Distanzierung von dem geistigen Erbe der „Konservativen Revolution“ (noch) nicht (partiell oder umfänglich) stattgefunden. – Insofern liegt auch Volker Weiß nicht unbedingt falsch, wenn er die heutige NR um Kubitschek

---

<sup>125</sup> Hajo Funke: Armin Mohler. Jünger-Schüler, Netzwerker und selbsterklärter Faschist. In: Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte. Hrsg. Von Ralf Fücks, Christoph Becker. Wochenschau Verlag, Frankfurt 2020, S. 155-175, hier S. 172.

<sup>126</sup> Kurt Lenk, Günter Meuter, Enrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten. Hrsg. Von Hans-Martin Lohmann, Alfred Pfaffenholz, Willem van Reijen, Martin Weinmann, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997, (= Reihe Campus Einführungen Bd. 1094), S. 11.

<sup>127</sup> Mathias Brodkorb: „Ende des Vertrauens?“ – Die Neue Rechte zerlegt sich selbst. Online-Magazin *Endstation Rechts*, 04.12.2009. – Bei dem Diskussionsforum im Internet, in dem der Streit zwischen Stein und Kubitschek ausgetragen wurde, handelt es sich um die *Blaue Narzisse*, einer Zeitschrift, die ansonsten gedruckt verbreitet wird.

zeitgeschichtlich und ideengeschichtlich den „Präsidentialregimen“ der Jahre 1930 und 1932 zuordnet. Der linke Historiker korrigiert damit auch den inflationären Gebrauch des Nazi-Vorwurfs gegen rechts.<sup>128</sup> Womit aber noch nicht entschieden ist, ob sich Kubitschek und Anhang schlichtweg als Verfechter einer Präsidentialdemokratie verstehen könnten – analog zu den gegenwärtigen Regimen von Putin, Orbán und Erdoğan usw. –, wobei man auch somit den Rahmen des Grundgesetzes verlassen würde, der ja – in seiner unveränderten Form – auf eine parlamentarische Demokratie festgelegt ist. Genau aber diesen Vorwurf würden Kubitschek und Waldstein vermeiden wollen, den Rahmen des GG in Richtung eines Präsidentsystems sprengen zu wollen.

### **Die Sander-Verehrer Kubitschek und Mölzer**

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der bizarre Streit um das geistige Vermächtnis von Hans-Dietrich Sander, der in der Kommentarspalte von *Sezession* ausgetragen wurde. Kubitschek selbst meinte – man beachte die Wortwahl –, daß „derzeit“ das Werk von Sander von Heiko Luge im Arnshaugk-Verlag herausgegeben werde. – Es ist kein Geheimnis, daß Kubitschek ein großer Sander-Verehrer ist, dessen Bücher er auch im Antaios-Verlag verkauft. Kubitschek möchte so sein wie Doktor Sander, wie auch Andreas Mölzer einmal schrieb, daß sein „Vorbild“ Sander sei. – Man kann aber nicht wirklich sagen, daß Kubitschek wie Mölzer ihrem Vorbild Sander inhaltlich nacheifern.

Kubitschek brachte sein Motiv wie folgt auf den Punkt, daß nämlich keiner in der Nachkriegsrechten so radikal, aber damit verbunden auch so machtlos gewesen sei wie Sander. Und Kubitschek möchte an die Macht kommen. So viel ist sicher. – Deshalb ist eben nicht jede Position, die Sander vertrat, heute schon für Kubitschek öffentlich „sagbar“. Kubitschek versucht deshalb Sanders Vermächtnis, das er insgesamt nicht vereinnahmen kann, weil ihm dabei Heiko Luge und Sanders Frau im Weg stehen, auf Reichs- bzw. Staufer-Nostalgie zu verkürzen. Daß Sander bekennender Antidemokrat war – und zwar in Bezug auf jede demokratische Regierungsform –, was er in den *Staatsbriefen* immer wieder so schrieb und dies auch zum Beispiel mir gegenüber so sagte, ist für Kubitschek und die „Neue Rechte“ heute noch nicht sagbar. Deshalb ergehen sich Kubitschek und Konsorten in Sander-Geschwurbel.

---

<sup>128</sup> Siehe den Vortrag von Volker Weiß, der (am 24.11.2020) auf YouTube zu hören war; ebd., ab Minute 44, wo Weiß die Formulierung „Präsidentsysteme“ gebraucht.

## **Das schwierige Erbe der „Konservativen Revolution“**

Das Sander-Geschwurbel Kubitscheks macht ein Theoriedefizit in dessen Spektrum deutlich. Kubitschek ist ja eher der Strategie als der Theoretiker. Nebenbei meinte einmal Benedikt Kaiser, daß Kubitschek ein Kritiker „großer Theorien“ sei.<sup>129</sup> Dies liegt aber nicht an einem möglichen Unvermögen, sondern folgt einem nüchternen Machtkalkül. Kubitschek geht es darum, Anschluß ans Mitte-Rechts-Spektrum der AfD und ähnlicher Milieus zu bekommen. Eine Systemkritik, die offen, das heißt öffentlich daherkommen würde, wäre diesem Ansinnen abträglich. Kubitschek würde als „Extremist“ dauerhaft in den VS-Berichten genannt und wäre somit eben dann nicht mehr anschlufähig an das Mitte-Rechts-Milieu.

Kubitscheks Gegenspieler im Spektrum der NR, Dieter Stein, ist den eindeutigeren, den konsequenteren Weg gegangen, um den Vorwurf der „Verfassungsfeindlichkeit“ zu umgehen. Wie bereits erwähnt, hatte sich die *Junge Freiheit* von ihren Leserkreisen in den Neunzigern ebenso getrennt wie von der Selbstbeschreibung „Neue Rechte“. Dieser NR möchte Dieter Stein ebenso nicht mehr zugehören, wie er auch das Erbe der KR, der „Konservativen Revolution“ ablehnt. Genau das ist nun das geistige Erbe, dem sich Götz Kubitschek und sein Milieu unbedingt zugehörig fühlen. Kubitscheks Problem liegt nun darin, daß er – wie beim Erbe Sanders – auch bei der KR schwurbeln muß, um seine Anschlußfähigkeit an das Mitte-Rechts-Spektrum nicht einzubüßen.

## **Sanders Verhältnis zu Hitler**

Die KR, die Armin Mohler nach dem Zweiten Weltkrieg in seiner Dissertation kreierte hatte, verheißt ja gerade die Möglichkeit, einen geistigen Traditionsbestand zu beanspruchen, der um den vergifteten Komplex Hitler, Nazismus und Holocaust einen großen Bogen macht. – Hans-Dietrich Sander soll sich auch einmal so geäußert haben. Dies sagte mir ein Rechtsanwalt aus Franken, der sich nach einem Vortrag Hans-Dietrich Sanders, den dieser auf einem Burschenschaftlerhaus in Erlangen Anfang der Neunziger gehalten hatte. Der mir bekannte Rechtsanwalt hatte diese Äußerung Sanders nach dessen Vortrag im kleinen Kreis gehört. Diese Äußerung paßt sehr wohl zu Sander, und zwar nicht deshalb, weil er selbst in dieser Sache

---

<sup>129</sup> Benedikt Kaiser: „Die Welt“ über Solidarischen Patriotismus; *Sezession*-Blog am 26.11.2020.

Opportunist gewesen wäre. Nein, dies war er nicht. Sander mußte sich von Hitler nicht distanzieren.

Neben den Schnittmengen, die alle national gesinnten Deutschen miteinander haben, war Sander schon rein habituell ein konträrer Typ zu Hitler. Sander war durch und durch preußisch-deutscher Bildungsbürger. Er war im Auftreten ein sachlicher, nüchterner Typ, er konnte, auch mir gegenüber, als Lehrer durchaus harsche Bemerkungen fallen lassen, aber nie unter der Gürtellinie. Sander war ein brillanter Autor, aber kein mitreißender Redner, er sprach sanft, sehr sanft. Das aufbrausende Element Hitlers war ihm fremd.

Sander erklärte mir in einem Gespräch, daß er von Rassentheorien nichts halte. Bei dem alten Fritz, der sicherlich unserem Typus entspreche, könne man bezüglich einer Rassenzugehörigkeit nicht viel sagen. Sander machte auch um Hitler keinen großen Bogen, weil er auch diese Person der Zeitgeschichte fair bewerten wollte. Ein opportunistischer Distanzierungsreflex, wie wir ihn beispielsweise von HC Strache kennen, der vor Jahren in einer *ORF-Talkshow* gegenüber Jörg Haider bissig sagte, Hitler sei ein „Verbrecher“ und sonst nichts, eine solche Haltung war meinem Lehrer Sander fremd. Sander war Sander, er mußte sich von niemandem distanzieren, denn er unterschied sich sehr wohl von vielen Menschen, auch von Hitler.

Sander distanzierte sich nicht einmal pauschal vom Dritten Reich; denn: „Die Verwerfung des Ganzen wird weder der Geschichte noch den Nachfolgeproblemen des Dritten Reiches gerecht.“<sup>130</sup> Über Hitler führte er aus: „Adolf Hitler verstand die deutsche Geschichte nach dem antäischen Gleichnis. Er war indessen nicht der Übermensch oder das Tier aus der Tiefe – wie Freund und Feind ihn sahen. Er war halbgenial. Er teilte dieses Schicksal mit Cromwell und Napoleon. Er löste viele Aufgaben vorbildlich. Ihrer Fülle war er nicht gewachsen. Er hätte den inneren Frieden herstellen müssen, wie das Cavour nach der Einigung Italiens tat, und im Krieg nicht als Unterdrücker auftreten dürfen, was den Sieg im Osten kostete. Cromwell, Napoleon und Hitler hätten aus der römischen Geschichte lernen können, wie man sich mit Besiegten verbündet. Aber es lag wohl nicht in ihrer Natur.“<sup>131</sup>

Sander bezog sich in seiner Zeitschrift *Staatsbriefe* auf wichtige Denker der KR, wie Carl Schmitt und Edgar Julius Jung, er benutzte aber diese Sammelbezeichnung „KR“ kaum. Wahrscheinlich auch deshalb, weil er in einem kritischen Verhältnis zum Schöpfer dieser

---

<sup>130</sup> Hans-Dietrich Sander: *Die Auflösung aller Dinge. Zur geschichtlichen Lage des Judentums in den Metamorphosen der Moderne.* Castel del Monte, München 1988, S. 162-163.

<sup>131</sup> Sander, ebd., S. 165-166.

Losung, zu Armin Mohler, stand. Sicherlich war für entsprechende Animositäten ein geistiges Konkurrenzverhältnis maßgeblich, schließlich bemühten sich beide, Sander wie Mohler, darum, als d e r Vordenker der deutschen Rechten zu gelten. Zumal auch Sander einen mit Bitternis gesäumten Weg der gesellschaftlichen Marginalisierung ging, während Mohler immerhin die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung leiten durfte.

## **Die Schwachpunkte der KR**

Es sollte uns nicht verwundern, daß politische Gegner aus dem linken Spektrum, gerade auch solche aus dem akademisch-wissenschaftlichen Betrieb, wie Volker Weiß, an dieser Stelle, an der Stelle „Hitler und Drittes Reich“, ihren Angriffspunkt sehen. Weiß meinte in einem Vortrag, daß Mohler in seiner Doktorarbeit über die KR die Verstrickungen der Personen dieses Spektrums, die nach 1932 im NS-Regime stattfanden, ausgespart habe. Weiß meint, NS und KR hätten sich überlappt, man könne sie nicht einfach so voneinander trennen.<sup>132</sup>

Analog hierzu meint eine Autorengruppe um den Politikwissenschaftler Kurt Lenk, daß es „[Z]u dieser Strategie gehört [...], die Konservative Revolution von jeglicher Beteiligung an der ideologischen Vorbereitung des Nationalsozialismus reinzuwaschen. Aus dieser Optik erscheinen die ‚konservativen Revolutionäre‘ als verkannte Einzelkämpfer, denen Unrecht geschah, sei es, weil ihre Ideen mißbraucht, sei es, weil manche ihrer Protagonisten verfolgt oder verfemt wurden, nachdem die Nazis an die Macht gelangt waren.“<sup>133</sup>

Es ist absolut irreführend, wenn Lenk und seine Autorengruppe, davon sprechen, daß es den Protagonisten des KR-Spektrums, das man auch als „Neuen Nationalismus“ bezeichnen kann, um eine „ideologische Vorbereitung“ der NSDAP-Machtergreifung gegangen wäre. – oftmals trifft das Gegenteil zu. Ernst Jünger, Ernst Niekisch und anderen ging es ja gerade darum, selbst an die politische Macht zu kommen, bzw. hierzu der NSDAP den Weg dorthin abzuschneiden. Die KR-Verfechter standen ja in einem ideologischen Konkurrenzverhältnis zur NSDAP, was ja gerade durch ideologische Schnittmengen zu ihr erklärbar ist.

---

<sup>132</sup> Siehe den Vortrag von Volker Weiß, der (am 24.11.2020) auf YouTube zu hören war, ebd., vor allem Minute 25-30.

<sup>133</sup> Kurt Lenk, Günter Meuter, Enrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten. Hrsg. Von Hans-Martin Lohmann, Alfred Pfaffenholz, Willem van Reijen, Martin Weinmann, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997, (= Reihe Campus Einführungen Bd. 1094), S. 11.

Einer der Schwachpunkte, der darin besteht, daß sich die Neue Rechte auf die KR-Tradition beruft, liegt, wie wir gesehen haben, in den Schnittmengen personeller und ideologischer Art zwischen KR-Gruppen und Personen einerseits und sogenanntem Nationalsozialismus andererseits. Damit sind allerdings die diesbezüglichen Schwachpunkte noch keinesfalls erschöpft. Ein weiterer besteht in dem unlösbaren Problem der Neuen Rechten, einen Spagat zwischen a) dem Gebot, nicht in die VS-Berichte zu kommen bzw. in diesen genannt zu werden, um sich gegenüber AfD und Mitterechtsspektrum nicht zu isolieren – bei den Spendern, Rednern,<sup>134</sup> bei Posten von Personen der Neuen Rechten in der AfD usw. –, und b) auch weiterhin an der KR-Tradition bzw. an deren Ideen festzuhalten, diese eben nicht wie Dieter Stein vor 20 Jahren zu verabschieden, um nicht dauerhaft in die VS-Berichte zu kommen.

Tatsache ist, daß die zentralen Standpunkte aller wesentlichen KR-Vertreter mit der sogenannten parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar sind. Vor allem die von Carl Schmitt,<sup>135</sup> aber auch die von Edgar Julius Jung, Oswald Spengler und anderen mehr. Das BRD-Grundgesetz bzw. die Freiheitlich Demokratische Grundordnung (FDGO) ist nun wirklich nicht mit den Positionen dieser KR-Vertreter vereinbar. Zumal das Grundgesetz der BRD ja noch mehr, reiner parlamentaristisch geprägt ist als die Weimarer Reichsverfassung, gegen die sich Schmitt wandte.

Mit der KR läßt sich sicherlich eine Präsidialdemokratie mit plebiszitären Elementen, wie die in Ungarn, Rußland und in der Türkei, rechtfertigen, aber eben keine parlamentarische Demokratie wie die der BRD.

Last but not least ist der genetisch grundierte Volksbegriff, den die Neue Rechte vertritt und den schon die KR-Vertreter, wenn auch im Durchschnitt nicht so rassistisch wie von Hitler und dergleichen, vertraten, nicht mit den „Grundrechten“ des Grundgesetzes vereinbar. Auch nicht in der verwässerten Form, wie ihn die Neuen Rechten vertreten.<sup>136</sup> Letztendlich geht es auch der Neuen Rechten darum, per „Ethnopluralismus“ die verschiedenen Völker und Rassen in getrennten Lebensräumen sich organisieren zu lassen.

---

<sup>134</sup> Beim Institut für Staatspolitik (IfS) sprachen die letzten Jahre unter anderen Alice Weidel, Alexander Gauland und auch Jörg Meuthen. Dies allerdings vor der Nennung von IfS, Antaios-Verlag und Sezession in diversen VS-Berichten.

<sup>135</sup> Die Carl Schmitt vor allem in seiner Schrift *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* dargelegt hatte (Erstausgabe 1923, 7. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1991).

<sup>136</sup> So meinte einmal Manfred Kleine-Hartlage, daß Deutschland heute bis zu 100.000 Schwarze assimilieren könne. Aber eben nicht so viele Afrikaner wie die zig Millionen in Frankreich lebenden.

Zu den unveränderbaren Grundrechten des GG zählt die „Würde des Menschen“ (Artikel 1 GG), die zu wahren sei, die als Menschenrecht von BRD-Verfassungsrichtern „antirassistisch“ ausgelegt wird.

Hinzu kommt folgende Bestimmung, die im GG enthalten ist: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ (Artikel 3 GG) Daß diese Bestimmung von BRD-Verfassungsrichtern so ausgelegt wird, daß etwa bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft und beim Recht, in Deutschland zu leben, niemand rassistisch oder religiös (Islam!) diskriminiert werden darf, ist doch völlig klar.

Es zeugt deshalb von fruchtlosen Bemühungen, wenn Vertreter der Neuen Rechten, wie Thor von Waldstein, immer wieder versuchen, dies in Frage zu stellen, mit dem Hinweis, daß die Verfassungsväter des GG doch wie selbstverständlich damals „deutsches Volk“ als Abstammungsgemeinschaft verstanden hätten.<sup>137</sup>

### **Der „Pappkamerad Mohler“ des Volker Weiß**

Immer wieder behaupten Volker Weiß und andere akademische Gegner, Armin Mohler habe willkürlich die Konservative Revolution geschaffen. – Im Grunde genommen hat sich Weiß dabei einen „Pappkameraden Mohler“ aufgebaut, auf den er fleißig einschlägt, den es aber nur in seiner eigenen Phantasie gibt. Denn Mohler hat in seiner Arbeit überhaupt nicht behauptet, die KR sei mit dem NS nicht verwoben gewesen; er führte hierzu unmißverständlich aus: „Es soll dabei nicht behauptet werden, daß die beiden Stränge [NS und KR; J. Schw.] nichts miteinander zu tun hätten. Im Gegenteil: der Überschneidungsstellen sind nicht wenige, und nur zu oft verwickeln sie sich in einer Weise, die nicht frei von Schuld ist.“<sup>138</sup>

---

<sup>137</sup> Zu Waldsteins Bezugnahme auf die „Väter und Mütter des Grundgesetzes“ vgl. Minute 7-8 des YouTube-Films: Thor v. Waldstein „Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?“ Waldstein sprach am 16. Mai 2018 beim Staatspolitischen Salon des Instituts für Staatspolitik (IfS) in Berlin über die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich des „ethnischen Volksbegriffs“. –Waldstein unternahm dabei den Versuch nachzuweisen, daß der ethnische Volksbegriff bzw. der Ethnopluralismus, den die Neue Rechte verfißt, mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

<sup>138</sup> Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland, 1918-1932 [Die Erstfassung wurde am 29.06.1949 an der Universität Basel als Dissertation angenommen]. Ein Handbuch. Dritte, um einen Ergänzungsband erweiterte Auflage von 1989, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. XXVII (Vorwort zur Erstausgabe).

Eine Seite weiter schreibt Mohler, daß der zeitlich zu kurze Abstand nach dem Kriege für ihn eine Untersuchung der Überschneidungen von NS und KR noch nicht ermöglicht habe. Hierzu bedürfe es eines zeitlichen Abstands. Mohler bekräftigt seine Intention in Bezug auf künftige Untersuchungen: „Eines aber kann über eine solche Darstellung schon jetzt gesagt werden: sie muß von jenem Überschneiden der beiden Stränge ausgehen, wenn sie die eine Grundtatsache der nationalsozialistischen Entwicklung nicht verfehlen will – die nämlich, daß der Nationalsozialismus nicht am 30. Januar 1933 fertig ausgebildet dasteht, sondern sich in langsamer Wandlung während jener anderthalb Jahre und auch noch weit darüber hinaus um- und weiterbildet.“<sup>139</sup>

Mohler meint damit, daß insbesondere viele jungkonservative Publizisten wie Carl Schmitt und Edgar Julius Jung bis zum 30. Juni 1934 sehr wohl Mitwirkungsmöglichkeiten im Hitler-Regime fanden, danach aber deren Einflußmöglichkeiten schwanden. Dies ist absolut zutreffend.

Mohler scheut sich auch nicht darauf hinzuweisen, daß seine Arbeit über die KR der „konservativen Intelligenz Deutschlands“ nach 1945 in die Karten spielte, nämlich indem diese Doktorarbeit die deutschen Konservativen „gegen die damals (und heute immer noch) üblichen Verallgemeinerungen und Vereinfachungen in Schutz genommen“ hatte.<sup>140</sup> Insofern ist es unsinnig, wenn Volker Weiß diese Entlastungsfunktion von Mohlers Arbeit entlarven möchte, da Mohler dieses Thema selbst in aller Offenheit ansprach.

Selbst mir fällt an dieser Stelle spontan der Name A. Paul Weber ein, der sich vor 1933 um den Nationalrevolutionär Ernst Niekisch scharte, für dessen Zeitschrift *Widerstand* auch NS-kritisch zeichnete, später sich als Zeichner in den Dienst der NS-Propaganda stellte. Und Niekisch selbst, zweifellos ein Gegner Hitlers, durfte seinen *Widerstand* immerhin bis zum Verbot 1934 herausgeben. Der Herausgeber wurde mit seiner Familie im März 1937 verhaftet und blieb bis zum Mai 1945 politischer Gefangener. Aber immerhin konnte Niekisch bis 1937 in abgeschwächter Form und auch konspirativ weiter agieren.

Weitere Beispiele dafür, wie Widerstand und Anpassung fließend ineinander übergingen, finden sich viele. Wilhelm Stapel beispielsweise trat ab 1931 für den NS ein, wollte seine christlich-protestantischen Positionen in diesen einbringen, geriet aber nach Hitlers Regierungsantritt immer mehr in Konflikt zum Regime, weshalb er sich 1938 als Herausgeber von *Deutsches Volkstum* zurückzog.

---

<sup>139</sup> Armin Mohler, KR, ebd., S. XXVIII-XXIX.

<sup>140</sup> Mohler, ebd., S. XXV.

Friedrich Georg Jünger hielt sich vom NS fern, durfte 1934 in seiner Elegie *Der Mohn* zwischen den Zeilen das Regime kritisieren. Er veröffentlichte in Deutschland bis zum Ende von Hitlers Herrschaft, obwohl er nicht einmal Mitglied der Reichsschrifttumskammer gewesen war.<sup>141</sup>

Dessen Bruder Ernst Jünger ging vor 1933 auf Angebote von Goebbels, ihm ein Reichstagsmandat der NSDAP zu verschaffen, nicht ein, konnte aber im Dritten Reich – in innerer Emigration – noch weiter veröffentlichen. Demgegenüber konnte ein Thomas Mann bequem und gefahrlos von Kalifornien aus gegen das NS-Regime und auch gegen seine deutsche Heimat insgesamt agitieren. In seinen jungen Jahren schlug Thomas Mann in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1915–1918) noch ganz andere, nämlich nationalkonservative Töne an, gilt deshalb auch als ein Vorläufer der KR. Diese wenigen Lebenslaufskizzen verdeutlichen, daß dieser Komplex „KR“ und seine Nähe bzw. Distanz zum NS-Regime doch sehr differenziert zu betrachten ist.

Diese und noch mehr Lebensläufe aus dem Spektrum der KR machen zudem deutlich, warum Mohler seinen Untersuchungszeitraum von 1918 bis 1932 begrenzt, was Volker Weiß als „groben Unfug“ hinstellt,<sup>142</sup> Ende 1932 abrupt enden läßt. Es war nämlich ab dem 30. Januar 1934 nicht mehr möglich, auch als Rechtsintellektueller, völlig unabhängig von der NSDAP und dem Hitler-Regime eine Zeitschrift oder ein Buch herauszubringen bzw. einen Vortrag vor größerem Publikum zu halten. Dies war natürlich bis zum Regierungsantritt Hitlers, in der Weimarer Republik, sehr wohl möglich. Genau darin bestand ja die Absicht Mohlers, zu zeigen, daß es von 1918 bis 1932 in Deutschland ein von der NSDAP unabhängiges intellektuelles rechtes Spektrum gegeben hatte.

## **Die Heterogenität des KR-Spektrums**

Der Umstand der unterschiedlichen Gruppen, die Mohler zur KR zusammenfaßte, führt Volker Weiß zu seinem Vorwurf, daß es sich um eine „Konstruktion“ handeln würde.<sup>143</sup> – Aber auch in diesem Fall baut Weiß seinen „Pappkameraden Mohler auf“, um ihm eine KR-„Konstruktion“ zu attestieren. Tatsächlich hatte Mohler in seinem Standardwerk (O-Ton Weiß: „Pamphlet“)

---

<sup>141</sup> Die biographischen Daten sind Wikipedia entnommen.

<sup>142</sup> Siehe den Vortrag von Volker Weiß, der (am 24.11.2020) auf YouTube zu hören war; ebd., Minute 28.

<sup>143</sup> Volker Weiß, YouTube, ebd. – Für Stefan Breuer ist das „Syntagma Konservative Revolution [...] eine der erfolgreichsten Schöpfungen der neueren Ideengeschichtsschreibung.“ (Stefan Breuer: *Anatomie der konservativen Revolution*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt 1993, S. 1.)

immerzu den Begriff „Konservative Revolution“ in An– und Abführungszeichen gesetzt. Der Begriff „KR“ stammt unter anderem von Hugo von Hofmannsthal.<sup>144</sup>

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch der konservative Wissenschaftler Günter Maschke Zweifel an der Klammer der KR hegte. Maschke warf die Frage auf: „[...] doch was ist das die ‚Konservative Revolution‘ einende, einigende Band? Mehr als antiliberaler und antidemokratischer Argumente und Affekte, mehr als der Kampf gegen Versailles und gegen den Betrug des Völkerbundes?“<sup>145</sup>

Mohler hatte nie einen Zweifel daran gelassen, daß er, Mohler, es gewesen war, der die doch heterogenen Gruppen – Jungkonservative, Völkische, Bündische, Nationalrevolutionäre, Landvolkbewegung – unter dem Sammelbegriff der „KR“ zusammengefaßt hatte. Mohler hatte also niemals etwas anderes behauptet, als daß es sich um s e i n e Konstruktion handelt, unter „KR“ alle diese Gruppen zusammenzufassen.

Mohler hatte eben nicht behauptet, es habe in der Weimarer Republik eine „KR“-Fahne bzw. eine solche „KR“-Losung gegeben, unter der bzw. um diese herum sich alle diese Gruppen gesammelt hätten. Aber sehr wohl gab es die Schrift *Der Neue Nationalismus und seine Literatur*, in der schon 1933, also unmittelbar nach dieser Phase, viele dieser Gruppen und Personen verzeichnet waren.<sup>146</sup> Dieser Sammelbegriff, der des „Neuen Nationalismus“, so meine Überzeugung, ist auch der zutreffendere, der damaligen Zeit besser entsprechende, als der nachträglich verpaßte, eher harmlos klingende Begriff der „Konservativen Revolution“.<sup>147</sup>

Allerdings hatte Mohler sehr wohl begründet, w a r u m er alle diese Gruppen unter „KR“ zusammengefaßt hatte; wo denn bei allen Unterschieden in der Ideologie doch die Gemeinsamkeiten liegen. Die KR, wie sie Mohler posthum zusammenstellte, war zu ihrer Zeit, also zwischen 1918 und 1932, die „Neue Rechte“. Mohler selbst nannte die „KR“ natürlich nicht „Neue Rechte“, weil – logischerweise – zu seiner Zeit, 1949, als er seine Dissertation an der Universität Basel einreichte, die KR der Weimarer Zeit eben nicht mehr „neu“ war. Deshalb

---

<sup>144</sup> Mohler, ebd., S. 10: Der Begriff „KR“ sei 1927 bei Hugo von Hofmannsthal noch nicht „unmittelbar politisch gemeint“ gewesen.

<sup>145</sup> Günter Maschke: Verräter schlafen nicht. Gespräche mit Günter Maschke. Hrsg. von Sebastian Maaß. 2., korrigierte Auflage, Regim-Verlag, Kiel 2012 [AD REM, Band 2; 2011], S. 98.

<sup>146</sup> Wolfgang Hermann: Der neue Nationalismus und seine Literatur. Ein besprechendes Auswahlverzeichnis. [Erstausgabe bzw. erste Auflage 1933, Stettin] Zweite, überarbeitete Auflage im San Casciano Verlag, Limburg an der Lahn 1994 [= Schriftenreihe zur Konservativen Revolution, Nr. 1].

<sup>147</sup> Für Stefan Breuer ist „Konservative Revolution [...] ein unhaltbarer Begriff, der mehr Verwirrung als Klarheit stiftet. Er sollte deshalb aus der Liste der politischen Strömungen des 20. Jh. gestrichen werden.“ (Stefan Breuer: Anatomie der konservativen Revolution. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1993, S. 181.) Breuer bevorzugt stattdessen den Begriff des „Neuen Nationalismus“. (ebd., S. 181-182.)

wählte er wohl den Begriff „KR“ rückblickend. Mohler schaute ja immerhin 20 Jahre und länger auf seinen Forschungsgegenstand zurück.

Mohler macht in seinem Hauptwerk auch deutlich, worin der inhaltliche gemeinsame Kitt der KR-Gruppen lag. Zum einen wandte man sich gegen das Erbe von „1789“ und die Aufklärung,<sup>148</sup> die den Individualismus, das heißt die Auflösung organischer Gemeinschaften bewirkten; zum anderen hatten die KR-Gruppen eine Tendenz zur Abwendung vom Christentum. Die Redewendung „christlich-konservativ“ war in dem Spektrum der KR eben nicht mehr selbstverständlich, man war rechtskonservativ, ja, aber nicht mehr durchgehend christlich. Sicherlich, in der KR gab es viele getaufte oder gar praktizierende Christen, aber der Schwerpunkt lag in weltanschaulicher Hinsicht bei der KR insgesamt nicht mehr auf dem Christentum.<sup>149</sup>

Ausnahme bildeten dabei noch eher die Jungkonservativen, die noch einigermaßen geschlossen christlich waren wie die Altkonservativen, allerdings wandten sich die Jungkonservativen von den alten Monarchien ab, waren also in der Hinsicht „jung“. Diesen Befund können wir gut an dem Beispiel Carl Schmitt festmachen, der sehr wohl katholisch war, aber eben kein katholischer Autor. Schmitt war kein Vertreter des publizistischen Katholizismus.

Das Christentum, so Mohler, wurde von vielen Protagonisten der KR in seiner geschichtslinaren Denktradition (vom Kreuzestod Jesus bis zum Jüngsten Gericht) als wesensverwandt zu den Philosophien der Aufklärung (Hegel usw.) gesehen. Mohler verwendet hierbei die Dichotomie von „Linie und Kugel“.<sup>150</sup> Später sollte Alain de Benoist, der neurechte Vordenker aus Frankreich, diese Position aufgreifen.<sup>151</sup>

Aber natürlich hat Weiß recht damit, daß sich die KR-Vertreter bei allen Unterschieden darin einig waren, die Weimarer Republik abzulehnen. Genau dies ist dann auch der Grund, warum sich die „Neue Rechte“ heute beispielsweise nicht explizit auf die fundierte

---

<sup>148</sup> Breuer sieht in dem Syntagma „Konservative Revolution“ eine „Contradictio in adiecto“, einen Widerspruch in sich, also in der Wortverbindung selbst. (Breuer, ebd., S. 4.) Würde man den Bestandteil „Revolution“ mit „Gegenrevolution“ (gegen das Erbe von 1789 usw.) übersetzen, ergäbe die „KR“ dann doch einen Sinn. Der wirklich revolutionäre Anspruch bestünde dann darin, daß die Protagonisten der KR nicht vor die Ära von 1789 zurück wollten, also in die altueopäische *societas civilis*, sondern daß man sehr wohl modernen Lösungen aufgeschlossen war. Wobei man diesbezüglich dem faschistischen Ansatz nicht widersprochen hat.

<sup>149</sup> Mohler, KR, ebd., S. 117 ff.

<sup>150</sup> Mohler, ebd., S. 82-86.

<sup>151</sup> Vgl. Alain de Benoist: Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen. Junge Freiheit Verlag, Berlin 2004 (= Edition JF).

Parlamentarismuskritik des Carl Schmitt bezieht; bei Bezugnahme darauf würde die NR nämlich ganz gewiß in den VS-Berichten landen.

Im übrigen ist die Feststellung banal, daß Geisteswissenschaftler selbst keine unbeschriebenen Blätter sind, die deshalb neben ihrem wissenschaftlichen Arbeiten auch eigene politische Überzeugungen in dieses mit einfließen lassen. Das wird auch bei Volker Weiß nicht anders sein – bei seinem Kampf gegen rechts. Da versucht er eben, die heutige NR möglichst nahe zur Alten Rechten zu rücken und die Tradition der KR in weitgehender Übereinstimmung zum NS-Regime.

Sicherlich kann man – einerseits – an Mohlers Standardarbeit bemängeln, daß er in dieser das nicht selten auftretende Näheverhältnis von KR-Protagonisten zum NS-Regime zwischen 1933 und 1945 nicht eingehender beleuchtet hatte, was er mit der zu geringen zeitlichen Distanz, die 1949 bei Abgabe seiner Dissertation, gegeben gewesen sei, vielleicht unzureichend begründet hatte. Andererseits sollte sich Volker Weiß, der die KR pauschal dem „Faschismus“ zuordnet, einmal mit der Redewendung Mohlers selbstkritisch befassen, daß nämlich die „Zeit der ‚schrecklichen Vereinfachungen‘ noch nicht vorüber“ sei.<sup>152</sup>

### **Wer war der Hauptfeind der KR?**

Eine Frage, die im Zusammenhang mit der KR nicht unbeantwortet bleiben sollte, ist die nach ihrem Hauptfeind; sofern man überhaupt diese Frage für ein doch heterogenes politisches Spektrum punktgenau beantworten kann. Stefan Breuer bringt zwei mögliche „Antworten“ ins Spiel: „der Marxismus, die Arbeiterbewegung, die sozialistischen Parteien und Verbände“, wobei diese Position bereits Lukacs bezogen hatte.<sup>153</sup> Nach der anderen Lesart sei für die KR der Liberalismus der Hauptfeind gewesen. Breuer tendiert zum Liberalismus als Hauptfeind der KR,

---

<sup>152</sup> Mohler, KR, ebd., S. 168 (Nachworte). – Gegen eine pauschale Zuordnung der KR-Protagonisten zum Faschismus sprechen nicht so sehr inhaltliche, weltanschauliche Differenzen. Vielmehr war vielen KR-Leuten eine akademisch, elitäre, bildungsbürgerliche Grundhaltung zu eigen, die ihnen die faschistischen Massenbewegungen Hitlers und Mussolinis als zu pöbelhaft erscheinen ließen. – Als inhaltliche Differenz würde ich den Hitlerschen Antisemitismus ins Spiel bringen. Sicherlich, nach den Maßstäben der heutigen politischen Korrektheit hatte sich auch ein Ernst Niekisch antisemitisch geäußert. Aber dieses Thema „Juden“ war für Niekisch ein Nebenthema, während Hitler seinen „Radikalfaschismus“ (Ernst Nolte) ja gerade in seiner Agitation gegen den „jüdischen Bolschewismus“ entwickelte.

<sup>153</sup> Stefan Breuer: Anatomie der konservativen Revolution, ebd., S. 49. – Breuer bezieht sich auf Georg Lukacs: Die Zerstörung der Vernunft, Band I, Vorwort. Neuwied.

wobei sich „nicht behaupten“ lasse, „daß die Konservative Revolution für die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen sehr viel übrig gehabt hätte.“<sup>154</sup>

Dem möchte ich nicht widersprechen. Es sei lediglich die Einschränkung angebracht, daß die Nationalrevolutionäre, vor allem die tatsächlichen Nationalbolschewisten, zu den roten Parteien (KPD, SPD, USDP) und Gewerkschaften tatsächlich ein Näheverhältnis hatten.

Allerdings gelingt es Breuer nicht, zu erklären, worin dieses „sowohl als auch“ in der Ablehnung der meisten Vertreter der KR in Bezug auf Liberalismus und zugleich linke Ideologien und Organisationen gelegen hatte. – Nämlich ganz einfach in der Ablehnung der „Ideen von 1789“ und der Aufklärung. Die linken Ideologien, vor allem auch die von Marx und Engels, waren im Grunde genommen nur eine linke Abzweigung der Ideen der bürgerlichen Aufklärung. Sozusagen eine Weiterentwicklung. Ernst Niekisch brachte diesen Zusammenhang wie folgt auf den Punkt:

„Deutschlands Wiedergeburt ist nur möglich innerhalb einer umfassenden Auseinandersetzung mit den Ideen von 1789, mit dem Gedankengut des Aufklärungs- und Humanitätszeitalters. [...] Die Ideen von 1789 sind verkörpert im modernen Individualismus, in der bürgerlichen Welt- und Wirtschaftsauffassung, im Marxismus, im Parlamentarismus und in der modernen Demokratie.“<sup>155</sup>

Dem gerade auch von Georg Lukacs erhobenen Vorwurf, der Anti-Liberalismus der KR habe einen auf die Wirtschafts- und Eigentumsordnung bezogenen Antikapitalismus ausgespart, muß man zustimmen, aber von diesem Vorwurf doch insbesondere bestimmte Vertreter der Nationalrevolutionäre ausklammern. Aber auf den Rest, insbesondere auf die Jungkonservativen wie Edgar Julius Jung trifft dies zweifellos zu.

Der zuletzt genannte Personenkreis war somit auch anschlussfähig an den NS bzw. an den Faschismus. Gerade auch Hitler und Mussolini ging es ja darum, die Eigentumsordnung des Kapitalismus nicht fundamental in Richtung umfassender Sozialisierungsmaßnahmen umzugestalten, sondern die Expansionskraft, die der kapitalistischen Eigentumsordnung innewohnt, für eine imperialistische Expansion nach außen zu nutzen. Hinzu kamen Argumente der „Leistungsgesellschaft“ und auch solche des Sozialdarwinismus, denen zufolge sich die von

---

<sup>154</sup> Breuer, ebd., S. 49.

<sup>155</sup> Ernst Niekisch: Die Politik des deutschen Widerstandes (1930). In: Widerstand, V, 4, Berlin im April 1930. Zitiert nach: Karl Otto Paetel: Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland. Geschichte, Ideologie, Personen. Verlag S. Bublies, Schnellbach 1999, S. 282- 285, hier S. 282.

Natur aus Tüchtigen und Begabten gegenüber den geistig und körperlich Minderbemittelten durchzusetzen haben.

Hitler und Mussolini, und mit ihnen ein großer Anteil der KR, wollten in geistesgeschichtlicher Hinsicht vor das Jahr 1789 – mit seinen „destruktiven Ideen“ (Werner Bräuninger<sup>156</sup>) zurück –, manche der alteuropäischen Rechten, die dem Katholizismus verpflichtet sind, möchte vor das 16. Jahrhundert, also vor die Reformation Luthers, Hus', Calvins usw., zurück. – Was natürlich nicht bedeutet, daß die genannten Personenspektren, insbesondere die Protagonisten des Faschismus und des NS auf die Errungenschaften der Naturwissenschaften und der modernen Technik, nicht nur der Waffentechnik und des Automobils, der Flugzeuge („Hitler über Deutschland!“) verzichten wollten, wie auch heutige Rechte das Internet nutzen und so weiter und so fort.<sup>157</sup>

Daß die meisten Protagonisten der KR in den genannten Punkten mit den Faschisten und sogenannten Nationalsozialisten übereinstimmten, ist freilich kein Argument für eine völlige inhaltliche Übereinstimmung zwischen den beiden Strängen, wie dies unter anderen Volker Weiß behauptet. Der wesentliche Grund, warum es bis Ende 1932 von der NSDAP unabhängige Verlage, Zeitschriften usw. der rechten Intelligenz gegeben hatte, hing mit dem Massencharakter der Hitlerbewegung zusammen, die den Gebrüdern Jünger oder Edgar Julius Jung zu „pöbelartig“ bzw. zu plebejisch gewesen war.

### **Armin Mohlers Bekenntnis zum Faschismus**

War die KR nicht eine nach 1945 galantere Bezeichnung für „Faschismus“? – Von den linken und liberalen akademischen Gegnern wird nicht selten genau dies behauptet. Schließlich hatte sich Armin Mohler in seiner späten Lebensphase, als er materiell seine Schäflein im Trockenen

---

<sup>156</sup> Werner Bräuninger: *Wille und Vision. Typus und Gestalt souveräner Menschen*. 1. Auflage, VGB-Verlagsgesellschaft Berg, Berg 1997, S. 15.

<sup>157</sup> Eine rechte, vor allem konservative Position wird aber in den seltensten Fällen in Technik-Euphorie ausarten. Technik-Skepsis, wie sie manche KR-Protagonisten vertraten, bedeutet aber nicht automatisch, sich gegen technische Neuerungen zu stellen, vor allem dann nicht, wenn sie das eigene Handeln und das der eigenen Nation begünstigt. – Vgl. hierzu auch Breuer, ebd., S. 70-78. - Eine schwankende Position zur Technik nahm Ernst Niekisch ein, der 1929 in einem Aufsatz (*Der sterbende Osten. Das Gift der Zivilisation*) für eine Ostorientierung eintrat, die mit Deindustrialisierung und Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat einhergehen sollte. (vgl. Breuer, ebd., S. 73.). In seinem Buch *Die dritte imperiale Figur* (1935) war dann von Rückzug aus der Technik keine Rede mehr. Nun war der Arbeiter im Maschinenzeitalter Niekischs Dreh- und Angelpunkt.

hatte, selbst zum „Faschismus“ bekannt.<sup>158</sup> Und nicht nur dies, er definierte Faschismus und KR als Wesensverwandt:

„Faschismus ist für mich, wenn enttäuschte Liberale und enttäuschte Sozialisten zu etwas Neuem zusammenfinden. Daraus entsteht, was man konservative Revolution nennt.“<sup>159</sup>

Hat Mohler somit eingestanden, daß KR, wie er sie nach 1945 nannte, und Faschismus ein und dasselbe sind? Das kann man so sehen. Aber dies ist im Grunde genommen ein Selbstbekenntnis des Deutschschweizers. Davon unabhängig ist der Gegenstand, das gesamte damalige Personen-, Organisations- und Verlagsspektrum der KR zu sehen. – Kann man allen Ernstes den Nationalrevolutionär Ernst Niekisch als „Faschisten“ bezeichnen, oder die Jungkonservativen Wilhelm Stapel und Edgar Julius Jung? Ich meine nicht. Niekisch ließ sich von der NSDAP nicht vereinnahmen. Allerdings waren viele Jungkonservative anschlussfähig an die NSADAP. Dafür gab es nicht nur den Grund inhaltlicher Überschneidungen, sondern auch Karrieregründe, wie dies auf Carl Schmitt und Martin Heidegger zutrif.

Aber nicht nur dies, mancher, der wie Schmitt und Heidegger im NS-Staat (akademische) Karriere machen wollte, dem ging es auch darum, diesen Staat im eigenen Sinne zu verändern. – Heidegger ging es darum, seine existenzphilosophische Auslegung von Volksgemeinschaft<sup>160</sup> dem neuen System näherzubringen, womit er scheiterte. Das NS-System blieb bei seiner biologisch-rassisch bestimmten Vorstellung von Volksgemeinschaft. – Ebenso sind die Bemühungen Schmitts zu bewerten, der meinte, den Einfluß der Partei, der NSDAP, im neuen Staat zurückdrängen zu können, wofür er vom SS-Organ *Das schwarze Korps* eine deutliche Absage erhielt.

Nach diesem ausgreifenden Exkurs in die Ideengeschichte der KR bleibt noch die Frage zu klären, in wie fern die heutige „Neue Rechte“ sich positioniert. Wer ist der „Hauptfeind“ der NR? Ganz gewiß auch, wie bei der KR, der Liberalismus, hinzu tritt in unterschiedlicher Intensität der Islamismus, natürlich auch die Linke. Ein substantieller Antikapitalismus, der auch die Eigentumsordnung anspricht, finden wir bei einer Minderheit der deutschen NR vor, allen voran Benedikt Kaiser, der auch in diesem Punkt den Positionen Benoists ähnelt.

---

<sup>158</sup> „Ich bin Faschist“; Interview mit Armin Mohler, in: Leipziger Volkszeitung, 25.11.1995.

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> Vgl. hierzu Martin Heidegger: Sein und Zeit. [Zuerst erschienen 1927 als Sonderdruck aus „Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung“, Bd. VIII, hrsg. Von Edmund Husserl] 19. Auflage im Max Niemeyer Verlag, Tübingen 2006, § 74, S. 384: „Wenn aber das schicksalhafte Dasein als In-der-Welt-sein wesenhaft im mitsein mit Anderen existiert, ist sein Geschehen ein Mitgeschehen und bestimmt als Geschick. Damit bezeichnen wir das Geschehen der Gemeinschaft des Volkes.“

## **Was tun – A – ? – Denken in Systemen**

Es bleibt die Frage offen: Was will nun die „Neue Rechte“? – Den „Großen Austausch“ verhindern. – Aber lassen wir uns nichts vormachen. Der „Große Austausch“ wird auf Grundlage des bei uns vorherrschenden Systems der Menschenrechte, des Kapitalismus und einer Scheindemokratie, die man besser als Oligarchie bezeichnen sollte, nicht aufzuhalten sein, geschweige denn rückgängig gemacht.<sup>161</sup> Zumindest nicht auf lange Zeit.

Aber wir sollten schon so ehrlich sein, daß die „Alte Rechte“ auf die Herausforderungen unserer Zeit eben auch keine wirklich überzeugende Antwort hat. Müssen wir deshalb verzweifeln, weil wir ohnmächtig sind? Oder sollen wir der „Neuen Rechten“ die Daumen drücken, die etwas erfolgreicher in einem System wirkt, das aber am Ende nicht die Probleme des Niedergangs unserer Heimat, unseres deutschen Volkes und Europas lösen wird? Oder müssen wir uns eine neue Synthese schaffen, ein neues Werkzeug, mit dem wir die uns bedrückenden Probleme lösen können? Wieviel Zeit bleibt uns noch?

Auf jeden Fall tut Systemkritik bzw. Denken in Systemen Not. – Genau daran hapert es bei der deutschen Rechten am meisten. Im nachfolgenden Kapitel geht es genau darum.

### **Teil B:**

#### **Die deutsche Rechte und das BRD-System**

Innerhalb der deutschen nationalen Opposition gibt es heute in etwa drei Positionen, wie man zum BRD-System steht. Karrierebewusste Rechtspopulisten, Nationalliberale, Nationalkonservative und sogenannte Neue Rechte befürworten das BRD-System mit samt Grundgesetz – und sei dies nur aus taktischen Erwägungen.<sup>162</sup> Diverse klischeehafte Neonazis

---

<sup>161</sup> Allerdings dämmert dies mittlerweile Martin Sellner. Der Führungskader der österreichischen NR schreibt neuerdings über die „Rolle des erfolglosen Belagerers“. Sellner bezieht sich dabei auf das Buch *Provokation* von Götz Kubitschek. Die beiden gestehen sich ein, daß das System von der NR nicht einzunehmen ist, die NR nur noch fähig ist, ein alternatives Lager zur eigenen Versorgung einzurichten. Es ist das Eingeständnis des eigenen Scheiterns (Siehe: Martin Sellner: Erfolgreiche Belagerer, Selbstretter, Akzeleration, Sezession-Blog, 13.10.2020.).

<sup>162</sup> So meinen die „Neuen Rechten“ Götz Kubitschek und Thor von Waldstein, allen Problemen der BRD mit dem „Besteck des Grundgesetzes“ beikommen zu können.

lehnen die BRD ab, weil sie eine Demokratie sei.<sup>163</sup> Demgegenüber lehnen Nationalrevolutionäre und wirkliche Nationale Sozialisten dieses politische System ab, eben weil es keine echte Demokratie ist, weshalb diese falsche „Demokratie“ durch eine wirkliche Demokratie – mit gewähltem Staatspräsidenten und Volksentscheiden – zu ersetzen ist.<sup>164</sup>

### **Die Pseudo-„Systemkritik“ der Neuen Rechten**

Die Vertreter der sogenannten Neuen Rechten zeichnen sich dadurch aus, daß sie aus taktischen oder Überzeugungsgründen an der institutionellen Ordnung von Grundgesetz und FDGO festhalten. Hierzu nur ein Beispiel. In einem Gespräch, das als YouTube-Film in der Reihe „Kanal Schnellroda“ im Internet abzurufen ist bzw. war, ruft Götz Kubitschek dem politisch herrschenden Personal zu: „Finger weg von erbeuteten Institutionen. Also die Institutionen befreien, damit sie nicht die Beute der Parteien bleiben, sondern in ihre gesamtstaatliche Würde zurückgeholt werden.“<sup>165</sup>

Man könnte es nun für möglich halten, daß Kubitschek hier nur seine Überzeugung ausdrückt, daß er wirklich den Parlamentarismus der Grundgesetz-BRD institutionell erhalten möchte, die Parteien nur von den Institutionen fernhalten möchte. Dagegen spricht die direkt auf seine Ausführungen folgende Einlassung Erik Lehnerts, der von „Haldenwang“ spricht,<sup>166</sup> dem Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, also von der Drohkulisse „Nennung in den VS-Berichten.

Fassen wir zusammen: Davon, daß man die Institutionen des Grundgesetzes durch alternative Institutionen, durch eine andere Verfassung ersetzen sollte bzw. könnte, ist bei dem verfassungstreuen neuen Rechten Kubitschek überhaupt keine Rede. Und man legt sich auf derartige „verfassungsfeindliche“ Positionen schon gar nicht fest.

Dessen ungeachtet stänkert man hin und wieder in der AfD von Höcke und Gauland und auch in Schnellroda gegen das „System“ an. Davon sollte man sich als deutscher Nationalist nicht beeindruckt lassen, denn mit dem Schlagwort „System“ ist bei der Neuen Rechten und bei der

---

<sup>163</sup> Aus dem NS-Spektrum werden die Verfechter des BRD-Systems als „Demokröten“ bezeichnet.

<sup>164</sup> Das ist die Position, die der Verfasser dieser Zeilen vertritt.

<sup>165</sup> YouTube-Film (ausgewertet am 26.01.2022), Kanal Schnellroda. „Die Krisentrinker – Irgend so ein Haldenwang“, Minute 23.

<sup>166</sup> Ebd., S. 23-26. Lehnert spricht zurecht an, wie denn der BRD-Parteienstaat ohne Änderung der Institutionen, er spricht den „Volksentscheid“ an, zu kurieren sei. Aber dann kommt „Haldenwang“.

AfD sowieso nicht eine Kritik am Staatsaufbau, an den Institutionen, des BRD-Systems gemeint. Es wird weder der Parlamentarismus, also die parlamentarische Regierungsbildung gemäß Artikel 63 GG, noch der Kapitalismus auf gesellschaftlich-wirtschaftlicher Ebene infrage gestellt.

Lediglich Benedikt Kaiser darf in seinem Buch *Solidarischer Patriotismus*,<sup>167</sup> erschienen im Antaios-Verlag, vorsichtige Korrekturen der Eigentumsstruktur vorschlagen, wobei sich weder Götz Kubitschek und Erik Lehnert, noch der Höcke--Flügel der AfD darauf festlegen lassen. Thor von Waldstein hat sich zwar mit einer Arbeit über Carl Schmitt promovieren lassen,<sup>168</sup> dessen Parlamentarismuskritik verkneift er sich allerdings in der Öffentlichkeit, da er andernfalls aus dem Bezugsrahmen der Neuen Rechten ausscheiden müßte.<sup>169</sup> Kurzum, die Neue Rechte ist die verfassungstreue Rechte, ob aus Überzeugung oder aus taktischem Kalkül.

Diese Verfassungstreue – der verfassungstreuen Rechten – läßt sich auch nicht dadurch beirren, daß man seit 2021 in den VS-Berichten genannt wird. Da man sich zu Unrecht verfolgt sieht, von VS-Mitarbeitern, denen es nur um die Abwehr von Konkurrenz gegenüber den etablierten Parteien gehe, führt man, nicht selten juristisch, wie in den Neunzigern die Republikaner, ihren Kampf gegen die Nennung in den VS-Berichten, Gerichtsprozesse um die gesellschaftliche Reputation.<sup>170</sup> Ein solches Verfahren, das bis vors Bundesverfassungsgericht gehen kann, kann sich über Jahre hinziehen. In dieser Zeit müssen die sogenannten Neuen Rechten die sprichwörtlichen Füße still lassen, das heißt, sich auch weiterhin inhaltlich, personell und organisatorisch von echten Systemkritikern fernhalten. Zumindest in der Öffentlichkeit. Gegen

---

<sup>167</sup> Benedikt Kaiser: *Solidarischer Patriotismus*. Die soziale Frage von rechts. Antaios-Verlag, Schnellroda 2020, insbesondere S. 195-202.

<sup>168</sup> Thor von Waldstein: *Die Pluralismuskritik in der Staatslehre von Carl Schmitt*. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Sozialwissenschaften (Dr. rer. soc.) der Ruhr-Universität Bochum. – Aus dieser Dissertation ist folgendes Buch hervorgegangen: Thor von Waldstein: *Der Beutewert des Staates. Carl Schmitt und der Pluralismus*. Ares Verlag, Graz 2008.

<sup>169</sup> Thor von Waldstein wirft immerhin der politischen Klasse der BRD vor, über keine Direktwahl des Staatsoberhauptes und keine Volksentscheide zu verfügen. Es folgen aber bislang keine konkreten Vorschläge zur Reform des Grundgesetzes, um eine präsidentielle Regierungsbildung und Volksentscheide auf Bundesebene zu ermöglichen (in Bayern etwa gibt es den Volksentscheid auf Landesebene). – Ein derartiges Reformkonzept für das Grundgesetz wurde vor Jahren, zur Zeit des ersten Verbotsverfahrens, von der NPD in deren Schriftenreihe *Profil* (Nr. 11) unter meiner Leitung vorgelegt. Auch diese Schrift wurde von den Verbotsparteien und vom sogenannten Verfassungsschutz als „Beweis“ für die „Verfassungswidrigkeit“ der NPD angeführt. – Leute wie Waldstein, die sich heute im Umfeld der AfD bewegen, wissen genau, daß die Vorlage eines Konzepts zur Änderung des Institutionengefüges der BRD genau zu diesen Vorwurf der „Verfassungswidrigkeit“ (reelle Gefahr der Beseitigung der BRD) oder zumindest der „Verfassungsfeindlichkeit“ (bloße, ohnmächtige Absicht zur Beseitigung der BRD, wie angeblich bei der NPD) führen würde, was sich natürlich auch in den VS-Berichten widerspiegeln würde.

<sup>170</sup> Die Republikaner wurden von 1992 bis 2006 vom Bundesamt sowie verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet und in deren Berichten genannt.

derartige Kunden und Spender, die den neurechten Verlagen und der AfD Geld in die Kassen spülen, haben deren Vertreter freilich nichts einzuwenden.

### **Der Parlamentarismus als Instrument der Oligarchen**

Während Waldstein seinen ganzen Carl Schmitt verdrängt zu haben scheint, ist dieser uns durchaus bekannt, vor allem dessen Parlamentarismuskritik. Schmitt entlarvte das „ganze parlamentarische System“ als eine „schlechte Fassade vor der Herrschaft von Parteien und wirtschaftlichen Interessenten“.<sup>171</sup> Somit ist nichts anderes gesagt, also daß es sich beim Parlamentarismus um eine Herrschaft von ökonomisch privilegierten Minderheiten über die große Mehrheit des Volkes handelt.

Demzufolge haben wir es im Falle der BRD mit einer Oligarchie zu tun, also mit der Degenerationsform der Herrschaft der Wenigen über die Mehrheit – im Gegensatz zur Aristokratie, die Aristoteles als die positive Minderheitenherrschaft galt. Im Grunde genommen herrscht bei uns heute das große Geld. Schon G. W. F. Hegel war über die parlamentarischen Verhältnisse seiner Zeit bestens im Bilde, was ihn bezüglich des englischen Modells zu dem Fazit führte: „Es wird schwerlich irgendwo ein ähnliches Symptom von politischer Verdorbenheit eines Volkes aufzuweisen sein.“<sup>172</sup>

Die Verdorbenheit bestand für Hegel vor allem in der Unsitte des Stimmenkaufs hinsichtlich von Wählern und Abgeordneten, was in dem damaligen England bereits zu einem „System der Korruption“ geführt habe.<sup>173</sup> Es sind also nicht die „politischen Entscheidungsträger“ ursächlich für die Ochlokratie verantwortlich zu machen, sondern vorrangig deren Geldgeber, also die Lobbyisten des Kapitals, welche dieses System zu ihrer (!) Herrschaft benötigen, die deshalb die Parteien und einzelnen Politiker, sofern diese in Regierungsnähe rücken, mit Spenden schmieren, die über private Medienunternehmen, PR-Agenturen usw. die veröffentlichte Meinung lenken. Aber selbst der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist – über den Einfluß der Parteien in den Rundfunkräten – im Einflußbereich des Kapitals. Vermeintliche Parteienherrschaft und

---

<sup>171</sup> Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. (Erstausgabe 1923) 7. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1991, S. 29.

<sup>172</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Über die englische Reformbill. (Erstveröffentlichung 1831) In: Ders.: Berliner Schriften. 1818-1831. Werke 11. 1. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1986 (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft; 611), S. 83-128, hier S. 85.

<sup>173</sup> G. W. F. Hegel, ebd., S. 86.

Kapitalismus gehören also zusammen. Dies sind nur die zwei Seiten der einen Medaille. Das eine ist die Wirtschaft, das andere die Politik, in welcher der Staat als Dienstleistungsagentur der Gesellschaft (also des Monopolkapitals) vorgesehen ist.

Nun wird der Parlamentarismus gerade in unseren Tagen auch von Teilen der parteipolitischen Rechten mißverstanden. Unter „Parlamentarismus“ ist ein Regierungssystem zu verstehen, das auf parlamentarischer Regierungsbildung beruht. Das heißt nichts anderes, als daß die Mehrheit des Parlaments den Regierungschef wählt beziehungsweise der Mehrheitsführer im Parlament die Regierung bildet.<sup>174</sup>

Daher ist es auch Unsinn, den Begriff „Parlamentarismus“ mit „Parlament“ als Einrichtung und „parlamentarischer Arbeit“ als Tätigkeit gleichzusetzen.<sup>175</sup> Das würde nämlich bedeuten, daß jedes politische System, das ein Parlament besitzt, dem Parlamentarismus entsprechen würde. Genau dieser Eindruck ist falsch und dürfte sich auf die Bildung einer nationalen Fundamentalopposition verheerend auswirken. So ist das Bismarck-Reich eben kein Parlamentarismus als Regierungssystem gewesen, obwohl es natürlich ein Parlament, nämlich den Reichstag besessen hatte. Das Zweite Deutsche Kaiserreich war lediglich eine konstitutionelle Monarchie, der ein Parlament angehörte. Der Reichstag war verfassungsmäßig in seinen Befugnissen doch sehr beschränkt gewesen (auf Gesetzgebung und Haushalt). Die Regierungsbildung lag nicht beim Parlament, sondern beim in Erbfolge stehenden Kaiser.

Diese konstitutionelle Monarchie ist also mitnichten – in ihrer ursprünglichen Verfassung – ein System des „Parlamentarismus“ gewesen. Erst 1918 kam der entscheidende Wendepunkt, sozusagen der Sündenfall der deutschen Verfassungsgeschichte: Am 28. Oktober trat ein Gesetz auf Druck der im Parlament versammelten Parteienvertreter in Kraft, durch das der Reichskanzler seiner Verantwortung gegenüber dem fürstlichen Souverän enthoben und dem Parlament unterworfen wurde.<sup>176</sup>

Das Ergebnis der parlamentarischen Regierungsbildung ist institutionelle Gewaltenschränkung zwischen Exekutive und Legislative. Für Carl Schmitt entsteht somit die „bekannte Stufenleiter: das Parlament ist ein Ausschuß des Volkes, die Regierung ein Ausschuß des Parlaments“.<sup>177</sup> Nach herrschender liberalistischer Ideologie soll in diesem Systemtypus das

---

<sup>174</sup> Vgl. Manfred G. Schmidt: Wörterbuch zur Politik. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1995 (= Kröners Taschenausgabe, Bd. 404), S. 691 (Stichwort „Parlamentarische Demokratie“).

<sup>175</sup> Wie dies dem Verfasser einmal ein saarländischer NPD-Politiker zu erklären versuchte.

<sup>176</sup> Vgl. Klaus Kunze: Der totale Parteienstaat. Abschied vom idealen Staat. Der Weg aus der Krise des deutschen Parteiensystems. Deugro, Esslingen 1994, S. 43-44.

<sup>177</sup> Carl Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. (Erstausgabe 1923) 7. Auflage,

Parlament alleine die Volkssouveränität repräsentieren,<sup>178</sup> weshalb die etablierte Politologie hierbei in aller Selbstentlarvung von „Parlamentssouveränität“ spricht.<sup>179</sup>

### **Das Parlament als Bühne für Veränderungen?**

Grundsätzlich ist es doch zu begrüßen, wenn eine nationale Partei in Deutschland die bestehenden Chancen der parlamentarischen Darstellung für nationale Politik nutzt. In diesem Sinne sind auch weitere Wahlerfolge nationaler Parteien zu wünschen – wie jüngst die von der AfD. Aber natürlich nur deshalb, um eine Bühne zur Systemüberwindung zu bekommen und nicht, um das System zu bestätigen.

Populisten aller Art, sind sie erst einmal im Parlament angekommen, sind an ihrem eigenen materiellen Vorteil, vor allem auch an ihrer Wiederwahl interessiert. Demzufolge stellt der Parlamentarismus, wie wir ihn hierzulande vorfinden, in letzter Konsequenz politischen Kapitalismus dar. Das Parlament beziehungsweise dessen Vorhalle, die *Lobby*, ist im Parlamentarismus die Schaltstelle des Großkapitals und anderer gesellschaftlich einflußreicher Gruppen. Hier ist der Ort, wo vermeintlich politische Entscheidungsträger zu Erfüllungsgehilfen wirtschaftlicher Interessen degradiert werden. Das Vehikel hierzu sind die Parteien, die neben der staatlichen Parteienfinanzierung besonders auf Spenden der Industrie und anderen Organisationen angewiesen sind.

### **Wer zahlt, schafft an!**

Daß diese Spenden nicht zwecklos vergeben werden, versteht sich von selbst. Die Spender erwarten nichts anderes als eine ihnen genehme Gesetzgebung und politische Entscheidungen. Da im Parlamentarismus grundsätzlich Parteien, sofern sie als regierungswürdig angesehen werden, legal wie illegal geschmiert werden, so ist über die Schaltstelle des Parlaments und die Methode der parlamentarischen Regierungsbildung sichergestellt, daß über die Finanzierung der Parteien durch die Lobbyisten auch die Regierung geschmiert ist. Und dies ist unabhängig

---

Duncker & Humblot, Berlin 1991, S. 42.

<sup>178</sup> Franz Lehner und Ulrich Widmaier: Vergleichende Regierungslehre. Hrsg. von Ulrich von Alemann, Roland Czada und Georg Simonis. 3. Auflage, Leske + Budrich, Opladen 1995 (= Reihe Grundwissen Politik Bd. 4), S. 71-72.

<sup>179</sup> Ebd., S. 79.

davon, welche Parteien die Regierung bilden. Hingegen ist eine revolutionäre Partei eine solche, die nicht nur auf parlamentarischem Wege die Regierung erobern, sondern den Parlamentarismus überwinden möchte. Hierzu muß sie bereit sein, ihre Mitglieder, Anhänger und Wähler auf dieses Ziel einzuschwören. Vor ihre Wähler tritt sie somit als wirkliche politische Alternative – nicht nur *im*, sondern *gegen* das System.

### **Die Oligarchie des Parteiwesens**

Grundsätzlich ist natürlich jede Partei eine Oligarchie. Diese Erkenntnis ist zumindest für Kenner der Lektüre von Robert Michels nicht neu.<sup>180</sup> Und diejenigen Parteipolitiker, die behaupten, daß gerade ihre Partei die einzige Ausnahme darstelle, eben keine Oligarchie sei, dürften in ihrer Scheinheiligkeit als die größten Oligarchen gelten.

Der Hauptmechanismus des Parteiwesens besteht darin, daß Parteipolitiker jeglicher Couleur wie Wirtschaftsführer am Erfolg gemessen werden. Und Erfolg in diesem Sinne muß – gegenüber der medialen Öffentlichkeit und den eigenen Anhängern – empirisch, am besten zahlenmäßig nachweisbar sein. Im liberal-kapitalistischen System entspricht dem Profit des Unternehmers die Stimmenmaximierung des Parteipolitikers.

Robert Michels sah bereits die parteipolitisch „immanente Tendenz“ gegeben, sich „zu erweitern“ und „auszudehnen“.<sup>181</sup> Die Ausdehnung zielt in letzter Konsequenz – auch wenn eine nationale Partei noch weit von diesem Ziel entfernt ist – auf die Eroberung des Regierungsapparats. Im Amerikanischen nennt man dies *Spoil-System*, im Deutschen Beute-System. Parteiführer geben das Ziel aus, die Regierung zu erobern; ihre treuesten Wahlkampfunterstützer, die nicht selten dumpfe Paladine oder begabte Opportunisten sind, werden mit Minister-, Staatssekretärs- und Beamtenposten belohnt. Ist diese Partei noch nicht an der „Macht“, so winken für artige Gefolgsleute immerhin eine vordere Listenplatzierung im Vorfeld von Wahlen und Assistentenposten in der Parlamentsfraktion und hauptamtliche Beschäftigung in der Partei.<sup>182</sup>

---

<sup>180</sup> Robert Michels: Soziologie des Parteiwesens. (EA 1911) 4., ergänzte Auflage, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1989 (= Kröners Taschenausgabe Bd. 250).

<sup>181</sup> Ebd., S. 20.

<sup>182</sup> Womit deutlich wird, daß eine bloße Korrektur des BRD-Parlamentarismus zu einem Präsidialsystem wie in den USA oder zu einem Semi-Präsidialsystem wie in Frankreich keine durchgreifende Lösung sein kann, weil hierbei – in der schlechtesten rechten Tradition – nur eine politische Kosmetik am politischen System vorgenommen würde, wobei es gerade auf den ökonomischen, gesellschaftlichen Unterbau ankommt. Ein kapitalistisches System bliebe

In unserem Fall bedeutet dies auch, daß die Führung einer nationalen Partei, die bei Wahlen ständig an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, die keine Parlamentsmandate zu erobern fähig ist, die nicht instande ist, auf Teufel komm' raus ständig neue Mitglieder zu werben, in den Medien und von ihren Anhängern als Clique von Versagern wahrgenommen wird. Was für die Wirtschaft des Kapitalismus gilt, hat auch seine Gültigkeit in der Parteipolitik: Wachs' oder stirb!

### **Fundamentalismus in der Defensive**

Das einer Partei innewohnende Wachstumsgebot muß aber notwendigerweise fundamentalistische Positionen in die Defensive geraten lassen. Dies erkennt man vor allem auch daran, daß tiefgreifende Parlamentarismus- und Kapitalismuskritik unerwünscht ist.

Die ersehnten Tausenden von Neumitgliedern werden wohl zum geringsten Teil Nationalrevolutionäre sein. Am Ende des Marsches durch die Institutionen – so jedenfalls die geschichtliche Erfahrung – steht oftmals nicht die „Abwicklung“ der Institutionen, sondern nicht selten die institutionelle Veränderung bzw. Anpassung der Marschierer.

Die Beispiele sind mittlerweile Legion: Die Grünen, SED-PDS-Linke, FPÖ, BZÖ, Alleanza Nazionale, und auch die AfD entwickelt sich derartig. Man mag hier einwenden, daß dies nicht so eintreten müsse. Richtig, aber dazu bedarf es einer Parteiführung, die fundamentalistisch gestimmt ist und ihre weltanschaulichen Grundlagen mittels charismatischer Strahlkraft gegen „Realpolitiker“ in den eigenen Reihen durchzusetzen in der Lage sind, denen es nur oder vorwiegend auf gesellschaftliche Reputation und materielle Beute ankommt.

### **Martin Sellners Illusionen**

In diesem Zusammenhang ist es allemal bemerkenswert, daß selbst Autoren, die führend in der Neuen Rechten sind und zweifellos über Bildung verfügen, sich immer wieder zu infantil anmutenden Utopien hinreißen lassen. Martin Sellner mag seine Ausführungen bzw. Gegenentwürfe zum „Parlamentspatriotismus“ als Visionen empfinden. Es geht aber vieles an

---

ein kapitalistisches System, wenn es nur politisch autoritär oder ständestaatlich maskiert würde. Wobei die „Maskierung“ in den seltensten Fällen einer bewußten Irreführung gleichkommt, sondern an der Begrenztheit des rechten Horizonts liegt. Daß auch der linke Horizont in der Regel begrenzt ist, ist ebenso richtig, aber ein anderes Thema.

der anthropologischen Veranlagung wirklicher, auch rechtsstehender Menschen vorbei – um es mit Arnold Gehlen, Eibl-Eibesfeldt usw. auszudrücken –, und gegen humane linke Erziehungsmodelle zu wenden.

Sellner weckt Hoffnungen, die er und die Neue Rechte nicht erfüllen können. Hätte er sich mit den oben genannten Anthropologen und Ethnologen und auch mit Parteienstaatskritikern wie Robert Michels und Hans Herbert von Arnim befaßt, wüßte er, daß der von ihm nicht geliebte „Parlamentspatriotismus“<sup>183</sup> nicht einfach so entsorgt und durch ein idealistisch gemeinwohlorientiertes Verhalten ersetzt werden kann. Über institutionelle Änderungen hat sich der auch in dieser Hinsicht sehr typische neue Rechte nicht ausgelassen.

Sellner schreibt: „Die Haltung rechter Parteien zu rechten Bewegungen ist von ihrer – oft unbewußt befolgten – Strategie geprägt.“<sup>184</sup> Deshalb folgten AfD ebenso wie einige Teile der FPÖ derzeit noch dem „Parlamentspatriotismus“. „Hier geht es um Stimmenmaximierung um jeden Preis. Distanzierung und Anbiederung bestimmen die gängige Praxis.“<sup>185</sup>

Sellner kommt auf den Punkt, indem er rechten Parteipolitikern „unbewußtes“ Handeln vorwirft. Dies mag an fehlender Intelligenz und Bildung liegen, aber mehr noch an dem natürlichen Drang von Menschen nach Gelderwerb und einem Platz an dem Futtertrog. Sellner, der diesen Zusammenhang zunächst vernebelt, indem er diesen Zusammenhang ins „Unbewußte“ rückt, kommt dann der Angelegenheit näher, indem er lamentiert, daß auch eine rechte Partei wie AfD und FPÖ diese „Tatsache“ des notwendigen Gelderwerbs ausnutzten, da „nur sie (im Unterschied zu den anderen Bereichen des rechten Lagers) eine gewissen Erwerbssicherheit bieten kann“.<sup>186</sup>

Wahrscheinlich ist dies auch ein unbewußter (Nicht-)Denkprozeß bei Sellner, daß er zunächst bornierten rechten Parteipolitikern unbewußtes Handeln attestiert, wenn sich diese ganz auf ihre Parlamentsarbeit und ihre Wiederwahl konzentrieren. Dies ist auch eine normal menschliche Eigenschaft, daß man den eigenen Handlungsbereich, zumal, wenn man mit diesem sein Geld verdient, in den Mittelpunkt des Universums stellt.

In einem zweiten Schwenk erkennt Sellner dann doch, daß rechte Parlamentsfraktionen Monopole der Geldausschüttung nicht zuletzt im rechten Lager haben. Sellner scheint hin- und hergerissen zu sein zwischen dem parlamentspolitischen „Sein“, das er kritisiert, und dem

---

<sup>183</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? – 3 Prinzipien zur Kooperation. Sezession-Online vom 30.03.2022.

<sup>184</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

<sup>185</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

<sup>186</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

„Sollen“, demzufolge er, Sellner, die Metapolitik und die „Mosaikrechte“ (Benedikt Kaiser) in den Mittelpunkt einer gesamt-rechten Strategie stellt. Ärgerlich für ihn ist nur der Umstand, daß ihm der Hauptstrom von FPÖ und AfD nicht folgt. Genau dies muß schon vor Jahren Alain de Benoist erkannt haben, weshalb er seine Metapolitik eben außerhalb und unabhängig des Front National, jetzt Rassemblement National, aufgebaut hat.

Sellner hingegen läßt diese Erkenntnis nicht an sich heran. Wie ein kleines, bockiges Kind erklärt er: „Aus metapolitischer Sicht ist jedoch das Parlament mitnichten Zentrum der politischen Macht.“<sup>187</sup> Sellner ergeht sich in Realitätsflucht: „Vielmehr könnte sogar die Partei als ‚Vorfeld‘ der entscheidenden metapolitischen Akteure gesehen werden.“<sup>188</sup>

Indem Sellner als Beispiele „Die Linke“ und die „Grünen“ nennt, die in der „Vergangenheit oft nur als ‚parlamentarischer Arm‘ und Vorfeld eines gesellschaftspolitischen, links-progressiven Machtzentrums“ derselben Parteien fungierten, entfernt er sich immer weiter von der politischen Wirklichkeit. Denn die wirkliche Macht geht und ging auch bei Linken und Grünen niemals von der „zivilgesellschaftlichen“ Peripherie aus, sondern immer nur vom parteipolitischen Zentrum. Die führenden Parteigremien entschieden und entscheiden nach wie vor darüber alleine, welche inhaltlichen Forderungen aus dem „zivilgesellschaftlichen“ Umfeld gerade in die parlamentarische Strategie passen und welche nicht.

Ja, sicherlich, die Grünen gingen aus vorparlamentarischen Initiativen hervor, aber mittlerweile müßte jedem klar sein, daß nicht, wie beabsichtigt, die „Zivilgesellschaft“ auf ihrem „Marsch durch die Institutionen“ die Institutionen grundlegend verändert haben, sondern die Institutionen die „zivilgesellschaftlichen“ Marschierer. So werden bei der tatsächlichen Umsetzung der Klimaziele nur diejenigen verwirklicht, die ins kapitalistische Gesamtkonzept passen. Der Ukraine-Krieg hat hierbei ein Roll-Back bewirkt. Erdgas aus Katar und Frackinggas aus den USA erhalten den Vorzug vor dem Russengas, an dem sich Klimaaktivisten wie Luisa Neubauer abarbeiten dürfen.

Natürlich hat der Frauenbewegung das strikte Abtreibungsverbot vor allem mittels der Grünen geschliffen, aber die „Befreiung“ der Frau von ehelichen und mütterlichen Pflichten paßt doch – gerade bezogen auf den Arbeitsmarkt – sehr gut in die gesamt-kapitalistische Strategie.

Sellner muß am Ende des Tages resigniert feststellen: „Viele Parteipolitiker sehen das Umfeld und insbesondere Bürgerbewegungen und Aktionsgruppen als latente Bedrohung. Sie seien

---

<sup>187</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

<sup>188</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

unkontrollierbare ‚freie Radikale‘, die ‚von der Presse gegen die Partei instrumentalisiert‘ werden. Am besten hat man zu ihnen gar keinen Kontakt. Wenn, dann oft nur, um sie inständig zu bitten, Wahlkampfveranstaltungen ‚unbedingt fern zu bleiben‘ und ‚vor dieser wichtigen Wahl‘ ausnahmsweise ‚die Füße still zu halten‘. Die Bewegung wird als Haufen nerviger, naiv-idealistischer ‚Fundis‘ betrachtet, die man irgendwie abspeisen und ruhigstellen muß, damit keine Partei rechts der eigenen Partei entsteht. Abgesehen davon stören sie aber nur bei der pragmatischen Umgarnung des sagemumwobenen gemäßigten Wechselwählers der ‚Mitte‘.“<sup>189</sup>

Natürlich liegt Sellner richtig, wenn er Schwerpunktinvestitionen im akademisch-hochschulpolitischen bzw. studentischen Bereich anmahnt.<sup>190</sup> Solche Investitionen würden aber erst langfristig, in vielen Jahren Früchte tragen. Neue Rechte haben recht damit, daß die Meinungsmache in den linksliberalen Medien stattfinden. Diese wird überwiegend von Geistes- und Sozialwissenschaftlern gemacht, während bei der rechten Elite die Ingenieurs-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, vielleicht noch die Medizin und Naturwissenschaften, also die MINT-Fächer dominieren, deren Absolventen in der Regel gutes Geld verdienen, aber eben medial keine Meinung vervielfältigen.

Um dies alles zu ändern, bedürfte es einer langjährigen Schwerpunktverschiebung hin zu den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dies kostet zudem viel Geld. Was Sellner nicht begreifen will oder kann, ist der Umstand, daß im Kapitalismus politische Parteien wie normale Marktteilnehmer funktionieren. Und kapitalistische Betriebe, die Waren zu verkaufen haben, ob Autoreifen oder politische Parolen, orientieren sich immer zuerst kurzfristig, allenfalls mittelfristig, auf Wahlen ausgerichtet. Langfristig müßte in dies und das investiert werden, aber es geht ja um schnelle Erfolge. Und gerade eine Partei wie die AfD kann ihre finanziellen Ressourcen nicht breit in die die Zukunft streuen.

Insofern tritt genau das ein, was Sellner ausschließen möchte: die rechte Partei mißbraucht das neurechte Umfeld als „Personalreservoir“, „Wahlkampfhilfstruppe“ und „Rekrutierungsbecken für junge, loyale und kreative parlamentarische Mitarbeiter“. Schließlich nutzt eine Partei „die Tatsache aus, daß nur sie (im Unterschied zu den anderen Bereichen des rechten Lagers) eine gewisse Erwerbssicherheit bieten kann. Ohne böse Absicht grast sie schonungslos junge Talente aus den anderen Segmenten des rechten Lagers ab. Viele sind dankbar für die vermeintliche Chance, ihre politische Gesinnung zum stabilen Brotberuf zu machen. In einer populistischen

---

<sup>189</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

<sup>190</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

Partei, die dem Parlamentspatriotismus frönt, werden sie jedoch aus dem metapolitischen Kampf ausgeschaltet und ihre Talente oft vergeudet. Den gesicherten Erwerb erkaufen sie mit der Aufgabe des Aktivismus, der gesellschaftspolitischen Strahlkraft und oft genug durch einen Bruch mit dem alten Umfeld. Aufgrund ihrer Vita auf die Partei als Arbeitgeber angewiesen, sind diese „abgeworbenen“ Idealisten meist loyale, „kontrollierbare“ Arbeitskräfte, die oft aus Idealismus mehr leisten als nötig.“<sup>191</sup>

## Unterscheidung von Demokratie und Liberalismus

Grundsätzlich kann man oligarchische von nicht-oligarchischen Politikern anhand des Demokratiebegriffs unterscheiden. Diejenigen nämlich, die Demokratie und Liberalismus gleichsetzen, sind in personeller Hinsicht Bestandteile des liberal-kapitalistischen Systems.

Grundlegend zur Unterscheidung beider Begriffe ist Carl Schmitts Schrift *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (1923), die heute umso mehr aktuell ist. Darin entlarvt der Autor die scheinbare Legitimation des Parlamentarismus, die in „Diskussion und Öffentlichkeit“ bestehen soll, als „veraltete[n] Gedankengänge“.<sup>192</sup> Weiter betonte Schmitt: „Der Glaube an den Parlamentarismus, an ein *government by discussion*, gehört in die Gedankenwelt des Liberalismus. Er gehört nicht zur Demokratie. Beides, Liberalismus und Demokratie, muß voneinander getrennt werden, damit das heterogen zusammengesetzte Gebilde erkannt wird, das die moderne Massendemokratie ausmacht.“<sup>193</sup> Hans Zehrer stellte 1928 hinsichtlich der Weimarer Republik fest: „Wir haben Parlamentarismus, Demokratie haben wir nicht!“<sup>194</sup>

Nach klassischer Definition – etwa der von Thomas Hobbes – würde Demokratie idealtypisch voraussetzen, daß die Souveränität nicht bei einer Person (Monarchie) beziehungsweise bei wenigen Personen (Aristokratie) liegt, sondern bei einer Versammlung aller Staatsbürger (Demokratie beziehungsweise Volksstaat).<sup>195</sup> Die Vorstellung also, das Volk könne in einer

---

<sup>191</sup> Martin Sellner: AfD vs. Aktivismus? Ebd.

<sup>192</sup> Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. (Erstausgabe 1923) 7. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1991, S. 5.

<sup>193</sup> Carl Schmitt, ebd., S. 13.

<sup>194</sup> Zitiert nach: Helmut Diwald: *Geschichte der Deutschen*. 4. Auflage, Propyläen Verlag, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1978, S. 179.

<sup>195</sup> Thomas Hobbes: *Leviathan oder Stoff, Form und Gestalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. (Erstausgabe London 1651) Hrsg. von Iring Fetscher, 9. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1999, 19. Kapitel, S. 145: „Denn die Vertretung muß notwendig aus einem Menschen oder aus mehreren bestehen: besteht sie aus mehreren, so ist sie entweder die Versammlung aller oder eines Teils. Besteht die Vertretung aus einer Person,

Versammlung von wenigen Personen repräsentiert sein, hat nichts mit „Demokratie“ zu tun, sondern wäre zutreffenderweise als „Oligarchie“, der Degenerationsform der Aristokratie, zu bezeichnen. Auf die besondere „Grausamkeit“ der modernen „Oligarchie“, die zur Vernichtung der Freiheit führt, hatte der spätere Papst Benedikt XVI. vor einigen Jahren in einem interessanten Aufsatz hingewiesen.<sup>196</sup>

Von der notwendigen Unterscheidung von Demokratie und Oligarchie einmal abgesehen, so ist die demokratiethoretische Vorstellung, das gesamte wahlberechtigte Volk sitze in der Regierung, ein reines Ideal. Man kann sich gerade noch vorstellen, daß sich das stimmberechtigte Schweizer Volk – in seine Kantone gegliedert – auf einem Marktplatz versammelt; modern organisiert könnte man in Flächenstaaten an einem Sonntag Volksentscheide abhalten, ein entsprechendes Procedere wäre auch über Fernsehen und Internet vorstellbar (vom Unsinn einer solchen Vorgehensweise einmal abgesehen).

### **Die geistesgeschichtliche Verortung der Rechten**

Die politische Rechte ist so vielfältig wie die politische Linke. Um nicht zu ausführlich zu werden: Links ist die Gleichheit, rechts die Ungleichheit bzw. die gesellschaftliche Hierarchie; wobei bei den Linken zu unterscheiden ist, in wie fern Gleichheit herzustellen sei (Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung von Grund und Boden und Produktionsmitteln, Volksentscheid usw.), und worauf sich bei Rechten die Ungleichheit beziehen soll.

So steht beim klerikalen Feudalismus bzw. beim Ständestaatsmodell (Othmar Spann) eine Priesterkaste oben in der gesellschaftlichen Hierarchie; bei Monarchisten der alte Adel, beim Liberal-Kapitalismus die Bourgeoisie; bei Völkischen sollen Volksangehörige den Vorrang vor Fremden erhalten, bei „rassischen Aristokraten“ eventuell eine Auslese nordischer Menschen. Wir sehen also, daß die linken und rechten Programme in ihren inhaltlichen Zielsetzungen erheblich voneinander abweichen können, daß aber die Methode des Denkens eine grundsätzlich rechte, linke oder eine gemischte Form davon ist.

So ist der Liberal-Kapitalismus eine Mogelpackung in der „Mitte“, wobei bei diesem im politischen Bereich die Reise zur linken Gleichheit geht (Bürgerrechte, Menschenrechte, parlamentarische Demokratie als Verzerrung und Manipulation linker Gleichheit, die eher

---

so ist der Staat eine Monarchie, ist sie die Versammlung aller, die zusammenkommen, so ist er eine Demokratie oder Volksstaat, und besteht die Versammlung nur aus einem Teil, so wird er Aristokratie genannt“.

<sup>196</sup> Joseph Kardinal Ratzinger: Freiheit und Wahrheit. In: 1848. Erbe und Auftrag. Hrsg. von Otto Scrinzi und Jürgen Schwab, Aula-Verlag, 1998, S. 83-99, hier S. 90.

Gültigkeit für die direkte Demokratie besitzt), in der Wirtschaft aber liegt beim Liberal-Kapitalismus eindeutig ein rechtes Modell vor, das die Ungleichheit unter den Menschen favorisiert.<sup>197</sup> Trotz aller Menschenrechtsrhetorik geht es dem Liberalen nicht um materielle Gleichheit in den Einkommen oder im Eigentum an den Produktionsmitteln. Letzteres sind Forderungen der radikalen Linken.

Ambivalent ist auch die direkte Demokratie, die zwar linken Gesellschaftsmodellen als Hebel dient – siehe das heutige Venezuela, dort ist der Volksentscheid und die Direktwahl des Präsidenten ein Instrument der politischen und ökonomischen Umgestaltung –; aber selbstverständlich ist die heutige Schweiz deshalb noch kein linkes System, weil dort das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch im Medienbereich nach wie vor der Bourgeoisie gehört, die somit im Vorfeld von Volksentscheiden weiterhin ihre Meinungsmanipulation betreiben kann. Selbstverständlich ist die direkte Demokratie auch dann eine linke Idee, wenn sie von Rechtspopulisten wie einst von Jörg Haider und Heinz-Christian Strache, hinter denen die österreichische Industriellenvereinigung stand, instrumentalisiert wird.

Ehrlicher ist da schon die Position von Ultrarechtsreaktionären, die im Stile von Julius Evola und Othmar Spann die Demokratie, auch die direkte Variante, rundheraus ablehnen, weil sie ihren Ständestaat (Othmar Spann) hierarchisch und elitär aufbauen möchten.

### **Rechte Denkmuster: Voluntarismus und Dezisionismus**

Die Rechte bevorzugt nicht nur die gesellschaftliche Ungleichheit bzw. die Hierarchie, sie setzt in diesem Zusammenhang auch auf den einzelnen Entscheidungsträger oder auf eine elitäre Gruppe an Entscheidungsträgern. Die Rechten, sofern sie in irgendeiner Weise ein weltanschauliches Fundament besitzen, möchten die vorherrschende Oligarchie, die sie oftmals als „Demokratie“ mißverstehen,<sup>198</sup> durch eine Monarchie oder Aristokratie ersetzen. Die Monarchie kann man sich auch als „Absolute Republik“ (Hans-Dietrich Sander) denken, die aristokratische Auslese muß nicht der alte Adel sein, es könnte sich auch hinsichtlich eines Reform-NS um eine „völkische Führerauslese“ handeln, die sich in einem Senat versammelt. Wo von Rechten der Volksentscheid gefordert wird, da handelt es sich entweder nicht um lupenreine

---

<sup>197</sup> Den Beleg für diese These finden wir darin, daß alle (!) zeitgenössischen rechten Wirtschaftstheoretiker die Marktwirtschaft, also den Kapitalismus, zu reparieren gedenken.

<sup>198</sup> Auf der politischen Rechten gibt es solche, die das BRD-System ablehnen, weil es eine Demokratie sei, und solche – wie der Verfasser dieser Zeilen, weil es keine echte Demokratie ist.

Rechte – vielleicht um sozialrevolutionäre Nationalisten –, oder, wie bei FPÖ und AfD oftmals anzutreffen, um Demagogen.

Halten wir an dieser Stelle fest: Das rechte Denken ist hinsichtlich seiner grundsätzlichen Ausrichtung elitär und oftmals nicht demokratisch. Ralph Giordanos giftige Bemerkung in Richtung von Franz-Josef Strauß (CSU), dieser sei ein „Zwangsdemokrat“, hat allgemein gesehen – bei aller Polemik – wohl doch einen realistischen Kern.<sup>199</sup>

### **Zur rechten politischen Ökonomie**

Die Wirtschaftsvorstellung des Nationalkonservativen und Völkischen ist geprägt – wie sonst auch – von der anthropologischen Ungleichheit der Menschen, weshalb der „faustische Unternehmer“ (Oswald Spengler), dem das Eigentum an den Produktionsmitteln zusteht, der darüber auch möglichst selbstherrlich verfügt, das Leitbild rechter Wirtschaftstheorie ist. Aber selbstverständlich soll Unternehmenspolitik – als bloße Summe von Individuen – irgendwie auch sozial sein, deutsche Kinder sollen geboren werden und Arbeitsplätze sollen in Deutschland bleiben; jedenfalls sollen nicht „Fremdarbeiter [...] deutschen Familienvätern“ die Arbeit wegnehmen, wie der Linke Oskar Lafontaine das Anliegen nationaler Wirtschaftspolitik im Bundestagswahlkampf 2005 nicht besser auf den Punkt hätte bringen können.<sup>200</sup>

### **Der Hang vieler Rechter zur Verschwörungstheorien**

Es ist bei diesem rechten Weltbild auch völlig naheliegend, daß bei Krisen und existentiellen Problemen – wie der Überfremdung – diverse Völkische und Nationalkonservative instinktiv – und zumeist ohne schlechte Absicht! – nach dem „Sündenbock“ suchen, das heißt die Verursacher verhängnisvoller Politik werden zuallererst in verschwörerischen Personen und Personengruppen gesehen (Juden, Freimaurer usw.) oder einfach nur in der parteipolitischen Konkurrenz (die „Altparteien“ und „die Linken“, aber auch bei der rechten Konkurrenz). Schon 1995 wurde diese Misere auf der Rechten in den Reihen der *Jungen Nationaldemokraten (JN)* erkannt. Der *JN*-Zeitschrift *Einheit und Kampf* war zu entnehmen: „Im Bereich der Rechten tummeln sich sehr viele, die hinter jedem unbeliebten Politiker einen Juden vermuten und am

---

<sup>199</sup> Ralph Giordano durfte weiterhin bei der von ihm in seinem 1987 erschienenen Buch *Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein* vertretenen Behauptung bleiben, Franz Josef Strauß verkörpere den Typ eines „Zwangsdemokraten“. – Vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13502690.html>

<sup>200</sup> Vgl. FAZ-Online vom 17.06.2005; Titel: Linksbündnis. Lafontaine und der rechte Rand, Autor: Reiner Bürger.

liebsten alles Ungemach einer ‚jüdischen Weltverschwörung‘ zuschreiben wollen. [...] Und wie verboht muß man sein, um zu glauben, der Bundeskanzler heiße in Wirklichkeit Hennoch Kohn und sei ein Jude aus Galizien? Dümmer geht’s nimmer.“<sup>201</sup>

Von solchen zugespitzten Beispielen aus der Praxis einmal abgesehen – so oder so wird die Ursache politischer Fehlentwicklung von Rechten nicht selten in persönlichem Versagen oder böser persönlicher Absicht gesehen. So meinte der französische Buchautor Guillaume Faye bei der Frage nach dem Feind der Europäer, daß „der Feind immer jemand“ sein müsse<sup>202</sup> – also eine Person oder eine Personengruppe; bei Faye waren es die Muslime in Frankreich.

### **Ethnifizierung von „Kapitalismuskritik“**

Die Tatsache, daß in der Arbeitswelt des Kapitalismus bestimmte Völker aufgrund ihrer genetischen Voraussetzungen und geschichtlichen Überlieferung statistisch die besseren Erfolgchancen für bestimmte Berufe in den modernen Medien, in der Finanzwelt und in der „freien Wirtschaft“ mitbringen – das Stichwort lautet „mehr Flexibilität“ –, wird dann so verdreht, daß scheinbar der Kapitalismus, wie er sich uns heute zeigt, von bestimmten ethnischen Gruppen sozusagen erfunden worden sei. Hierbei wird schlichtweg Wirkung und Ursache vertauscht. Das Ergebnis ist dann, daß ein deutscher Kapitalismus, den Sepp Graf in *Deutsche Stimme*<sup>203</sup> auch „deutschen Sozialismus“ nennt, dem internationalen Kapitalismus von Gregor Gysi (Halbjude) entgegengesetzt wird.

Für Pierre Krebs ist es das „Rumpelstilzchen“, das die „großen Lobbys lenkt, die den gesamten Planeten in die Katastrophe führen“. Rumpelstilzchen sei es auch, das die „ethnische Zukunft unserer Völker verdirbt und zersetzt“.<sup>204</sup> Also in jedem Fall wird das Übel unserer Zeit auf einzelne Personen und Personengruppen reduziert. Für den Umstand, daß die Zionisten sich des transnationalen Kapitals bedienen, um ihren eigenen Einfluß auszudehnen, sind natürlich nicht ursächlich die Zionisten (und schon gar nicht „die Juden“) verantwortlich, sondern die kapitalistische Produktionsweise überhaupt – wobei die krebsartige Ausdehnung des

---

<sup>201</sup> „Progressiver Nationalismus“, in: *Einheit und Kampf*, Ausgabe Okt.-Nov.-Dez. 1995, Nr. 14, S. 20-21.

<sup>202</sup> Guillaume Faye: Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas. Reihe: Thule-Polemos Bd. 2, 1. Auflage 2006, S. 86.

<sup>203</sup> Sepp Graf: Lafontaines Scheinalternative. Versprechungen der neuen „Linken“ sind haltlos. In: *Deutsche Stimme*, August 2007, S. 1.

<sup>204</sup> Pierre Krebs: Gedanken schießen weiter als Kanonen. Die europäische Neugeburt. In: *Kongreßreport der GFP* 2006, S. 121-135, hier S. 123.

internationalen Finanzkapitals geschichtlich nicht vom jahrhundertelangen Konzentrationsprozeß der Produktionssphäre zu trennen ist.

Nun wird von nationalen Rechten den Linken zurecht entgegengehalten, daß Blut ein „verdammt dicker Saft“ sei, dicker jedenfalls als etwaige Klasseninteressen, was sich bereits 1914-1918 in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges erwiesen habe. Volk und Rasse hätten sich hier gegen die Milieuzugehörigkeit durchgesetzt. So richtig dies alles ist, so müssen wir auch mit dem englischen Philosophen Thomas Hobbes (1588-1679) übereinstimmen, der – unabhängig von der Rasse oder Kultur des Menschen – grundsätzlich in der „menschlichen Natur drei hauptsächliche Konfliktursachen“ erkannt hatte: „Erstens Konkurrenz, zweitens Mißtrauen, drittens Ruhmsucht.“<sup>205</sup>

Bei diesen menschlichen Grundeigenschaften geht es – neben dem Schutz der bloßen physischen Existenz – schließlich um das Eigentum, das man selbst besitzt und gegen Konkurrenten und Neider zu verteidigen gedenkt; und es geht um das Eigentum anderer, das man selbst begehrt. Bei diesem „Eigentum“ kann es sich um das schönere Haus, das schönere Auto, die schönere Frau und die besseren Einkommensmöglichkeiten des Nachbarn handeln.

### **Der *homo oeconomicus* – sein Segen und Verhängnis**

Der Drang nach Vermehrung des Eigentums ist eine wichtige Grundeigenschaft vieler Menschen – zumindest des *homo oeconomicus* –, wobei der Mitmensch, der ebenso nach Eigentum strebt, als Konkurrent auftritt. Das seit der bürgerlichen Aufklärung populäre Streben nach persönlichem Glück läuft im Grunde genommen – beim heutigen Entwicklungsstand – auf platten Materialismus hinaus, der in der Geldvermehrung sein Ziel findet. Nun gibt es politische Systeme, die dieser menschlichen Grundeigenschaft freien Lauf lassen oder solche, die sie mehr oder weniger einschränken.

Hingegen wird von vielen Rechten oftmals nicht erkannt, daß Politik nicht alleine vom guten oder bösen Personal abhängt, das gute oder böse Entscheidungen trifft, sondern daß Politik vom System abhängt, also von der Frage, wie Herrschaft institutionell organisiert ist und auf welcher ökonomischen Grundlage sie sich stützt. Schließlich kann ein oligarchisches System nur

---

<sup>205</sup> Thomas Hobbes: *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Iring Fetscher (Hg.). [Erstausgabe, London 1651] 9. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1999, S. 95.

Oligarchen in die „politische“ Entscheidung bringen. Und auch ursprüngliche Idealisten – ob von links oder von rechts – assimilieren sich in der Regel in das System, je näher sie an die Ämter und Futtertröge herankommen, was denjenigen, die von den Futtertrögen (noch) weit entfernt sind als „Charakterlosigkeit“ vorkommt.

## **Souveräne Menschen**

Karl Richter brachte 1997 das dezisionistische Denken in einigen Sätzen auf den Punkt. „Einem Heinrich von Treitschke zugeschriebenen Diktum zufolge sind es ‚Männer‘, die Geschichte machen.“<sup>206</sup> Richter wendet sich gegen die materialistische bzw. marxistische Geschichtsauffassung, derzufolge die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse „allein“ Staaten „formen“ würden.<sup>207</sup>

Richter scheint Marx und Engels mißverstanden zu haben. Nach dem Basis-Überbau-Schema gehen die Staaten aus der materiellen Basis zwar hervor, aber selbstverständlich bedarf es Staatspolitiker, die diese Staaten dann auch „formen“ und gestalten, die konkrete Politik machen. Allerdings ist es schon so, daß Marx und Engels davon ausgingen, daß sich die materiell Mächtigen ihre Regierung suchen, diese in den Sattel heben. Wie gedenkt Richter diese Behauptung zu widerlegen? Ohne materielle Basis keine Herrschaft von Personen!

Die „großen Menschen in der Geschichte“, auf die sich Richter in Bezugnahme auf Hegels Geschichtsphilosophie bezieht,<sup>208</sup> kommen nicht alleine wegen ihres „menschlichen Agens“ oder Charismas an die politische Macht, sondern vielmehr noch auf Grundlage materieller Macht.

Werner Bräuninger schrieb den vielsagenden Satz: „Der wahrhaft souveräne Mensch sollte keine Probleme damit haben, seine Abhängigkeit von anderen geistigen Kräften offen zugeben zu können.“<sup>209</sup> Womit er der Wahrheit, wie ich sie verstehe, sehr nahe kommt, nur das Wörtchen „geistig“ hätte Bräuninger um „materiell“ erweitern sollen. Sind wir nicht alle, oder zumindest die meisten von uns, auch materiell abhängig, warum wir – gerade auch politisch und publizistisch – nicht immer so agieren können, wie wir gerne möchten.

---

<sup>206</sup> Karl Richter: Geleitwort. In: Werner Bräuninger: Wille und Vision. Typus und Gestalt souveräner Menschen. 1. Auflage, VGB-Verlagsgesellschaft Berg, Berg 1997, S. 9.

<sup>207</sup> Karl Richter: Geleitwort. In: Werner Bräuninger: Wille und Vision, ebd., S. 9.

<sup>208</sup> Karl Richter, ebd., S. 9.

<sup>209</sup> Werner Bräuninger: Wille und Vision, ebd., S. 20.

„Nur über den Bürger führt der Weg zu Deutschlands Freiheit!“ So stand es einmal auf einer Zeichnung von Paul A. Weber. Aber diese Forderung ist an andere leichter gesagt, als diese selbst täglich umzusetzen. Unsere materiellen Abhängigkeiten hindern uns oftmals daran, unseren Bürger oder Kleinbürger hinter uns zu lassen.

## **Personen und Institutionen**

Eine Autorengruppe um den Politikwissenschaftler Kurt Lenk bringt rechtes Denken gut auf den Punkt: „Die Verurteilung des allgemeinen ‚Geredes‘, das alle Gemeinschaftswerte auflöst und ‚zersetzt‘, entspricht das für die rechte Weltsicht zentrale Motiv einer Kritik der ‚Dekadenz‘ moderner Gesellschaften. Demzufolge strebt alles Seiende nach ‚unten‘, zur chaotischen Auflösung. Jede ‚Form‘ hingegen muß der Trägheit der Dinge und Menschen mühsam und mit Gewalt abgerungen werden. [...] Für ein derart gesteigertes Lebensgefühl genügt es, daß der Wille beflügelt wird von einem mythischen Bild der Wirklichkeit, sei diese nun das kommende Reich, die mächtige Nation oder der autoritäre bzw. totale Staat. Größe und Kraft gelten als Werte an sich, Starksein und Gutsein ähneln sich bis zur Ununterscheidbarkeit an.“<sup>210</sup>

Während nun viele Rechte in ihrer Vorstellungswelt vom großen personellen Entscheidungsträger gefangen sind – also vom großen Feldherrn (Alexander der Große, Napoleon, Hitler), vom heroischen Wehrmachts- oder SS-Offizier, vom Reichsritter, vom faustischen Firmengründer (Krupp, Thyssen, Daimler, Benz, Siemens usw.) – hat Hans Herbert von Arnim – Gott sei Dank – den Durchblick bewahrt: „Daß es in der Politik auch auf Personen ankommt, ist so offensichtlich, daß die Alltagsauffassung dazu neigt, den personellen Faktor ganz in den Vordergrund zu rücken oder gar zu verabsolutieren. Die Rolle von Institutionen zu erkennen ist dagegen sehr viel schwerer. Institutionen wirken nun einmal nur indirekt, so daß ihre Bedeutung zu erfassen, ein gewisses Niveau theoretischer Reflexion verlangt.“<sup>211</sup>

Es ist also das institutionelle System des Parlamentarismus, das hier als systemimmanente Ursache – unabhängig des politischen Personals – zu erkennen ist. Darunter dürfen wir das Gewinninteresse des Bereichs unserer Gesellschaft verstehen, den man weitläufig als „die Wirtschaft“ bezeichnet. Diese Wirtschaft ist aber heute nicht mehr – wie noch im Mittelalter und

---

<sup>210</sup> Kurt Lenk, Günter Meuter, Enrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten. Hrsg. Von Hans-Martin Lohmann, Alfred Pfaffenholz, Willem van Reijen, Martin Weinmann, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997, (= Reihe Campus Einführungen Bd. 1094), S. 14-15.

<sup>211</sup> Hans Herbert von Arnim: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei. Droemer Verlag, München 2000, S. 21.

in der Neuzeit – vom Mittelständler in Handwerk und Landwirtschaft geprägt, sondern vom international verflochtenen Großkapital. Aber schon das Wort „international“ scheint hier irreführend zu wirken, da es suggeriert, daß dabei wirtschaftlicher Verkehr zwischen bzw. unter („inter“) den Nationen stattfindet.

Für die *Global Players* unserer Zeit ist hier aber eher das Wort „transnational“ zutreffender, da sich das „Weltkapital“ mittlerweile auf einer den nationalen Staaten übergeordneten Ebene befindet. Diese Entwicklung erklärte der linke Philosoph Robert Kurz wie folgt: „Die Betriebswirtschaft, bislang eingebettet in einen nationalökonomischen Regulationsraum, durchbricht diesen und agiert unmittelbar auf dem regulationslosen Terrain des Weltmarkts, also eben jenseits der Nationalökonomie (transnational).“<sup>212</sup>

### **Die drei Bausteine nationaler Politik**

Robert Kurz brachte diese Situation wie folgt auf den Punkt: Insbesondere die großen Betriebswirtschaften von Banken und Konzernen haben die nationalstaatlichen Grenzen und damit auch die umfassenden Möglichkeiten der Staatsintervention durchbrochen. Die Kapitalakkumulation und die Konzentration haben die „Dreifaltigkeit des Nationalismus“ – nationale Identität, nationale Solidarität und nationale Souveränität<sup>213</sup> – ausgehebelt. Die ökonomisch materielle Macht des Großkapitals hat diese drei Bausteine nationaler Politik weitgehend aufgehoben.

### **Nationale Identität**

Veranschaulichen wir diese These, daß die kapitalistische Globalisierung die drei Bausteine nationaler Politik aufhebt, an einigen Beispielen: Das Großkapital schafft Ausländerbeschäftigung, um mit zusätzlichen Arbeitskraftanbietern die Löhne und Gehälter der bereits bei uns ansässigen Arbeitnehmer zu drücken. Dies schadet der nationalen Identität, weil durch Arbeitsmigranten die – durch die Abstammungsgemeinschaft bedingte – relativ homogene ethnische Struktur des deutschen Volkes aufgeweicht wird.

---

<sup>212</sup> Robert Kurz: Schwarzbuch des Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn Verlag, Frankfurt/Main 1999, S. 751-752.

<sup>213</sup> Vgl. hierzu: Jürgen Schwab: Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik. Deutsche Stimme Verlag, Stuttgart 1999, S. S. 220-283. – Siehe auch: Jürgen Schwab: Volksstaat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge. Hohenrain-Verlag, Tübingen 2002, S. 140-192.

Grundsätzlich möchten deutsche Nationalisten, daß weitgehend die deutsche Staatsbürgerschaft den Abstammungsdeutschen vorbehalten bleibt – von siedlungsgeschichtlich begründeten Ausnahmen wie den Sorben in der Oberlausitz und den Friesen und Dänen in Schleswig-Holstein einmal abgesehen. Das Bewußtsein weitläufig gemeinsamer Verwandtschaft garantiert am ehesten den Zusammenhalt gerade in Krisenzeiten (Wirtschaftskrisen, Bürgerkriege, Kriege nach außen).

Grundsätzlich erkennen Nationalisten an, daß sich die Kultur eines Volkes über die Zeiten hinweg weiterentwickeln kann und soll. Die Frage ist nur in welche Richtung, ob die Entwicklung als positiv, das heißt identitätsstiftend empfunden wird oder nicht. Ob die eigenen Traditionen weiterentwickelt, das heißt erneuert oder gekappt bzw. gegenüber Fremdkulturen ausgetauscht werden.

Es ist auch nichts grundsätzlich gegen fremde kulturelle Einflüsse zu sagen, sofern diese von den Einheimischen als wirkliche qualitative Bereicherung empfunden werden und quantitativ gegenüber dem Eigenen bescheiden auftreten. Dies heißt, daß der Fremde kulturell und rassisch nicht zu weit entfernt von uns sein sollte, zudem die Fremden nicht in zu großer Zahl die Einheimischen „ersticken“ dürfen, wie dies bereits in bestimmten Ballungsräumen Europas der Fall ist.

So fühlen wir Deutschen uns heute nicht arabisch überfremdet, weil wir arabische Ziffern schreiben und lesen – was uns gar nicht arabisch vorkommt –, sondern uns stört ein Übermaß an kulturellen Einflüssen unter anderem aus dem orientalischen Kulturraum.

Nationalisten aller Nationen wollen – bezogen auf ihr Territorium – nicht zu viele fremde Menschen bei sich haben. Wie bereits angesprochen, stört ein Übermaß an fremder Kultur und vor allem an fremder Sprache (in den Radio- bzw. Musiksendern usw.) das Wohlbefinden der meisten Einheimischen, während fremdländische Einflüsse in geringer Dosierung als tatsächliche Bereicherung empfunden werden. Hinzu kommt, daß auch der angelsächsische Neoliberalismus in der Wirtschaft von den meisten Deutschen als undeutsch empfunden wird.

So sehr diese Ziele in den Ohren der meisten Deutschen vernünftig klingen, so sehr sind diese dennoch nicht mit den am globalen Profit orientierten Zielen des (deutschen wie internationalen) Großkapitals vereinbar. So zieht die Anwerbung von fremden Arbeitskräften – aus Lohndruckinteresse – automatisch die Forderung nach sich, daß man einmal angelegte Arbeitskräfte nicht ständig durch neue auszutauschen gedenkt, die dann wiederum neu an den Maschinen anzulernen wären.

Am Ende sollen die Fremden den Einheimischen in den staatsbürgerlichen Rechten gleichgestellt werden. Vor allem wenn die entsprechenden Familien schon in dritter Generation in Deutschland leben und arbeiten (und manche von denen Sozialleistungen beziehen). Zum vollberechtigten Staatsbürger gehört natürlich auch das Wahlrecht für eingebürgerte Menschen ausländischer Herkunft. Diese werden dann diejenigen Politiker wählen, die ihnen am meisten politische Zugeständnisse machen – also die Mitte-Links-Parteien.

### **Nationale Solidarität**

Ähnlich verhält es sich beim Gebot nach nationaler Solidarität. Damit ist eigentlich der Zusammenhalt, das Füreinandereinstehen unter Deutschen in Deutschland gemeint. Aber auch hierbei ist unter heutigen globalen Verhältnissen nur noch der Wunsch Vater des Gedankens. Völkische Nationalisten können noch so sehr an den Zusammenhalt der „Blutsgemeinschaft“, die durch gemeinsame Abstammung und rassische Verwandtschaft bestimmt sei, appellieren, die materiellen Gegebenheiten des Weltkapitalismus sind es, welche die Volksgemeinschaft bzw. die Nation auflöst.

Nationale Solidarität ist eine schöne Absichtserklärung, die dann nicht mehr hinhaut, wenn sich große Teile der Oberschicht des Volkes diesem Gebot aus materiellem Interesse entziehen. Das heißt in der Konsequenz, daß diese Entsolidarisierung der Oberschicht des Volkes die nationale Solidarität der Gesamtheit des Volkes auflöst. Das Gebot der nationalen Solidarität wird durch das Auseinandergehen der Schere in den Einkommen und Vermögen unmöglich gemacht. Wenn die Produktionsfaktoren – Boden, Arbeit, Kapital – im Land zu ungleich verteilt sind, ist eine „Volksgemeinschaft“ oder „Nation“ lediglich ein frommer Wunsch, der sich nur noch für feierliche völkische Reden in rechten Hinterzimmern eignet.

Bei solchen Voraussetzungen ist auch die Notwendigkeit der Unterschichten und der abrutschenden Mittelschichten, loyal zum „eigenen“ Staatswesen zu sein, hinfällig geworden. Es war der englische Philosoph Thomas Hobbes, der bereits 1651 auf den dialektischen Zusammenhang von „Schutz“ und „Gehorsam“ hingewiesen hatte: „Die Verpflichtung der Untertanen gegen den Souverän dauert nur so lange, wie er sie auf Grund seiner Macht schützen

kann, und nicht länger. Denn das natürliche Recht des Menschen, sich selbst zu schützen, wenn niemand anderes dazu in der Lage ist, kann durch keinen Vertrag aufgegeben werden.“<sup>214</sup>

Deshalb bedingt die Schaffung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die mit einer echten nationalen Solidarität einhergeht, die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit unter Deutschen in Deutschland. Alles andere läuft auf pseudovölkische Heuchelei hinaus. Im Grunde genommen bedeutet dies auch Volksverrat im Namen einer angeblichen „Volksgemeinschaft“, wenn man die ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse einfach ignoriert.

Zu fordern ist vielmehr Rechts- und Chancengleichheit für alle Deutschen in Deutschland, entsprechend Fähigkeit und Fleiß am Volksvermögen beteiligt zu werden. In der BRD ist dies schon anhand der fehlenden Vermögenssteuer für Millionäre und der Möglichkeit, nahezu das gesamte Millionärsvermögen zu vererben, nicht möglich. Der reale Klassenkampf von oben, der bei uns vorherrscht, ist mit einem sozialrevolutionären Programm zu beenden. Dies zöge eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen nach sich als wie wir dies derzeit bei uns im Land vorfinden. Eine neue Lohn- und Steuerpolitik wäre die Konsequenz. Aber hiergegen wird die deutsche wie internationale Bourgeoisie kämpfen.

Ein wichtiges Ziel des Sozialismus ist Vollbeschäftigung, die allerdings bei steigender Produktivität, das heißt Reduzierung menschlicher Arbeitskraft, durch Arbeitszeitverkürzung (statt Stellenabbau) und durch Reduzierung der Arbeitskraftanbieter (Fremdarbeiter und Fremdarbeitslose) zu erreichen ist. Auf jeden Fall ist die Gastarbeiter-Beschäftigung abzubauen. Das Recht auf Arbeit und die Pflicht – im Zeitalter der Digitalisierung besser die Bereitschaft – zur Arbeit stehen in Deutschland nur Deutschen zu. Um dies zu erreichen, sind arbeitslose Deutsche in einem staatlichen Arbeitsdienst zu beschäftigen, wobei das Vermögen von privaten Zeitarbeitsfirmen einzuziehen ist.

Der deutsche Staat hat hierzu entsprechende öffentliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme aufzulegen. Auch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit – Reduzierung der Fremdarbeiterquote wie Arbeitszeitverkürzung – sind nicht im ökonomischen Interesse der deutschen wie internationalen Kapitalisten. Sie werden versuchen, solche Regelungen zu verhindern.

---

<sup>214</sup> Thomas Hobbes: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Iring Fetscher (Hg.). [Erstausgabe, London 1651] 9. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1999, S. 171.

## Nationale Souveränität

Eine ähnliche Problemlage finden wir auch beim Gebot nach nationaler Souveränität vor. Auch diese Forderung gehört mittlerweile unter global-kapitalistischen Verhältnissen in die Kategorie „Wünsch Dir was!“ Denn das Großkapital hebt die nationale Interessenvertretung bzw. die nationalstaatliche Souveränität gegenüber dem Ausland aus, indem es auf Grenzaufhebung, Kapitalexpert und internationale Arbeitsteilung drängt. Die vier (Bewegungs-)Freiheiten des Kapitalismus: die Freiheit von Waren (Güter, Dienstleistungen), Kapital und Arbeitskräften machen die (fiktiven) nationalen Staaten ohnmächtig.

Zum Forderungskatalog von Nationalisten und allen Nationalstaatsbefürwortern zählen: eine eigene Währung und Währungshoheit, ein eigenes Grenz- und Zoll-System, eigene Streitkräfte und militärisches Oberkommando, eine eigenständige Bündnispolitik nach eigenen nationalen Interessen, das nationalstaatliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, eine eigene nationale Gerichtsbarkeit sowie eine eigene Kultur- und Sprachenpolitik.

Doch die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Forderungskatalog realisierbar wäre, waren im 19. Jahrhundert und bis etwa 1945 – in abgespeckter Form noch bis 1990 – vorhanden; im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung ist dies allerdings alles frommes nationales Wunschdenken geworden. Gehen wir die oben aufgeführten Einzelforderungen nach nationalstaatlicher Souveränität noch einmal der Reihe nach durch:

Eine eigene Währung und Währungshoheit ist nicht im Interesse (gerade auch des deutschen) Großkapitals, der großen Banken und Konzerne, die nicht zuletzt durch deutsche Exporte ins europäische Ausland – bei Vermeidung von Wechselkursen – immense zusätzliche Profite und Zinsgewinne (bei den Banken, die sowohl den Exporteuren als auch den Exportkunden Kredite geben) einfahren. Die Wiedereinführung einer nationalen deutschen Währung („D-Mark“) wäre nur als *Ultima Ratio* denkbar, wenn sich ein solcher Schritt für das kapitalistische BRD-System nicht mehr vermeiden ließe.

Gehen wir nun weiter der Reihe nach vor: ein eigenes Grenz- und Zoll-System wäre für die deutsche Bourgeoisie völlig inakzeptabel, da dieses mit Sicherheit indirekt den Warenstrom auch deutscher Produkte hemmen würde. Schließlich würden die anderen Staaten Europas und auch weltweit mit ähnlichen Maßnahmen des Protektionismus antworten.

Und in der Tat war mit der US-Präsidentschaft von Donald Trump (Januar 2017 bis Januar 2021) das Thema „Protektionismus“ wieder auf die Agenda der Weltpolitik gekommen. Es waren ja

nicht Merkel, Macron und die anderen EU-Staats- und Regierungschefs, die sich mittels Schutzzollpolitik aus den Fängen der US-Außenwirtschaftspolitik befreien wollten, sondern der umgekehrte Fall trat ein, daß durch den Protektionismus Trumps auf Autos und Stahl sich nun die EU-Administrationen gezwungen sahen, wenigstens auch mal über Schutzzölle wenigstens gegen die USA nachzudenken.

Weiter sind oben als Grundforderungen nationaler Souveränität aufgeführt: eigene Streitkräfte und militärisches Oberkommando, eine eigenständige Bündnispolitik nach eigenen nationalen Interessen, das nationalstaatliche Recht Krieg zu führen und Frieden zu schließen. Auch diese Forderungen würde das deutsche Großbürgertum, vor allem führende Kreise der deutschen Wirtschaft nicht mittragen. Eine Renationalisierung deutscher Außenpolitik würde die Gefahr eines Warenboykotts durch die USA und in anderen führenden westlichen Nationen nach sich ziehen – auch im Hinblick auf eine Wiederbelebung der deutschen NS-Vergangenheit. Zu erinnern ist dabei an die „Zwangsarbeiter“-Diskussion in den USA und weltweit in den 1990er Jahren. Damals war der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff von der deutschen Industrie zur Vermittlung beauftragt worden.<sup>215</sup>

Hinzu kommt der Umstand, daß das nationalstaatliche Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen im Zeitalter der *pax americana* für Deutschland gegenstandslos geworden ist. Wie von den Römern unterworfenen Germanen- und Keltenspämmen nicht untereinander um Siedlungsgebiete Krieg führen konnten, so ist es heute nicht möglich, daß die us-abhängige BRD vom us-abhängigen Polen die Ostgebiete zurückverlangt, und dieser Forderung mittels Kriegsdrohung Nachdruck verleiht.

Die oben aufgeführte eigene nationale Gerichtsbarkeit ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen der kapitalistischen Globalisierung ebenso unrealistisch. Der gemeinsame europäische Markt ruft nach einem gemeinsamen europäischen Bundesstaat – dies zeigt das Dilemma um den Euro. Dies gilt nicht nur für die Finanzpolitik, sondern auch für das Rechtswesen. Der freie Warenverkehr braucht ein Justizwesen, auf gleicher, europäischer Augenhöhe.

Die Forderung nach einer eigenen deutschen Kultur- und Sprachenpolitik steht nicht auf der Agenda des deutschen Großkapitals. Im Gegenteil: in „deutschen“ Konzernen geht man dazu über, zumindest auf Managementebene die englische Sprache einzuführen.

---

<sup>215</sup> Siehe: [www.freitag.de](http://www.freitag.de); Stephan Stracke: Ein etwas anderer Nachruf auf Otto Graf Lambsdorff.

## Illusionärer Dezisionismus

In Anbetracht der heutigen politischen und weltwirtschaftlichen Lage ist es völlig sinnlos geworden, sozusagen von einem „nationalen Willen“ noch die Wendung für das Überleben des eigenen Volkes zu erwarten – solange sich dieser „nationale Wille“ im Rahmen des kapitalistischen Systems bilden soll. Jedenfalls gehören die *Jahre der Entscheidung* – unter den Voraussetzungen, wie sie noch Oswald Spengler (1880-1936) in seinem gleichnamigen Buch<sup>216</sup> vor sich sah – endgültig der Vergangenheit an. Je früher das von den nationalen Rechten erkannt wird, je früher diese Illusion zur Seite geräumt wird, desto schneller befindet man sich auf der Höhe unserer Zeit, der kapitalistischen Globalisierung; je früher kann man zur Formierung einer neuen Volksbewegung seinen Beitrag leisten, die den einzigen kollektiven Willen formuliert, der überhaupt noch einen Sinn ergibt, den der Überwindung des Kapitalismus.

Wer hingegen heute immer noch in alter rechter Tradition auf der rein persönlichen Willensebene argumentiert, der befindet sich im Mittelalter oder vielleicht noch am Anfang des 19. Jahrhunderts. Der „Wille zur Macht“ (Friedrich Nietzsche) sollte bei Nationalisten zwar auf ein Ideelles abzielen, kann aber die materielle Grundlage, auf der unsere Ideale unterlaufen werden, nicht mehr ignorieren.

Zu den Ignoranten zählt Karlheinz Weißmann, der einmal der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorhielt, die falschen Entscheidungen zu fällen, die sich familienfeindlich auswirkten.<sup>217</sup> Daß die falschen „politischen“ Entscheidungen auf den falschen ökonomischen Verhältnissen beruhen, die solche falschen Entscheidungen in Gang setzen – auf diesen Gedanken kommt Weißmann nicht. Somit wird die Propagierung der Berufstätigkeit der Frau im Grunde genommen alleine linken Modernisten zugeordnet, denen sich CDU-Politiker wie Frau von der Leyen anpaßten. Dabei ist doch an der Berufstätigkeit der Frau zuallererst das Kapital interessiert. Von Karl Marx erfahren wir: Je mehr Personen sich auf dem Arbeitsmarkt

---

<sup>216</sup> Oswald Spengler: *Jahre der Entscheidung*. Erster Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung. C. H. Beck, 45.-60. Tausend Auflage, München 1933.

<sup>217</sup> Karlheinz Weißmann: Editorial. In: *Sezession*, Nr. 17, April 2007, S. 1: „Jede Berufung auf Sachzwänge, objektive gesellschaftliche Entwicklungen, den Konsens oder die Unabdingbarkeit des Kompromisses verschleiern nur, daß es im Kern um Entscheidungen geht, die von Menschen getroffen oder nicht getroffen werden, bestimmte Ziele zu erreichen und andere zu vermeiden. Wer also gesetzgeberische Maßnahmen ergreift und finanzielle Mittel bereitstellt, um die staatliche Verwahrung von Kindern auszubauen, die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern und die Stellung des ‚Alphatierchens‘ zu schwächen, der entscheidet gegen die Familie, gegen deren organischen Aufbau, gegen Erziehung im eigentlichen Sinn und für die Durchgriffsmöglichkeiten auf die Heranwachsenden. Darüber muß von denen, die diese Entwicklung vorantreiben, natürlich niemand belehrt werden. Sie wissen sehr wohl, daß sie nicht einfach die Anpassung an die Wirklichkeit vollziehen, sondern aktiv Anteil nehmen an einem pädagogischen Projekt zur Umerziehung der Gesellschaft, die Vorstellungen angepaßt werden soll, die alles mögliche, aber weder bürgerlich noch konservativ sind.“

tummeln – ob Männer oder Frauen, Inländer oder Ausländer –, desto besser können von den Unternehmern die Löhne und Gehälter gesenkt bzw. im Zuge einer Inflation sinkende Reallöhne durchgedrückt werden.<sup>218</sup>

Gerade auch in der Zeitschrift *Sezession* tritt das konservative Denken, das sich an der persönlichen Entscheidung und an dem persönlichen Willen festmacht, zutage. Jost Bauch führte hierzu aus: „Konservative Denker haben der linken Geschichtsmetaphysik immer einen Voluntarismus und Dezisionismus entgegengesetzt. Die Geschichte verläuft nicht linear, ist nicht durch materielle Figurationen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen oder anderen Antagonismen, die dialektisch zu ihrer Aufhebung treiben, vorherbestimmt, Geschichte ist per se riskant und deswegen ist der Konservativismus behutsam im Ausgreifen in die Zukunft.“<sup>219</sup>

Dem ist aus nationalrevolutionärer Sichtweise entgegenzuhalten, daß nach wie vor die Marxisten damit Recht haben, daß gerade die heutige kapitalistische Gesellschaft durch materielle bzw. ökonomische Faktoren bestimmt ist. Und die Entwicklung der Produktivkräfte – man denke hier nur an neue Transportmöglichkeiten oder die modernen Kommunikationstechnologien – wirken an der Entwicklung eines globalen Kapitalismus entscheidend mit. Dennoch ist aus nationalrevolutionärer Sicht das Fortschrittsdenken im Hegelschen und Marxschen Sinne zu verwerfen, zumal ja nach marxistischer Vorstellung durch den Sturz des vermeintlich höheren geschichtlichen Stadiums – in der Sowjetunion und im Ostblock – und dem damit verbundenen „Zurück“ zum Kapitalismus in diesen Ländern, das um die Zeitenwende 1989/90 eintrat, das marxistische Fortschrittsdenken widerlegt ist.

### **Marxismus: Staat beruht auf ökonomischen Grundlagen**

Jost Bauch machte dann an anderer Stelle in seinem Aufsatz deutlich, daß er über keinen wirklichkeitsnahen Begriff des „Kapitalismus“ verfügt. Er schreibt: „Globalisierung ist kein Naturgesetz und man muß dieses Land nicht schutzlos dem Heuschreckenfraß preisgeben.“<sup>220</sup> Nun können wir mit dem Inhalt des zweiten Satzteils übereinstimmen: Der Staat hat dem Ideal nach die ihm untergeordnete Wirtschaft vor Ausverkauf durch „Heuschrecken“ und sonstige

---

<sup>218</sup> Karl Marx: Das Kapital, 1. Band, VII. Abschnitt, 23. Kapitel, 3. Progressive Produktion einer relativen Überbevölkerung oder industriellen Reservearmee; in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 21. Auflage, Karl Dietz Verlag, Berlin 2005, S. 665.

<sup>219</sup> Jost Bauch: Wer bringt die Verhältnisse zum Tanzen? In: *Sezession*, Heft Nr. 12, Januar 2006, S. 14-20, hier S. 14.

<sup>220</sup> Ebd., S. 18.

„Finanzinverstoren“ zu schützen. Daß die Staatsfunktion im Sinne des „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Karl Marx) heute nicht mehr funktioniert, hängt weniger am schlechten Willen der Akteure, sondern am über die letzten Jahrzehnte geänderten Kräfteverhältnis zwischen Staat, freier Wirtschaft und Arbeitnehmervertretung (Gewerkschaften, Betriebsräte).<sup>221</sup> Dies ist nun genau der Punkt, weshalb wir mit dem Inhalt des ersten Satzteils von Bauch nicht übereinstimmen können. Wenn man nämlich von Seiten des Staats nicht eingreift, die Wirtschaft sich selbst überläßt, dann greift freilich das marktwirtschaftliche „Naturgesetz“ des Kapitalismus zur Kapitalakkumulation und schließlich zur Konzentration der Produktionsmittel voll durch, wodurch in der innenpolitischen Sphäre – durch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses – die staatliche Souveränität bzw. das Primat der Politik über die Wirtschaft aufgehoben wird.

### **Die Rechte zwischen Voluntarismus und Verschwörungstheorie**

Nur mittels umfassender Enteignungsmaßnahmen kann der eben beschriebene historische Prozeß aufgehoben werden. – Aber bis es soweit ist, müssen wir uns mit den voluntaristischen und dezisionistischen Scheinwelten der Rechten auseinandersetzen. So schrieb Götz Kubitschek im Januar 2006 über die bundesrepublikanische Gesellschaft: „Der Konsensdiskurs ist die flächendeckende *talkshow*, die Christiansenisierung<sup>222</sup> der Gesellschaft: Über fast alles wird geredet, nichts wird entschieden, Konsens auf einem Minimalnenner ist stets und unausgesprochen der Zielpunkt. Die Folgenlosigkeit ist die zweite Grundvoraussetzung solcher Zusammenkünfte.“<sup>223</sup>

Woraus wir schlußfolgern können, daß auch für Kubitschek die politische Misere in der BRD – von Wohnungsnot bis Ausländerproblem – vor allem in falschen persönlichen Entscheidungen bzw. in unfähigem politischen Personal zu suchen und zu finden sei – und nicht etwa in den ökonomischen Verhältnissen.

Hierzu paßt auch, daß Martin Sellner nach einer systemimmanenten Lösung der Überfremdungsfrage sucht. Auf dem Blog der *Sezession* führt er Beispiele an, die beweisen sollen, daß sich auch unter kapitalistischen Vorzeichen eine identitäre Politik im Innern

---

<sup>221</sup> Dieses dreiteilige Gleichgewicht zwischen 1. Staat, 2. Wirtschaft, 3. Gewerkschaften und Betriebsräten war ein Erbe aus dem Faschismus bzw. NS und firmiert in der politischen Ökonomie als „Korporatismus“, wobei es in solchen Systemen keine freien Gewerkschaften gegeben hatte. Auch die in ihren Anfangsjahrzehnten erfolgreiche soziale Marktwirtschaft der BRD war eine abgeschwächte Variante – unter den begrenzten Möglichkeiten des US-Besatzungssystems – dieses „faschistischen“ Erbes.

<sup>222</sup> In Anlehnung an die damaligen ARD-Fernsehmoderatorin Sabine Christiansen.

<sup>223</sup> Götz Kubitschek: Provokation! In: *Sezession*, Heft Nr. 12, Januar 2006, S. 22-24, hier S. 24.

verwirklichen lasse.<sup>224</sup> Als Beispiele nennt er Japan, Ungarn und Israel. Dem ist entgegenzuhalten, daß zum einen Japan zweifellos eine erstrangige Industrienation, allerdings nicht mit den fortschrittlichen Nationen der Westlichen Wertegemeinschaft (WWG) gleichzusetzen ist. Denn diese ostasiatische Inselnation zehrt immer noch von einem reichen, tiefgründigen konfuzianischen Erbe. Dieses ist noch lange nicht so aufgebraucht wie die christliche Tradition in Europa. Zudem sollten die neueren Tendenzen Japans hin zur Anwerbung von Gastarbeitern nicht unterschlagen werden, womit man auch dort auf die alternde Bevölkerung reagieren will.<sup>225</sup>

Ebenso sind Ungarn und Israel Beispiele, die schlichtweg am Thema vorbeigehen. Schließlich liegt Ungarn an der Peripherie der WWG, dieses Land ist definitiv keine weltweit führende Industrienation. Die Nationen des ehemaligen Ostblocks zehren – ähnlich wie Japan auf andere Weise – von einem Traditionsbestand, der in den Kernländern der WWG bereits mehr abgeschmolzen ist. Auch Israel ist nun wirklich überhaupt kein treffendes Beispiel. Denn dieses Land nimmt mit seiner global einzigartigen Opferrolle eine einzigartige Ausnahmerolle ein. Nur so ist es möglich, sich einerseits als Antwort auf den Holocaust zu verstehen, andererseits selbst Teile der Nürnberger Rassengesetze im eigenen Land zu imitieren.

### **Auch Hitler setzte auf den einzelnen Entscheider**

Nicht nur Martin Sellner setzt auf Deziisionismus. – Die Vorstellung, daß der heroische Einzelne das Geschick in Politik und Wirtschaft bestimme, hatte auch Adolf Hitler bestimmt. So wies Hitler am 20. und 21. Mai 1930 in einem Gespräch mit Otto Strasser dessen sozialistische Forderungen zurück, indem jener auf die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Wirtschaftsführers pochte: „Das ist reiner Marxismus, was Sie [Otto Strasser; J. Schw.] hier sagen; das ist geradezu Bolschewismus. Sie führen das System der Demokratie, das auf dem Gebiet der Politik jenen Trümmerhaufen gemacht hat, den wir heute vor uns haben, nunmehr auch in der Wirtschaft ein und zerstören damit die ganze Wirtschaft. Damit machen Sie auch den ganzen Fortschritt der Menschheit hinfällig, der immer nur vom großen Einzelnen, vom großen Erfinder ausgeht.“<sup>226</sup>

---

<sup>224</sup> Martin Sellner auf dem *Sezession*-Blog am 04.06.2019, Titel: Ist Rechtspopulismus Opium fürs Volk? .

<sup>225</sup> Siehe hierzu die Online-Ausgabe der *Zeit*, 01.04.2019.

<sup>226</sup> Zitiert nach: Ernst Niekisch: Das Reich der niederen Dämonen. 1. Auflage, Rowohlt Verlag, Hamburg 1953, S. 51. – Niekisch bezieht sich auf: Otto Strasser: Ministersessel oder Revolution? Verlag „Der nationale Sozialist“, Berlin.

Mit dieser Vorstellung von Wirtschaft steckte Hitler geistig noch fest im 19. Jahrhundert, als vor allem deutsche Firmengründer wie Krupp, Thyssen, Siemens, Bosch, Daimler und Benz zur ökonomischen Prosperität im Land maßgeblich beitrugen und in vielen Fällen auch das Soziale nicht aus den Augen verloren – sicherlich zum Teil aus sozialer Solidarität mit ihren Arbeitern und deren Familien, aber natürlich auch, um den entstehenden Gewerkschaften und linken Parteien (SPD, später auch USPD, Spartakus, KPD usw.) das Wasser abzugraben. In letzterem Anliegen trafen sich die Unternehmerseite und die Arbeiterbewegung gemeinsam mit den Initiatoren des deutschen Sozialstaats Otto von Bismarck.

Selbstverständlich hat diese Welt, in der sich noch Hitler geistig bewegte, spätestens mit der Ära nach 1945 mit der ökonomischen und politischen Wirklichkeit nichts mehr zu tun. Davon abgesehen, daß das Programm Otto Strassers weder auf „Bolschewismus“ noch auf vollständige „Wirtschaftsdemokratie“ abzielte – dies war eine reine Diffamierung Hitlers –,<sup>227</sup> so wird durch das Gespräch Strassers mit Hitler deutlich, daß das politische Denken des NSDAP-Führers klassischem rechten Denken entstammte, also auf Voluntarismus und Dezisionismus hinauslief.<sup>228</sup>

Solches Denken wertschätzt dann auch – wie Edgar Julius Jung dies in seinem Buch *Die Herrschaft der Minderwertigen* ausführte – den „heldischen Mann“ gegenüber der „mütterlichen Frau“.<sup>229</sup> Solche Zielsetzung ist aus unserer Sicht sicherlich richtig, aber solange die Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet bleiben, die immer auf Eigentum beruhen, bleibt der Erkenntnisdrang selbst bei solchen Geistern auf halbem Wege stecken.

### **Warten die Rechten auf ein Wunder?**

Aber immerhin geht dem rechten Denken, das um den Dezisionismus kreist, kein Geringerer als Carl Schmitt auf den Grund, und zwar in seiner Schrift *Politische Theologie*, indem er den göttlichen bzw. monarchischen oder gesetzgeberischen Entscheidungsträger thematisiert: „Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe. Nicht

---

<sup>227</sup> Vgl. Otto Strasser: *Aufbau des Deutschen Sozialismus*. Mit Vorwort von Weigand von Miltenberg. 1.-5. Auflage im Wolfgang Richard Lindner Verlag, Leipzig 1932.

<sup>228</sup> Der kindische Streit zwischen Linken und Rechten, ob Hitler nun ein Rechter oder Linker war, kann uns nur amüsieren; dieser Streit hat weniger mit wissenschaftlichem Anliegen etwas zu tun als mit dem Versuch, das unangenehme Erbe möglichst von links nach rechts bzw. – dies gilt für Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann u. a. – von rechts nach links zu verschieben.

<sup>229</sup> Edgar Julius Jung: *Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich*. 2. Auflage, 6.-10. Tausend, Verlag Deutsche Rundschau, Berlin 1930, S. 98-100.

nur ihrer historischen Entwicklung nach, weil sie aus der Theologie auf die Staatslehre übertragen wurden, indem zum Beispiel der allmächtige Gott zum omnipotenten Gesetzgeber wurde, sondern auch in ihrer systematischen Struktur, deren Erkenntnis notwendig ist für eine soziologische Betrachtung dieser Begriffe. Der Ausnahmezustand hat für die Jurisprudenz eine analoge Bedeutung wie das Wunder für die Theologie.“<sup>230</sup>

Indem Schmitt auf die Übertragung der Begrifflichkeit von der Theologie auf die Staatslehre hinweist, macht er deutlich, daß der „Monarch in der Staatslehre des 17. Jahrhunderts mit Gott identifiziert wird und im Staat die genau analoge Position hat, die dem Gott des kartesianischen Systems in der Welt zukommt [...]“.<sup>231</sup> Schließlich kommt das Göttliche im monarchischen Staat bereits durch den Anspruch des „Gottesgnadentums“ zum Vorschein.

Thomas Hobbes war es, der in dem Staat den „großen Leviathan oder besser, um es ehrerbietiger auszudrücken“, jenen „sterblichen Gott[es]“ erblickte,<sup>232</sup> der aus dem Göttlichen selbst resultiere; denn: „Die Natur (das ist die Kunst, mit der Gott die Welt gemacht hat und lenkt) wird durch die Kunst des Menschen wie in vielen anderen Dingen so auch darin nachgeahmt, daß sie ein künstliches Tier herstellen kann. [...] Denn durch Kunst wird jener große Leviathan geschaffen, genannt Gemeinwesen oder Staat, auf lateinisch civitas, der nichts anderes ist als ein künstlicher Mensch, wenn auch von größerer Gestalt und Stärke als der natürliche, zu dessen Schutz und Verteidigung er ersonnen wurde.“<sup>233</sup>

### **Der „sterbliche Gott“ bei Carl Schmitt und Thomas Hobbes**

Nun stellt sich aber heute, im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung, die Frage, wie denn dieser „sterbliche Gott“ noch seiner Aufgabe, dem Schutz des Volkes, nachkommen soll? Ist es nicht so, daß hierfür die Voraussetzungen zerstört sind? – Thomas Hobbes, Carl Schmitt und mit ihnen alle rechten Dezipionisten gehen von einem Staat als Allgemeinem aus, der die besonderen Interessen zu disziplinieren weiß. Dazu benötigt aber dieser Staat nicht nur einen geistig ideellen Herrschaftsanspruch, sondern vor allem auch eine materielle Machtbasis. Das wird von rechten Denker des Dezipionismus in der Regel ausgeblendet – entweder deshalb, weil man dafür blind

---

<sup>230</sup> Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. [Erstausgabe 1922] 6. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1993, S. 43.

<sup>231</sup> Ebd., S. 51.

<sup>232</sup> Thomas Hobbes: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Iring Fetscher (Hg.). [Erstausgabe, London 1651] 9. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt/Main 1999, S. 134.

<sup>233</sup> Ebd., S. 5.

ist oder nicht in den Verdacht geraten möchte, dem Marxismus (bzw. dem „Nationalbolschewismus“) anheimzufallen.

Dabei ist die ökonomische Betrachtungsweise der Schlüssel zum Verständnis dafür, daß der rechten Sehnsucht nach der persönlichen Entscheidung heute die Grundlage fehlt. Im 17. und im 18. Jahrhundert war dies noch anders. Da verfügte der Typus des absoluten Monarchen über eine ausreichend starke ökonomische Machtbasis. Ludwig XIV. in Frankreich und Friedrich II. in Preußen – um nur diese beiden Monarchen zu nennen – waren nämlich Großgrundbesitzer; ihre Machtbasis war eine feudalistische, die dann über die Neuzeit hinweg im Barock allmählich zum Monopol-Feudalismus weiterentwickelt wurde.

In der Regel machte der größte Grundbesitzer die kleineren und mittleren Standesgenossen – von Adel und Klerus<sup>234</sup> – zu seinen Untertanen. Ludwig XIV. degradierte den Adel zu hochrangigen Höflingen, brachte sie somit unter seine Kontrolle. Gleichzeitig zog der absolute Monarch, etwa in Preußen, das aufstrebende gewerbetreibende Bürgertum (den dritten Stand) auf seine Seite, nicht zuletzt durch die Gewährung der Gewerbefreiheit und die Auflösung der Zunftordnung. Indem der Monarch noch erklärte, jeder könne, sofern er treuer Staatsbürger sei, in religiöser Hinsicht „nach seiner Facon selig“ werden (Friedrich II.), war die Vorherrschaft des Klerus in geistiger und geistlicher Hinsicht durch das Primat der Politik gebrochen.<sup>235</sup>

### **Die bürgerliche Aufklärung als Ursache**

Carl Schmitt machte deutlich, daß durch das Eintreten der Aufklärung und des Rationalismus in die europäische Geistesgeschichte das Entscheidungsmonopol des Monarchen unterminiert wurde: „Der Rationalismus der Aufklärung verwarf den Ausnahmefall in jeder Form.“<sup>236</sup> Schließlich setzte sich die Idee des modernen Rechtsstaates mit dem „Deismus“ durch, „mit einer Theologie und Metaphysik, die das Wunder aus der Welt verweist und die im Begriff des Wunders enthaltene, durch einen unmittelbaren Eingriff eine Ausnahme statuierende Durchbrechung der Naturgesetze ebenso ablehnt wie den unmittelbaren Eingriff des Souveräns in die geltende Rechtsordnung.“<sup>237</sup>

---

<sup>234</sup> Der hohe Klerus bestand auch oftmals aus Adeligen.

<sup>235</sup> Die Vorherrschaft des traditionellen, katholischen Klerus war in Preußen durch die Reformation sowieso gebrochen.

<sup>236</sup> Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, ebd., S. 43.

<sup>237</sup> Ebd., S. 43.

Noch für den europäisch mittelalterlichen Menschen, konstatiert Ernst Niekisch, „stand die ursprünglich göttliche Natur des Staates außer Frage. Er war einfach der weltliche Arm des Allmächtigen; der Kaiser und seine Würdenträger walteten ihres Amtes nach dem Gebot des himmlischen Vaters und seiner himmlischen Heerscharen.“<sup>238</sup> Der nun vorherrschende Deismus ging zwar nach wie vor davon aus, daß Gott die Welt erschaffen habe, sie aber nicht mehr lenke. Somit bestand auch keine Notwendigkeit mehr, davon auszugehen, daß sein weltlicher Arm, der Kaiser, den „sterblichen Gott“ zu lenken habe. Es setzten sich der „Rechtsstaat“, „Verfassungsstaat“ und der „Rechtspositivismus“ durch.

Allerdings gerät in rechten Kreisen oftmals aus dem Blickfeld, daß Aufklärung und Rationalismus nicht nur auf politischer Ebene den Liberalismus hervorbrachten, sondern daß diesem auch eine ökonomische Herrschaftsgrundlage entspricht. Schließlich wurde durch die Entfesselung der Gewerbefreiheit und des technischen Fortschritts eine Entwicklung freigesetzt, die Karl Marx in seinem Hauptwerk *Das Kapital* als „Kapitalakkumulation“ und „Konzentration“ beschreibt, wobei die „ursprüngliche Akkumulation“ am Ende des Mittelalters die geschichtliche Voraussetzung zum heutigen Zustand gewesen war: „Die Klasse der Lohnarbeiter, die in der letzten Hälfte des 14. Jahrhunderts entstand, bildete damals und im folgenden Jahrhundert nur einen sehr geringen Volksbestandteil, der in seiner Stellung stark geschützt war und durch die selbständige Bauernwirtschaft auf dem Lande und die Zunftorganisation der Stadt. In Land und Stadt standen sich Meister und Arbeiter sozial nahe. Die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital war nur formell, das heißt die Produktionsweise selbst besaß noch keinen spezifisch kapitalistischen Charakter.“<sup>239</sup>

## **Der Freiheitsbegriff des Kapitalismus**

Das Stadtbürgertum, das im Mittelalter, in der Neuzeit und auch danach sicherlich auch positiv für die Gemeinschaft wirkte, man denke an die Freien Reichs- und Hansestädte, war die Keimzelle der kapitalistischen Bourgeoisie – wie sie sich bis heute herausgebildet hat. Auf diesen Zusammenhang weist Ernst Niekisch hin: „Immer deutlicher tritt es in Erscheinung, wie das geltende Prinzip des Privateigentums zum Markstein wird, an dem sich die Geister und auch die Zeiten scheiden. Das Privateigentum ist als Einrichtung wie als Prinzip Wesensgehalt der

---

<sup>238</sup> Ernst Niekisch: *Entscheidung*. Widerstands-Verlag, Berlin 1930, S. 69.

<sup>239</sup> Karl Marx: *Das Kapital*, 1. Band, VII. Abschnitt, 24. Kapitel (Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation); in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 21. Auflage, Karl Dietz Verlag, Berlin 2005, S. 766.

bürgerlichen Welt. Das bindungslose souveräne Ich brauchte, um sich frei entfalten zu können, das ungebundene Verfügungsrecht über Güter und Sachen. In der Luft der Stadt entwickelte sich das Prinzip des Privateigentums; auf romanisch-städtischem Boden fand es seine juristische Formulierung; mit dem römischen Recht überhaupt breitete es sich in Deutschland aus.“<sup>240</sup>

Nach der Beseitigung von Zunftzwang und der Bauernbefreiung waren nun die Gewerbetreibenden und vor allem die nichtselbständigen Arbeitskraftanbieter „frei“ – bis zur heutigen Entwicklung –, da nun jeder Hartz IV-Empfänger zwar nicht mehr einem Grundherren hörig ist, seine Bewerbungen bis nach Irland und in die USA schicken kann. Er braucht auch keine Fronddienste mehr für einen Adligen zu leisten, wird allerdings vom bürgerlichen Klassenstaat für 1-Euro-Jobs und Zeitarbeit herangezogen.

Die Verfügbarkeit der vielen, ursprünglich bäuerlichen und handwerklichen Arbeitskräfte mehrte ab sofort den Profit und somit auch die politische Macht des Industriekapitals in den großen Ballungsgebieten. Mit der Konzentration dieses Industriekapitals – dies wird von rechten Zinstheoretikern gerne ausgeblendet – wurde nun erst entwicklungsgeschichtlich die Voraussetzung für immer größere Nachfrage auf den Finanzmärkten nach Fremdkapital bzw. nach Krediten geschaffen. Das heißt, die Großindustrie hat das Großbankwesen erst hervorgebracht, weshalb eine antikapitalistische Lösung immer auf beide Bereiche abzielen hat.

Die Expansion des Kapitals hat im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland (verspätet) unter Mithilfe der Politik die Kleinstaaten mit samt Zollsystem überwunden, also den nationalen Einheitsmarkt geschaffen. Während sich nun insbesondere viele auf der nationalen Rechten heute nach diesem Bismarck'schen Zustand zurücksehnen, ist die tatsächliche Entwicklung im Zuge des 20. Jahrhunderts weitergegangen. Die vorübergehend noch wirkenden Bremsen der Kapitalakkumulation, also der internationale Kommunismus und der Faschismus bzw. Nationalsozialismus, wurden militärisch vom stärkeren „ideellen Gesamtkapitalisten“ (Karl Marx), nämlich von den USA, beseitigt bzw. sie lösten sich – im Falle des Bolschewismus – infolge eines ökonomischen Niedergangs und der Systemkonkurrenz von selbst auf.

---

<sup>240</sup> Ernst Niekisch: Entscheidung, ebd., S. 123.

## **Vom nationalen Kapital zum Weltkapital**

Das Ergebnis ist, daß wir seit 1945 in zunehmendem Maße die Bildung eines Weltkapitals vorfinden, das in einer transnationalen Verschmelzung von großem Bank- und großem Industriekapital seine Zuspitzung erreicht hat. Nun befindet sich der ökonomische Bereich auf transnationaler Ebene, also über bzw. oberhalb der nationalstaatlichen Ebene. Der Kapitalismus ist nicht mehr „international“, was heißen würde, daß der wirtschaftliche Verkehr „zwischen“ bzw. „unter“ den Nationen und deren Volkswirtschaften ablaufen würde, sondern die Wirtschaft hat sich von den Nationen und von der Politik allgemein emanzipiert. Somit ist der von den Rechten heiß ersehnte Dezisionismus seiner strukturellen Grundlage beraubt. Diese Grundlage könnte erst dann wieder Bestand haben, wenn von den Völkern das Eigentum des Finanzkapitals angegriffen und letztendlich dieses auf nationale Ebene wieder „heruntergebrochen“, das heißt nationalisiert würde. Ob dies irgendwann der Fall sein wird, bleibt offen, ist aber aus nationaler Sicht auf jeden Fall wünschbar. Man sollte nur heute schon die Voraussetzungen für nationale Entscheidung in den Blick bekommen und sich nicht nur bei dem Wünschbaren aufhalten.

## **Scheinführer wie Donald Trump nähren Illusionen**

Das Reich des rückwärtsgewandten Wünschbaren verschwindet auch deshalb nicht aus den Köpfen der Rechten, weil immer wiedermal Scheinalternativen und Pseudoführer am politischen Horizont auftauchen, die Illusionen nähren, ein neuer Dezisionismus sei doch möglich. Wie zum Beispiel Donald Trump, der 2016 im Wahlkampf zur US-Präsidentschaft versprach, gegen Mexiko eine große Mauer gegen illegale Einwanderer zu bauen und mit Protektionismus die einheimische Wirtschaft zu fördern. Sicherlich ist der Hinweis richtig, die Politik in den europäischen Staaten könne mit gleicher Münze, also mit Protektionismus, gegen den US-Protektionismus im Stile Trumps zurückzahlen, wobei man in Brüssel, Berlin, Paris usw. damit noch zögert.

Denn zum einen möchte ja die herrschende Klasse bei uns gerade nicht durch Schutzzollpolitik die Rückkehr zum Nationalstaat befeuern; zum anderen konnte auch Trump mit seinem Protektionismus alleine die wirtschaftliche Misere in den USA nicht lösen. Denn die Zeiten, in denen Millionen Arbeitnehmer zu guten Löhnen in der Kohle- und Stahlindustrie tätig waren,

sind nun einmal endgültig vorbei. Die Automatisierung hat viele Branchen, nicht nur die Stahlproduktion, erfaßt. Die sozialen Verwerfungen, die mit Automatisierung und Digitalisierung einhergehen, können nicht im Rahmen des Kapitalismus repariert werden, wie dies an anderer Stelle in diesem Buch ausgeführt wird.

Hinzu kommt der Umstand, daß Trumps Agitation gegen illegale Einwanderer aus Mexiko nichts daran ändern konnte, daß es allen Rechtspopulisten, auch bei uns, darum geht, eine illegale, chaotische Einwanderung – wie die im September 2015 durch Angela Merkel bei uns ausgelöste – durch eine geordnete Migration zu ersetzen, wobei die Arbeitsmigranten den Nachweis erbringen müssen, dass sie Steuern zahlen können und den kapitalistischen Arbeitsmarkt auch wirklich bereichern, das heißt durch Konkurrenz Lohndruck auf die Löhne und Gehälter der etablierten Arbeitnehmer ausüben können.

### **Volksgemeinschaft oder Kapitalismus?**

Grundsätzlich sollten wir uns von dem Irrglauben lösen, daß eine „Volksgemeinschaft“ unter kapitalistischen Verhältnissen noch herstellbar sein könnte. Unter den Bedingungen eines alternativen (nationalen) Sozialismus – dem eine Mischform aus marktwirtschaftlichen und sozialistischen Elementen zugrunde läge – wäre ein solches Projekt sehr wohl vorstellbar, und vielleicht auch realisierbar. Über eines sollte Klarheit bestehen: die deutschen Arbeitslosen sind nicht verantwortlich für die Ausländerbeschäftigung hierzulande, für die in- wie ausländische Reservearmee, die für den aktiven Arbeitsmarkt bereitsteht, um die Löhne der Arbeitsplatzbesitzer zu drücken; für Asylmißbrauch, für Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland und vieles andere mehr.

### **Bewußtseinsänderung als Voraussetzung für Systemwechsel**

Es ist deutlich geworden, daß es uns nicht um irgendeine „Gesellschaft“ als tautologischen Selbstzweck oder um eine zivilreligiöse „Menschheit“ geht, sondern um die Bewahrung und Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt der Menschheit überhaupt, die nur in der Verschiedenheit der Völker, Nationen, Heimatregionen liegen kann. Der einzelne Mensch soll seine Erfüllung in dem identitären Beziehungsgeflecht von Ehe, Familie, Stamm, Volk,

Völkerfamilie und vor Gott finden. Dazu bedarf es eines konkreten Volksstaates, der sich – im Sinne von Hegel<sup>241</sup> – eine Gesellschaft unterordnet, in der sich das Volk in seinen Berufen und sozialen Schichten gliedert.

Dabei hat die Wirtschaft der sozialen Existenz und dem kulturellen Leben dieses Volkes zu dienen; das heißt, die Wirtschaft hat keinesfalls – wie wir es aus dem Kapitalismus kennen – ein auf sich selbst bezogenes Eigenleben zu führen, das nur der Bereicherung einer Minderheit dient. Die Wirtschaft hat vielmehr den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen für das Volk sicherzustellen. Es muß uns also perspektivisch um die Überwindung des Kapitalismus gehen, auch wenn es derzeit – wie es scheint – noch keinen politischen Hebel zu einem Systemwechsel gibt. Aber wie schon Hegel wußte, so ist für eine Revolution zunächst einmal eine Bewußtseinsänderung im Volk erforderlich, was als ersten Schritt das Bewußtsein einer Elite voraussetzt. Hegel führte hierzu aus: „Die theoretische Arbeit – überzeuge ich mich mehr – bewegt mehr Zustände in der Welt als die praktische; ist erst das Reich der Vorstellungen revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus.“<sup>242</sup>

Es ist also das politische und wirtschaftliche System als die Ursache des Übels, als der Hauptgrund für den Niedergang der (europäischen) Völker zu erkennen. Das System als Ganzes trägt die Verantwortung dafür, daß sich – bei uns und andernorts in der Welt – eine Oligarchie gebildet hat, die dem Gemeinwohl des jeweiligen Volkes schadet. Bevor wir uns aber darauf festlegen, das liberal-kapitalistische System abschaffen zu wollen, sollten wir zunächst ein paar Gedanken darüber anstellen, was wir abzuschaffen gedenken. Was ist eigentlich Liberalismus? Was ist Kapitalismus? Warum ist es nicht möglich, mit einem liberalen politischen System und mit einem kapitalistischen Wirtschaftssystem das Wohl der Gemeinschaft zu mehren? Wäre es nicht möglich, den Kapitalismus zu „zügeln“ – wie man es immer wieder rechten Konzepten entnehmen kann?

---

<sup>241</sup> Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. (Erstausgabe, Berlin 1821) Werke 7, 6. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt/Main 2000, S. 339 ff.

<sup>242</sup> G. W. F. Hegel in seinem Schreiben am 28.10.1808 an Niethammer. Hier zitiert nach Hagen Schulze: Die Geburt der deutschen Nation, in: Mitten in Europa – Deutsche Geschichte. Hartmut Boockmann, Heinz Schilling, Hagen Schulze und Michael Stürmer (Hg.), Siedler, Berlin 1984, S. 201-288, hier S. 236.

## **Viele Rechte wissen nicht, was „Kapitalismus“ bedeutet**

Nun hört man von vielen Rechten heute, daß man selbstverständlich „antikapitalistisch“ sei. Daß man es sein möchte, das wird wohl bei über 90 Prozent der Bekundungen zutreffen, von denjenigen Parteipolitikern abgesehen, die erkannt haben, daß kapitalismusgeschädigte Bürger vor allem auch Protestwähler sein können, die man nicht der Linkspartei überlassen möchte. Bei rechten Debatten über den Kapitalismus stelle ich aber immer wieder fest, daß oftmals überhaupt kein Begriff desselben besteht. Deshalb gehen diverse Rechte bei Wahlkampf und Mitgliederwerbung wie Dilettanten vor, die sich auf der Großbaustelle ohne Plan zu orientieren gedenken; das heißt, es wird an irgendeiner Ecke des Areals „Kapitalismus“ einfach mal losgelegt, ohne den gesamten Begriff in den Blick zu bekommen.

Das Grundmuster, das wir in rechten Kreisen nicht selten antreffen, ist dasjenige, ideologisch bzw. zivilreligiös zwischen „gutem“ und „bösem“ Kapital zu unterscheiden. Das Problem „Kapitalismus“ wird somit nicht an der Grundlage erfaßt, sondern in einer Selbsttäuschung, derzufolge scharf zu unterscheiden sei zwischen „gutem“ Produktionskapital, wo Werte geschaffen, und „bösem“ Geld- und Zinskapital, wo keine Werte geschaffen werden, sondern nur das Geld vermehrt werde. Daß aber auch die Warenproduktion auf nichts anderem als auf Geldvermehrung – natürlich über den Umweg der Warenproduktion – hinausläuft, wird einfach ignoriert.

Durch den Trick, zwischen „gutem“ Produktions- und „bösem“ Geldkapital zu unterscheiden, erreicht man immerhin bequem, daß man sich über die Produktionsverhältnisse, in letzter Konsequenz über das Eigentum an denselben, nicht mehr zu unterhalten braucht. Da Karl Marx dieses Thema populär behandelte, er Jude und Urvater des Kommunismus gewesen war, glauben manche die Rechtfertigung gefunden zu haben, sich mit diesem ursprünglichen Thema des Kapitalismus nicht mehr auseinandersetzen zu müssen.

Dabei ist die bloße Abschaffung des Zinses und Zinses-Zinses an sich völlig unglaubwürdig, sofern nicht der Produktions- und Geldkapitalismus insgesamt einer antikapitalistischen Lösung zugeführt werden soll. Denn gerade die rechten Zinsgegner sind ja zumeist Verfechter eines privatkapitalistischen Systems – bis hin zu Aktiengesellschaften und Börse –, das natürlich extrem auf Investitionen und somit auf das Kreditwesen der Banken angewiesen ist. Der Preis für den Kredit heißt nun einmal „Zins“, den kann man nennen wie man will.

Nun werden Investitionen oftmals nicht ausschließlich mittels Eigenkapital, sondern vor allem auch mit Fremdkapital vorgenommen. Rechte, die nun den Anschein erwecken, sie möchten in ihrem privatkapitalistischen System sämtliche Investitionskredite kostenlos vergeben, sind entweder Dilettanten oder Populisten, die so oder so Irreführung am Publikum betreiben. Wahr ist hingegen, daß ein privatkapitalistisches Produktionssystem, das aufgrund des Konkurrenzdrucks extrem auf Investitionen und somit auf Kredite angewiesen ist, den Zins und Zinseszins – wie die Maschine das Schmiermittel – benötigt. – Ganz davon abgesehen, daß der Zinssatz die letzten Jahre infolge der letzten Weltfinanzkrise ab 2007 sowieso gering ist und die Vermögenden sich somit in Sachwerte flüchten. Die steigenden Immobilienpreise und Mieten sind eine Folge davon.

### **Zinssektierer vertreten keine Fakten**

Zudem ist der immer wieder in nationalen Diskussionsforen im Weltnetz zu lesende Vorwurf an die Adresse von Karl Marx unzutreffend, dieser habe doch als Jude das Problem des Geldkapitals mit samt Zins absichtlich ausgeklammert, um seine jüdischen „Volksgenossen“ zu schonen. Nichts ist falscher als das, hat Marx doch in seinem dritten Band des *Kapitals* (im 5. Abschnitt, 21.-36. Kapitel) den Zusammenhang von Produktions- und Geldkapital ausführlich behandelt.<sup>243</sup> Für den Umstand, daß Marx nicht explizit die Abschaffung des Zinses forderte, ist keine Verschwörung verantwortlich gewesen, sondern die schlichte Tatsache, daß in einem irdischen Paradies, wie es Marx utopisch vorschwebte, automatisch der Zins abgeschafft wäre, da in diesem Entwurf selbst das Geld als Tauschmittel nicht mehr existieren würde.<sup>244</sup>

Schließlich wurde vom staatspolitischen Praktiker Adolf Hitler im Zusammenwirken mit dem Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht erkannt, daß in einem Wirtschaftssystem, in dem die produzierende und auf Profitmaximierung abzielende

---

<sup>243</sup> Karl Marx spricht im Kapital, 3. Band, hinsichtlich des Geldkapitals vom „Wucher[s]“ und vom „Wucherkapital“; vgl. Karl Marx: Das Kapital, 3. Band, V. Abschnitt („Das Zinstragende Kapital“), 36. Kapitel; in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25, 21. Auflage, Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, S. 617.

<sup>244</sup> Daß dem Verfasser dieser Zeilen ein solches kommunistisches Paradies nicht vorschwebt, sei hier am Rande vermerkt, um Fehlinterpretationen über seine Ansichten vorzubeugen. Schon im Jahre 1998 wurde der Verfasser im Umfeld des Grazer Aula-Verlages des „Nationalbolschewismus“ verdächtigt, wobei bei solchen Vorwürfen niemals eine stichhaltige Begründung nachgeliefert wurde. „Nationalbolschewismus“ würde ja bedeuten, daß jemand ernsthaft das System anstreben würde, das die Bolschewiki in Rußland im Jahr 1917 eingeführt hatten. Ein System, das ohne eine nennenswerte Zahl an persönlichen und Familienunternehmen auskäme, schwebt dem Verfasser nun wirklich nicht vor. – Siehe hierzu die Ausführungen in Jürgen Schwab: Die westliche Wertegemeinschaft. Abrechnung, Alternativen. Hohenrain, Tübingen 2007, Kapitel 11-14, S. 261-335.

Großindustrie ihre Interessen wahren möchte, an eine Abschaffung des Zinses überhaupt nicht zu denken ist,<sup>245</sup> zumal „Finanzkapital“ nichts anderes als eine Verschmelzung von großem Bank- und Industriekapital darstellt. Nur in einem sozialistischen System, in dem sich zumindest teilweise die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in Gemeinschaftseigentum befände, wäre es möglich, das Gewinnstreben zu mäßigen und die Produktion insgesamt auf eine Bedarfsdeckung des Volkes auszurichten.

In einem solchen System befänden sich die Banken in staatlichem Eigentum, diese würden bei sorgfältiger Prüfung Kredite für Investitionen der Wirtschaft zur Verfügung stellen, womit der Zins für solche Kredite – über die Staatsbanken – vom Gemeinwesen kontrolliert würde. Bei einer solchen Wirtschaftsweise würde zwar Fremdfinanzierung nach wie vor unvermeidbar sein, aber doch wohl in ihrem Gesamtumfang deutlich zurückgehen, da in einer derartigen Volkswirtschaft (also Wirtschaft fürs Volk) nicht mehr die Profitmaximierung und grenzenlose Ausdehnung von Märkten, auf denen privatkapitalistische Unternehmen agieren, sondern die Sicherstellung des tatsächlichen Bedarfs des Volkes an Gütern und Dienstleistungen im Mittelpunkt stehen würde.

Für Hitler, der sich für Schacht und gegen den Mächtigen-Zinsbrecher Feder entschied, war es noch möglich, die im nationalstaatlichen Rahmen befindliche Privatindustrie auf einen Kompromiß von Gewinnstreben und gemeinschaftlicher Bedarfsdeckung festzulegen. Das war zwischen 1933 und 1945 aber nur möglich, da sich zu dieser Zeit der Kapitalismus noch auf einer niederen Stufenleiter seiner Entwicklung befunden hatte. Der Kapitalismus befand sich zu dieser Zeit im großen und ganzen noch im nationalstaatlichen Rahmen, wobei auch hier Ausnahmen nur die Regel bestätigen; so gab es schon damals auf dem Territorium des Deutschen Reiches ausländische Großindustriekonzerne wie die Ford AG oder die Opel AG, also in diesem Fall von den USA aus gelenkte Konzerne. Diese stellten aber, wie schon gesagt, Ausnahmen dar, die Mehrheit der in Deutschland produzierenden Betriebe gehörte damals noch deutschen Unternehmern, die jeweils mit einer deutschen Belegschaft Waren produzierten, die überwiegend für den deutschen Markt bestimmt gewesen waren.

---

<sup>245</sup> Was nicht heißen soll, daß der Verfasser in der reinen Geldvermehrung, also in dem Umstand, daß in heutiger Zeit immer mehr das Geld „arbeitet“ und sich die Geldvermögen weiter anhäufen, kein Problem sehen würde. Anstatt einer Abschaffung des Zinses denken wir an eine strenge staatliche Reglementierung desselben. Die großen millionenschweren Geldvermögen sollten mittels einer deutlichen Erhöhung der Vermögenssteuer kräftig abgeschöpft werden, wobei das Geldvermögen gegenüber dem Produktivvermögen zu benachteiligen wäre.

Nachdem nun aber zunächst das große Industriekapital im 19. Jahrhundert die Grenzen der Kleinstaaten überwand, gemeinsam mit der Politik den nationalen Markt schuf, ist insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Entwicklung über den Nationalstaat hinausgegangen, so daß wir heute die Tendenz zu einem transnationalen Weltmarkt – ohne nennenswerte nationalstaatliche Regulierung – vorfinden; statt dessen steht weltweit „Deregulierung“ auf der Tagesordnung. An eine korporative Lösung – im Einklang mit der privaten Großindustrie – ist also überhaupt nicht mehr zu denken. Wer sich an solchen faschistischen Antiquitäten immer noch festklammert, macht sich (und eventuell seinen Wählern) nur etwas vor.

Unterdessen haben laut Umfragen die deutschen Wähler mehrheitlich begriffen, daß das immer wieder in den Medien gefeierte Wachstum in der Wirtschaft an ihrem eigenen Geldbeutel bzw. Lohn- oder Gehaltskonto vorbeigegangen ist, während die Profite der Großkonzerne weiter steigen. Aber auch hier dominiert bei vielen die Methode, den Personen – also den Vorstandsvorsitzenden und Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften – die Schuld zu geben („Nieten in Nadelstreifen“), anstatt das System „Finanzkapitalismus“ als – personenunabhängige – Ursache zu erkennen. – Was nun wirklich notwendig ist, ist Systemkritik bzw. Denken in Systemen.

### **Was tun – Teil B – ? – Wie verhalten wir uns gegenüber der Neuen Rechten?**

Der vorliegende Großessay, so werden es meine Kritiker sehen, diene der fundamentalen Kritik der Neuen Rechten. Diesem Eindruck möchte ich auch gar nicht widersprechen, allerdings darauf hinweisen, daß ich in meinen Ausführungen in diesem Buch über die notwendige Kritik der NR hinausgegangen bin, indem ich auch die Gründe für das Aufkommen der NR und deren Leistungen eingegangen bin. Denn die NR entsprang gewiß keiner bösen Absicht allein karrieregeiler Protagonisten oder finsterner Verschwörer. Vielmehr wird und wurde in der Geschichte eine Neue Rechte – bei der Neuen Linken verhält es sich ähnlich – immer dann nötig, wenn entweder die „Alte Rechte“ versagt hatte bzw. politische Erfolge im vorherrschenden System durch die Vertreter und Organisationen der „Alten Rechten“ als nicht mehr realisierbar gelten bzw. galten.

Warum gibt es also die Neue Rechte, worin besteht die Daseinsberechtigung der NR? Diese liegt, wie bereits erwähnt, im Versagen der „Alten Rechten“. Insbesondere diejenigen Organisationen, die sich seit den 1990ern unter dem Slogan „Nationaler Widerstand“ (NW) versammeln, also NPD, Freie Kameradschaften, Die Rechte, Dritter Weg und diverse Verlage, die diesem Spektrum zugeordnet werden, haften in der BRD-Öffentlichkeit, aber auch in der Innenperspektive der Ruch der NS-Nostalgie an. Dies nicht immer zurecht, zumal etwa die NPD nur in Teilen eine „Neonazi-Partei“ ist.

Die Neue Rechte hat erkannt, daß man mit NS-Nostalgie und Geschichtsrevisionismus nicht mehr auf die Erfolgsspur kommt. So ist es beispielsweise zu erklären, daß die AfD, die parteipolitische Entsprechung zur intellektuellen NR, in ihrer geschichtspolitischen Ausrichtung sich immer mehr der russischen Position angenähert hat. Etwa bei der Frage „1941: Präventivschlag ja oder nein!“<sup>246</sup> Einig ist man sich im NR-Spektrum darin, den Holocaust-Revisionismus nicht zu unterstützen.

Die NR tun eben alles, um gesellschaftliche Isolation zu vermeiden bzw. den eigenen gesellschaftlichen Radius bei Wählern, Unterstützern, Spendern und konservativen und rechtsliberalen Medien zu erweitern. In diesem Sinne fungieren Neue Rechte und AfD wie um Verkaufserfolg bemühte Firmen auf dem Warenmarkt. Dies bedeutet, daß die eigene Ware bzw. die eigene politische Agenda zu verkaufen ist. Störfaktoren und Ladenhüter sind dabei zu vermeiden. Vor allem hat man längst erkannt, daß man mit Hitler im Gepäck, und allen Themen, die damit verbunden sind, nicht mehr auf die Erfolgsspur kommt.

Was bedeutet dies konkret? – Die Protagonisten der NR jammern zwar ständig über die „Kontaktschuld“, in die man von Seiten bürgerlicher und linker Verfolger gegen sie in Position bringt; daß also beispielsweise Götz Kubitschek unterstellt wird, er beschäftige nach wie vor unter Pseudonym den Publizisten Arne Schimmer, der der NPD angehört. Allerdings vermeidet die Neue Rechte nur zu opportunistisch genau dieses Gebot der „Kontaktschuld“, indem sie „altrechte“ Themen, Autoren, Aktivisten, Parteien und Organisationen aus ihrem Spektrum ausschließt.

Damit wir uns nicht falsch verstehen, die NR steht nach meiner Auffassung zurecht diversen „altrechten“ Positionen gegenüber. Geschichtsrevisionismus und NS-Apologik ist problematisch. Aber muß es immer Ausgrenzung sein? In manchen Fällen lohnt sich der

---

<sup>246</sup> Diese Position wird allerdings nicht von der Schnellrodaer Fraktion und dem Historiker Stefan Scheil geteilt.

kritische Dialog. Unter „Reichsbürgern“ verbergen sich Spinner, „Könige von Deutschland“, angebliche Reichsminister und Leute mit Reichsbürgerpässen und Reichsführerscheinen; allerdings beinhaltet der Begriff „Reich“ auch die nach wie vor virulente Souveränitätsfrage, die in der BRD nach wie vor nicht gelöst ist. So oder so ist das Thema „Ausgrenzung, Dialog“ nicht einfach und schon gar nicht pauschal zu beantworten. Die NR macht es sich hierbei freilich einfach, indem sie sozusagen mit dem Rasenmäher alles, was nach „altrechts“ riecht, ausgrenzt.

Da die Neue Rechte (NR) im Rahmen des herrschenden politischen Systems Reformen zugunsten unseres Volkes anstrebt, um nicht in den VS-Berichten genannt zu werden – bzw. aus denselben wieder herauszukommen –, so werden wir auf wirkliche Systemkritik bei ihr lange warten können. Die notwendige Systemkritik wird also dem Neuen Nationalismus vorbehalten bleiben, der sich allerdings noch formieren muß.

### **Neurechte Rückzugsgefechte**

Die Neue Rechte enttäuscht uns nicht nur, weil sie es an notwendiger Systemkritik fehlen läßt, sondern sich – wie bereits ziemlich am Anfang dieses Großessays festgestellt – als „hinterherhinkende Rechte“ verhält. Um im Rahmen des vorherrschenden Systems erfolgreich sein zu können, vor allem dabei nicht den Anschluß an den parteipolitischen Rechtspopulismus zu verlieren, erleidet sie das Schicksal, das seit Jahrzehnten die Konservativen durchmachen. Das heißt, inhaltliche Positionen, die noch vor 20 oder zehn Jahren aus konservativer Sicht als inakzeptabel erachtet wurden, werden mit zeitlicher Verzögerung, und sei es nur aus taktischen Erwägungen, doch goutiert. Nehmen wir die Homo-Ehe nur als Beispiel. Oder die Ausländerpolitik, in der eine umfassende Ausländerrückführung gar nicht mehr gefordert wird. Der genetische Volksbegriff wird dabei relativiert, tragisch ist dabei allerdings, daß das Festhalten der NR an einer moderaten Form des Abstammungsprinzips („Ethnopluralismus“) deren Nennung in den VS-Berichten bewirkt.

Am Ende ist es einfach so, daß auch Rechte, „alte“ wie „neue“, Geld verdienen müssen, ob als Arbeitnehmer oder als Selbständiger. Und dies gilt vor allem für Unternehmer, die sich wie Götz Kubitschek im neurechten Beritt und AfD-Umfeld bewegen. – Waren, auch solche von rechten Verlagen und Versänden, müssen verkauft werden. Mit „eigener Überzeugung“ ist es dabei nicht getan. Wenn sich die eigenen Grundsätze nicht warenförmig verkaufen lassen, kann es

verlockend sein, einfach die eigene Überzeugung zur Seite zu schieben und eben das zu verkaufen, was sich im neurechten und rechtspopulistischen Spektrum verkaufen läßt.

### **Welche Lehren sind zu ziehen?**

Aber wie sollen wir uns hier und jetzt nun konkret gegenüber der Neuen Rechten verhalten? – Bittsteller werden wir nicht länger sein dürfen, sofern wir es jemals gewesen waren. Insofern sollten wir Anbiederungsversuche gegenüber den Protagonisten der NR unterlassen, da dies unserem Selbstrespekt („Ehre“) und unserem öffentlichen Ruf schadet, wenn man von der NR zurückgewiesen bzw. abgewertet wird. – Sicherlich, nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg! Erfolg macht gewiß erotisch, könnte man dieses Prinzip auch benennen. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß sich Vertreter der „Alten Rechten“, vor allem im Bereich der NPD, gerne zur Neuen Rechten zählen bzw. die NR-Zugehörigkeit imitieren. Man denke nur an den Hype, der vor Jahren um die „Identitären“ entstand, als entsprechende „identitäre“ Gruppen wie Pilze aus dem Boden schossen.

OK, anbiedern sollen wir uns nicht an die Neue Rechte; aber sollen wir stattdessen pauschal und heftig auf die Protagonisten, Verlage und Organisationen der NR einschlagen, zum Beispiel in publizistischer Weise? – Dies wird nicht notwendig sein, dies wäre sogar kontraproduktiv. Man sollte vielmehr die NR dort nutzen und Teile von ihr fördern, die dem gemeinsamen Anliegen dienlich sind. Wenn beispielsweise Benedikt Kaiser den Kapitalismus kritisiert, können wir ihm beispringen. Wir werden ihn allenfalls im Detail kritisieren, da er seine neue Sozialordnung, die ihm vorschwebt, in einem abstrakten europäischen, bundesstaatlichen Raum zu verwirklichen gedenkt, er sich nicht auf das Ordnungsmodell des Nationalstaats festlegen möchte.

Was ist also zu tun? – Wir sollten uns dagegen zur Wehr setzen, daß die NR weiterhin uns, die echten Nationalisten zu bloßen Statisten und Financiers degradiert. Tatsächlich erhalten wir Woche für Woche von irgendwelchen NR-Verlagen und Bündnissen (*EinProzent* usw.) Spendenaufforderungen, die man polemisch „Bettelbriefe“ nennen kann. Es wird von den NR-Verlagen um Abonnenten geworben, wir sollen Bücher und alle möglichen Waren kaufen. Wir dürfen vielleicht, wenn wir artig sind, in den Organen der NR unter Pseudonym Artikel veröffentlichen, vielleicht fällt dann auch ein Honorar für uns ab.

Daß unsereins auf Veranstaltungen der NR, weder in Schnellroda oder sonstwo, keine Vorträge halten dürfen, versteht sich von selbst. Würde beispielsweise Arne Schimmer in Schnellroda sprechen, würden Alice Weidel und Alexander Gauland ihre Teilnahme absagen.

Nicht einmal Leserbriefe, die „verbrannte“ Nationalisten an NR-Verlage schicken, werden berücksichtigt, interne Eingaben und Anregungen nicht einmal beantwortet. Denn die NR hat die mögliche „Kontaktschuld“ zu vermeiden. Der authentische Nationalist wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit von der NR als Financier und Unterstützer genutzt, allerdings wie ein peinlicher Liebhaber behandelt, der sich unter dem Bett oder im Kleiderschrank zu verstecken hat, wenn der Ehemann überraschend die Wohnung betritt.

Dieser Zustand ist für Menschen, die auf ihr Ehrgefühl wert legen, auf Dauer nicht akzeptabel. Wir sollten dazu aufrufen, daß unsere nationalistischen Leute nur noch in Verlagen und Versänden einkaufen, an Parteien spenden usw., die uns Respekt in der Öffentlichkeit entgegenbringen. Wer dies nicht kann, wem dies nicht zumutbar erscheint, wofür dieser opportune Gründe haben mag, der braucht auch nicht um unser sauer erspartes Geld zu betteln. Aber selbstverständlich brauchen wir nicht Schnellroda zuplakatieren mit der Losung „Kauft nicht bei Kubitschek“.

Darüber hinaus können wir echten Nationalisten die Neue Rechte nutzen, wie wir bisher von der NR genutzt wurden. Schließlich kann die NR das Spektrum für nationale Politik ausweiten. Irgendwann können auch wir mit den zusätzlichen Interessenten von NR und Rechtspopulismus ins Gespräch kommen, die vielleicht von der AfD enttäuscht sind. Diese Leute können wir dann als Aktivisten, Abonnenten, Buchkunden, Spender, Bündnispartner und Kameraden gewinnen.

Wir, die wir uns im „Nationalen Widerstand“ verorten, sollten die Neue Rechte auch als Prüfung unserer eigenen Positionen und unseres eigenen Handelns betrachten. Die NR ist für uns eine große Herausforderung. Würden wir die NR-Vertreter nur als „feige“ und „opportunistisch“ gegenüber der FDGO bezeichnen, würden wir auch ganz bequem von der Frage ablenken, warum es denn zum Aufstieg der „Mosaik-Rechten“ (Benedikt Kaiser) und parallel der rechtspopulistischen AfD gekommen war, weshalb sich nun der altgediente NW in der Defensive, eigentlich schon mehr oder weniger isoliert befindet.

Aus diesem Befund, sofern man ihn teilt, wäre eine Mängelliste zu erstellen und deren Behebung anzustreben. Die NR könnte somit auch als „Abrißbirne“ im Spektrum des NW dienen. Nicht das alles zu entsorgen wäre, aber doch einiges, was unseren Erfolg im Wege steht. – Sicherlich, mir

wäre es lieber, wenn ein inbrünstiger Hitlerverehrer dies so bleibt, anstatt sich im Sinne einer Organisationsdisziplin zu verstellen und, wie unlängst HC Strache, seinen einstigen Führer öffentlich zu diffamieren. Hitler sollen diejenigen gewiß harsch kritisieren, deren Überzeugung dies entspricht.

Wer Hitler loben möchte, ihn gegen alle möglichen berechtigten wie unberechtigten Vorwürfe in Schutz nimmt, macht sich schnell strafbar. Das ist gewiß ein zentrales Problem. Wie soll ich öffentlich darüber frei debattieren können, aus welchen Gründen es damals zum Aufstieg Hitlers kam, wenn mögliche Antworten in der BRD und in der BRÖ strafbar sind? Dann wäre zu klären, warum der Hitlersche Ansatz, eine deutsche Volksgemeinschaft mit dem deutschen Großkapital zusammen anzustreben, heute ganz gewiß nicht mehr möglich ist, weil das Kapital auf immer mehr Migranten setzt und nicht auf Ausländerrückführung.

Das deutsche Kapital, zumindest große Teile von ihm, braucht auch die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland, aber gewiß ist eine militärische Eroberung des Ostraums durch eine deutsche Armee heute nicht mehr möglich, zumal auch aus meiner Sicht nicht wünschbar. Möglich ist allenfalls, daß sich Teile des NW als Söldner der NATO zur Eroberung Rußlands rekrutieren lassen, wie sich dies bereits im gegenwärtigen Ukraine-Konflikt angedeutet hat.

### **Zur Ästhetik des Faschismus**

Der „Faschismus in seiner Epoche“ (Ernst Nolte) ist ein Relikt der Vergangenheit. Die beiden oben angeführten Beispiele der „Ausländerpolitik“ und der „Rußlandpolitik“ haben dies veranschaulicht. Das heißt aber nicht, daß der Faschismus etwa im kulturellen und ästhetischen Bereich heute und in Zukunft keine Anziehungskraft mehr besäße. Vor allem der Neonazismus bezieht seine Attraktivität aus einem Männlichkeitskult, der dem junger Türken und anderer Männer aus dem islamischen Kulturkreis ähnlich ist. Sehr schrill begegnet uns der Männlichkeitskult bei Hooligans, die gerne auch mal in Leipzig die Polizei zur Seite schieben, um den Fortgang einer „Querdenker“-Demo zu ermöglichen.

Dies heißt nicht, daß man als deutscher Nationalist eins zu eins zu den geschlechtlichen Rollenbildern zurückkehren sollte, die auch bei uns vor Jahrzehnten Gültigkeit besaßen. Aber der Mangel an Männlichkeit in der BRD-Öffentlichkeit ist doch mit Händen zu greifen. – Man könnte diese Beispiele weiter fortführen, es ist wohl deutlich geworden, was gemeint ist. Hans-

Dietrich Sander brachte dies wie folgt auf den Punkt: „Eine Verwerfung des Ganzen wird weder der Geschichte noch den Nachfolgeproblemen des Dritten Reiches gerecht.“<sup>247</sup>

Dies gilt übrigens nicht nur für NS und Faschismus, sondern gewiß auch für andere, gegnerische Bewegungen. Das heißt, wer den Kommunismus nur auf die Massenverbrechen reduziert, die in dessen Namen begangen wurden, dem wird nicht klar, warum die junge Sowjetarmee nach der Oktoberrevolution von 1917 einen großen Rückhalt in Teilen des Volkes hatte; und welche Attraktivität beispielsweise heute noch die Philosophie von Marx und Engels ausüben kann. Wenn nicht auf einen selbst, so doch möglicherweise auf andere. Und auch die Attraktivität des Islamismus ist nicht alleine mit den Suren aus dem Koran zu entkräften, die auf moderne Europäer abstoßend wirken.

Der Neue Nationalismus wird sich in eklektizistischer Weise auf viele Erfahrung zu stürzen haben, die auch mit widersprüchlichen Denktraditionen einhergehen können.

### **Der Neue Nationalist als Jüngers Waldgänger**

Als Lehre bleibt uns: Der Neue Nationalismus wird sich neu zu organisieren haben. Dies kann in völlig neuen Organisationen oder auch in bereits bestehenden, zu erneuernden Zusammenhängen der Fall sein. Basisgruppenarbeit wird so oder so das Gebot der Stunde sein.

Wer sich wie ich größeren, bestehenden Parteien und Organisationen nicht zugehörig fühlt, dies vor allem aus weltanschaulichen Gründen, der wird sich nur in Basisgruppen und losen Netzwerken verorten können. Wie der der *Sache des Volkes* (SdV).

In den letzten Jahren finde ich mich immer mehr in der Rolle wieder, die einst Ernst Jünger in seinem *Waldgang* beschrieben hatte. „Waldgänger aber nennen wir jenen, der, durch den großen Prozeß vereinzelt und heimatlos geworden, sich endlich der Vernichtung ausgeliefert sieht. Das könnte das Schicksal vieler, ja aller sein – es muß also noch eine Bestimmung hinzukommen. Diese liegt darin, daß der Waldgänger Widerstand zu leisten entschlossen ist und den, vielleicht aussichtslosen, Kampf zu führen gedenkt.“<sup>248</sup>

---

<sup>247</sup> Hans-Dietrich Sander: Die Auflösung aller Dinge. Zur geschichtlichen Lage des Judentums in den Metamorphosen der Moderne. Castel del Monte, München 1988, S. 162-163.

<sup>248</sup> Ernst Jünger: Der Waldgang. Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 1951, S. 41.

Allen denjenigen, die der Neuen Rechten angehören, und gegen ihre Nennung in den sogenannten Verfassungsschutzberichten juristisch zu Felde ziehen, und sich dennoch gerne auf Ernst Jünger beziehen, weil dies einfach schick ist, sei folgender Satz Jüngers ins Stammbuch geschrieben: „Der Widerstand des Waldgängers ist absolut, er kennt keine Neutralität, kein Pardon, keine Festungshaft. Er erwartet nicht, daß der Feind Argumente gelten läßt, geschweige denn ritterlich verfährt.“<sup>249</sup>

### **Neue Rechte untergräbt Selbstbewußtsein**

Daß der Feind uns nicht unbedingt ritterlich fair behandelt, wußte schon Ernst Jünger. Und wir wissen es auch. Aber immerhin können wir selbst uns ritterlich, ehrenhaft uns selbst gegenüber verhalten. Im Zeitalter des Internets kann uns jeder beschimpfen. Das System kann uns mit seinen VS-Berichten stigmatisieren, öffentlich an den Pranger stellen. Wir werden es nicht verhindern können, daß man uns als Nationalisten bzw. Patrioten diskriminiert. Wir müssen uns aber nicht bei denjenigen, die uns beschimpfen, herabwürdigend behandeln auch noch anbieten. Genau das ist auch der eigentliche mentale Schwachpunkt der Neuen Rechten. Klischeehaft möchten die Rechten, die „alten“ wie die „neuen“, männlich und ritterlich sein, also echte, tapfere Soldaten, kurz: Helden, die sich nicht wegducken, wenn es gefährlich wird. Durch den Besitz eines Ritterguts wird dies alleine nicht eingelöst. Darüber sollten wir alle einmal nachdenken.

Das heißt: Wollen wir immer wieder in der Öffentlichkeit unsere „Verfassungstreue“ beteuern, unabhängig davon, ob wir meinen, daß der VS uns zurecht oder zu Unrecht als „Verfassungsfeinde“ in seinen Berichten nennt? Das dauerhafte Betteln um Anerkennung beim System wird unserem Selbstbewußtsein abträglich sein. – Es ist aber zu befürchten, daß trotz Nennung der AfD und diverser neurechter Organisationen in den VS-Berichten, deren Protagonisten ihre Abgrenzungsbemühungen gegenüber dem traditionellen „Nationalen Widerstand“ nicht lockern, sondern eher noch intensivieren werden. War es nicht den Republikanern gelungen, mit vielen Anbieterungsmaßnahmen den Weg aus den VS-Berichten zu finden? Auch die *Junge Freiheit* hatte Ende der Neunziger Erfolg mit dieser Strategie. Warum sollte es nicht Kubitschek und anderen ebenso gelingen, die Nennung in den VS-Berichten ungeschehen zu machen bzw. durch Klagen die weitere Nennung den VS-Ämtern zu untersagen.

---

<sup>249</sup> Ernst Jünger: *Der Waldgang*, ebd., S. 99.

In der neurechten Logik wird man glauben, man werde zu Unrecht in den VS-Berichten genannt, während die Organisationen des „Nationalen Widerstandes“, beispielsweise die NPD, völlig zurecht in den VS-Berichten erwähnt werden.<sup>250</sup>

## **Die unehrliche Rechte**

Bestimmte Protagonisten der Neuen Rechten verhalten sich auch nicht selten unehrlich. Das ist nicht nur meine Erfahrung, mir wird dies auch von anderen, die ähnliche Erfahrungen machen, zugetragen. Hierzu nur ein Beispiel: Ein Rechtsanwalt, der der NPD angehört, erzählt mir, daß er sich bei „EinProzent“ gemeldet hat zwecks seiner juristischen Dienstleistungen. Zuvor hatte die Organisationen darum gebeten, sich bei ihr zu melden, sofern man als Anwalt in einer bestimmten Region Mandanten aus dem rechten Bereich betreuen kann. Der Anwalt meldete sich bei „EinProzent“, die E-Mail wurde nicht beantwortet. Erst nach eindringlichem Nachhaken meinte man dort, man würde bei passender Gelegenheit auf den Anwalt zurückkommen. Zu einem weiteren Kontakt kam es über einen sehr langen Zeitraum nicht mehr. Es ist naheliegend, daß der Anwalt wegen seiner NPD-Mitgliedschaft stillschweigend ausgegrenzt wird, man ihm das aber nicht ehrlich sagt. Seinen Förderbeitrag läßt sich „EinProzent“ gerne überweisen.

Beispiele aus meinem eigenen persönlichen Erfahrungsbereich gibt es zuhauf. Ein zur Neuen Rechten gewandelter Magazin-Verlag aus Österreich sendet mir zwar regelmäßig seine Ausgaben und Spendenaufrufe zu, antwortet aber resistent nicht auf meine E-Mails. Würde man mir antworten, könnte man wohl der Kontaktschuld anheimfallen, denken sich wohl die Herausgeber. Noch ein Beispiel: Ein neurechter Vortagsredner meinte auf einem Burschenschaftlerhaus, das ich besuchte, um mir einen Vortrag von diesem Mann anzuhören, ich solle einem bestimmten neurechten Verlag, in dem er mitwirke, Angebote für Buchprojekte unterbreiten. Gesagt, getan, allerdings verläuft die Prüfung eines Buchmanuskripts irgendwann im Sande, ich erhalte diesbezüglich weder eine Zusage noch eine Absage. Vielleicht hat man es sich in dem neurechten Verlag anders überlegt, daß ich als Autor doch nicht zur „Mosaik-Rechten“ gehöre.

---

<sup>250</sup> Neuerdings prüft das Bundesverfassungsgericht auf Klage der AfD hin, ob eine programmatische Befürwortung der Rückkehr zum Staatsbürgerrecht von 1999 sich noch mit dem Grundgesetz und der FDGO vereinbaren läßt. Bis 1999, also vor der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (SPD), war die deutsche Staatsbürgerschaft weitgehend an die deutsche Abstammung gebunden.

Dem Verlag eines rechtspopulistischen Magazins schlug ich vor rund zehn Jahren ein Buchprojekt vor. Einer der Verleger meinte freundlich per E-Mail, ich solle ihm hierzu ein Exposé zukommen lassen. Gesagt, getan. Der Verleger meinte dann, er werde dieses seinem Kompagnon zur Prüfung zukommen lassen. Die Prüfung scheint bis heute anzudauern... Ein nochmaliges Nachhaken per E-Mail wurde von der ersten Kontaktperson freundlich vertröstet.

Vorträge darf ich freilich in Schnellroda und sonstwo hören, wie mir dies vor vielen Jahren auch Götz Kubitschek versicherte, aber eben nicht als Referent dort auftreten, wie er mir in vorausweisendem Gehorsam gegenüber der politischen Korrektheit versicherte. So viel ist für mich klar: Als Referent könnte man meine Anwesenheit, den Kontakt zu mir, kaum verbergen. Freilich darf ich Seminarbeiträge bezahlen und Bücher kaufen und spenden. Das sieht ja auch keiner. Es sei denn, Antifa-Fotografen würden mich vor dem Grundstück, auf dem das Seminar stattfindet, fotografieren. So oder so, der Vorwurf der Kontaktschuld muß von Seiten der Neuen Rechten unbedingt vermieden werden. Aber ja doch, man jammert in diesen Kreisen gegen Ausgrenzung, die gegen einen selbst gerichtet ist.

Noch ein Beispiel: Ein der Neuen Rechten nahestehender Verleger aus Österreich meinte, er sei an bestimmten literaturwissenschaftlichen Arbeiten von mir interessiert. Eine Veröffentlichung könne aber nicht mit Nennung meines wirklichen Namens erfolgen, allenfalls unter Pseudonym, weil sonst selbst *Sezession* und *Junge Freiheit* diese Bücher nicht besprechen würden. „Jürgen Schwab“ scheint also in neurechten Verlegerkreisen „verbrannt“ zu sein. Am Ende, so mein zynischer Gedanke, sollte ich mir neue, gefälschte Ausweispapiere besorgen, mich einer Gesichtsoption unterziehen, wobei die Kosten dafür hoffentlich „EinProzent“ übernimmt.

Als Fazit bleibt, wir können als Nationalisten nur dauerhaft mit Menschen zusammenarbeiten, die uns ehrlich ihre Meinung sagen, die uns auch gerne kritisieren und in Teilbereichen ablehnen können, die sich an Absprachen halten.

## Literaturverzeichnis:<sup>251</sup>

Arnim, Hans Herbert von: Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei. Droemer Verlag, München 2000.

Bartsch, Günter: Revolution von rechts. Ideologie und Organisation der Neuen Rechten. Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1975 (= Herderbücherei Band 518).

Benoist, Alain de: Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen. Junge Freiheit Verlag, Berlin 2004 (= Edition JF).

Benoist, Alain de: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Vorwort von Armin Mohler. Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung kultur- und sozialwissenschaftlicher Publizistik und Bildung e. V. Sinus-Verlag, Krefeld 1985 (= edition d, Band 6).

Benoist, Alain de: Metapolitik – Was ist das? Eine neue Kultur für eine sich verändernde Welt. Junges Forum, Nr. 1-2/84, Sommer 1984.

Boockmann, Hartmut, Heinz Schilling, Hagen Schulze und Michael Stürmer (Hg.): Mitten in Europa – Deutsche Geschichte., Siedler, Berlin 1984.

Bräuninger, Werner: Wille und Vision. Typus und Gestalt souveräner Menschen. 1. Auflage, VGB-Verlagsgesellschaft Berg, Berg 1997.

Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt 1993.

Bruns, Julian, Kathrin Glösel und Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Unrast-Verlag, Münster im Juli 2017.

Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union. Aus dem Italienischen von Rita Seuß [Italienische Erstausgabe Roma-Bari 2004]. Mit einem Nachwort von Oskar Lafontaine. 4. Auflage der deutschen Ausgabe im PapyRossa Verlag, Köln 2006/2007.

---

<sup>251</sup> Nachfolgend führe ich von Sammelbänden nur deren Titel auf und nicht die einzelnen Beiträge, die zuvor in den Fußnoten genannt sind. Zudem liste ich in meinem Literaturverzeichnis nur Bücher, die ich direkt zitiere, indirekt zitierte Bücher, die ich nicht in der Hand hatte, sind darin nicht enthalten. Zudem liste ich nachfolgend keine Zeitschriftentitel, die ich in den Fußnoten genannt habe.

- Diwald, Helmut: Geschichte der Deutschen. 4. Auflage, Propyläen Verlag, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1978.
- Dugin, Alexander: Konflikte der Zukunft. Die Rückkehr der Geopolitik. Bonus-Verlag, Selent 2015.
- Evola, Julius: Menschen inmitten von Ruinen. [Italienische Erstausgabe, Rom 1953] Hohenrain Verlag, Tübingen 1991.
- Faye, Guillaume: Wofür wir kämpfen. Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas. Reihe: Thule-Polemos Bd. 2, 1. Auflage 2006.
- Fücks, Ralf, Christoph Becker (Hrsg.). Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte. Wochenschau Verlag, Frankfurt 2020.
- Gehlen, Arnold: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Junker und Dünnhaupt, Berlin 1940.
- Gramsci, Antonio: Gedanken zur Kultur. Röderberg, Verlag, Köln 1987 (= Röderberg-Taschenbuch, Bd. 161).
- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Mehrere Bände; hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug unter Mitwirkung von Peter Jehle. Argument-Verlag, Berlin 1992.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Berliner Schriften. 1818-1831. Werke 11. 1. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1986 (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft; 611).
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Grundlinien der Philosophie des Rechts. (Erstausgabe, Berlin 1821) Werke 7, 6. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt/Main 2000.
- Heidegger, Martin: Sein und Zeit. [Zuerst erschienen 1927 als Sonderdruck aus „Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung“, Bd. VIII, hrsg. Von Edmund Husserl] 19. Auflage im Max Niemeyer Verlag, Tübingen 2006.
- Hermann, Wolfgang: Der neue Nationalismus und seine Literatur. Ein besprechendes Auswahlverzeichnis. [Erstausgabe bzw. erste Auflage 1933, Stettin] Zweite, überarbeitete Auflage im San Casciano Verlag, Limburg an der Lahn 1994 (= Schriftenreihe zur Konservativen Revolution, Nr. 1).
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 851.-855. Auflage, Verlag Franz Eher Nachf., München 1943.

Hobbes, Thomas: Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Hrsg. und eingeleitet von Iring Fetscher, übersetzt von Walter Euchner. 9. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1999 (= suhrkamp taschenbuch wissenschaft 462).

Jung, Edgar Julius: Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich. 2. Auflage, 6.-10. Tausend, Verlag Deutsche Rundschau, Berlin 1930.

Jünger, Ernst: Der Waldgang. Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 1951.

Jünger, Ernst: Eumeswil. Klett-Cotta, Stuttgart 1977.

Kaiser, Benedikt: Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Antaios-Verlag, Schnellroda 2020.

Klenner, Hermann: Edmund Burke und Friedrich Genz: Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen. Akademie Verlag, Berlin 1991.

Kolbenheyer, E. G.: Die Philosophie der Bauhütte. Paul Neff Verlag, Wien, Berlin, Stuttgart 1952.

Kuehnelt-Leddihn, Erik Ritter von: Gleichheit oder Freiheit? Demokratie – ein babylonischer Turmbau? Hohenrain-Verlag, Tübingen, Zürich, Paris 1985.

Kunze, Klaus: Der totale Parteienstaat. Abschied vom idealen Staat. Der Weg aus der Krise des deutschen Parteiensystems. Deugro, Esslingen 1994.

Kurz, Robert: Schwarzbuch des Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn Verlag, Frankfurt/Main 1999.

Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen. Mit einer Einführung von Peter R. Hofstätter. 15. Auflage im Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1982 (= Kröners Taschenausgabe Bd. 99).

Lehner, Franz und Ulrich Widmaier: Vergleichende Regierungslehre. Hrsg. von Ulrich von Alemann, Roland Czada und Georg Simonis. 3. Auflage, Leske + Budrich, Opladen 1995 (= Reihe Grundwissen Politik Bd. 4).

Lenk, Kurt, Günter Meuter, Enrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten. Hrsg. von Hans-Martin Lohmann, Alfred Pfaffenholz, Willem van Reijen, Martin Weinmann, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1997 (= Reihe Campus Einführungen Bd. 1094).

Maaß, Sebastian: Die Geschichte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Regio-Verlag, Kiel 2014.

Machiavelli, Niccolò: Der Fürst („Il Principe“). Übersetzt und herausgegeben von Rudolf Zorn. 6. Auflage, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1978 [Kröners Taschenausgabe, Bd. 235].

Maistre, Joseph de: *Considérations sur la France* (1796). Deutsch: Betrachtungen über Frankreich. Über den schöpferischen Urgrund der Staatsverfassungen. Deutsch von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Hrsg. von Peter Richard Rohden. Verlag von Reimar Hobbing (= Klassiker der Politik; hrsg. Von Friedrich Meinecke und Hermann Oncken, erster Band; SW 61), Berlin 1924.

Markovics, Alexander: *Der Aufstieg der Neuen Rechten*. Arcadi Verlag, 1. Auflage, Dresden 29. Juni 2020.

Marx, Karl: *Das Kapital*, 1. Band. Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 21. Auflage, Karl Dietz Verlag, Berlin 2005.

Maschke, Günter: *Verräter schlafen nicht*. Gespräche mit Günter Maschke. Hrsg. von Sebastian Maaß. 2., korrigierte Auflage, Regin-Verlag, Kiel 2012 (= AD REM, Band 2; 2011).

Michels, Robert: *Soziologie des Parteiwesens*. (EA 1911) 4., ergänzte Auflage, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1989 (= Kröners Taschenausgabe Bd. 250).

Mohler, Armin: *Der Nasenring*. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung. Heitz & Höffkes, Essen 1989.

Mohler, Armin: *Die Konservative Revolution in Deutschland, 1918-1932* [Die Erstfassung wurde am 29.06.1949 an der Universität Basel als Dissertation angenommen]. Ein Handbuch. Dritte, um einen Ergänzungsband erweiterte Auflage von 1989, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Mohler, Armin: *Liberalenbeschimpfung*. Sex und Politik. Der faschistische Stil. Gegen die Liberalen, Essen 1990.

Niekisch, Ernst: *Das Reich der niederen Dämonen*. 1. Auflage, Rowohlt Verlag, Hamburg 1953.

Niekisch, Ernst: *Entscheidung*. Widerstands-Verlag, Berlin 1930.

Noelle-Neumann, Elisabeth: *Öffentliche Meinung*. Die Entdeckung der Schweigespirale. Erweiterte Ausgabe im Verlag Ullstein, Frankfurt/Main, Berlin 1991.

Paetel, Karl Otto: *Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland*. Geschichte, Ideologie, Personen. Verlag S. Bublies, Schnellbach 1999.

Sander, Hans-Dietrich: *Die Auflösung aller Dinge*. Zur geschichtlichen Lage des Judentums in den Metamorphosen der Moderne. Castel del Monte, München 1988.

- Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1995 (= Kröners Taschenausgabe, Bd. 404).
- Schmitt, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. (= Erste Auflage 1923) 7. Auflage im Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1991.
- Schmitt, Carl: Politische Romantik. 2. Auflage, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1925.
- Schmitt, Carl: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. [Erstausgabe 1922] 6. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1993.
- Schmitt, Carl: Positionen und Begriffe im Kampf um Weimar, Genf, Versailles, 1923-1939, Duncker & Humblot Verlag, Berlin, 3. Auflage von 1994.
- Schmitt, Carl: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht. [Erstausgabe Kiel 1939] Duncker & Humblot, Berlin 1991.
- Schrenck-Notzing, Caspar von (Hg.): Lexikon des Konservatismus. Leopold Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 1996.
- Schwab, Jürgen: Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik. Deutsche Stimme Verlag. Stuttgart 1999. S. 220-283.
- Schwab, Jürgen: Die westliche Wertegemeinschaft. Abrechnung, Alternativen. Hohenrain, Tübingen 2007.
- Schwab, Jürgen: Volksstaat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge. Hohenrain-Verlag, Tübingen 2002.
- Schwab, Jürgen: Zukunft Deutsch. Möglichkeiten nationaler Politik im 21. Jahrhundert. Sturmzeichen-Verlag, Dortmund 2021.
- Scrinzi, Otto und Jürgen Schwab (Hrsg.): 1848. Erbe und Auftrag. Aula-Verlag, 1998.
- Spengler, Oswald: Jahre der Entscheidung. Erster Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung. C. H. Beck, 45.-60. Tausend Auflage, München 1933.
- Strasser, Otto: Aufbau des Deutschen Sozialismus. Mit Vorwort von Weigand von Miltenberg. 1.-5. Auflage im Wolfgang Richard Lindner Verlag, Leipzig 1932.
- Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika. Philipp Reclam, Stuttgart 1997 (= Universal-Bibliothek Nr. 8077).

Waldstein, Thor von: Der Beutewert des Staates. Carl Schmitt und der Pluralismus. Ares Verlag, Graz 2008.

Waldstein, Thor von: Die Pluralismuskritik in der Staatslehre von Carl Schmitt. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Sozialwissenschaften (Dr. rer. soc.) der Ruhr-Universität Bochum.

Weiß, Volker: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – von Spengler bis Sarrazin. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien, Zürich 2011.

Weißmann, Karlheinz: Arnold Gehlen. Vordenker eines neuen Realismus. Hrsg. Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek in der Edition Antaios, Bad Vilbel 2000 (= Edition Antaios, Perspektiven, Bd. 2).

Zippelius, Reinhold: Geschichte der Staatsideen. 7. Auflage, Verlag C. H. Beck, München 1990 (= Beck'sche Reihe Bd. 72).